

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Der Antihumanismus hat überlebt

Am 8. Mai 1945 stoppten die Alliierten den zweiten Griff des deutschen Imperialismus nach der Weltmacht. Nur vorläufig, wie wir heute erleben. Die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten hielten das Wiederaufstehen des deutschen Imperialismus stets

und deswegen den Wohlhabenden Lasten auferlegt.

In der Bundesrepublik wurden dagegen Anfang April alle Veranstaltungen zu diesem Datum abgesagt. Hier glauben die Regierenden, mit einer Geld-„Bazooka“ (so Finanzminister Olaf Scholz), also einer finanziellen Panzerfaust, Industrie und Banken „retten“ und die Bevölkerung stillhalten zu können. In Erinnerung wird der Scholz-Satz vom 25. März im Bundestag bleiben: „Wir können uns das leisten.“ Formulierungen dieser Art stehen in der Geschichte des deutschen Imperialismus für Größenwahn und Fehlkalkulation.

Zumal sich in der Krise bestätigt: Profit und Gesundheit schließen sich aus. Das von SPD-Ministern seit dem Jahr 2000 auf Rendite getrimmte bundesdeutsche Krankenhauswesen ist nicht nur schlecht auf eine Pandemie vorbereitet, sondern auch eine ihrer größten Gefahrenquellen. Deutsche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehören zu den gefährlichsten Herden der Infektion. Selbst in liberalen und konservativen Kreisen spricht es sich herum, daß dieses Gesundheitssystem

nicht nur „die da unten“, sondern auch die deutsche Bourgeoisie gefährdet. Was in der DDR erreicht war und unter dem Druck, der dadurch ausgeübt wurde, auch in der Bundesrepublik bis 1990 galt, das Prinzip der Prävention statt kostenträchtiger Therapie, wollen nicht wenige auf die Tagesordnung setzen. Wer aber wie die Bundesregierung 2020 an die NATO „Verteidigungsausgaben“ von rund 50 Milliarden US-Dollar melden will – fast zehn Milliarden mehr als vor zehn Jahren –, der hat andere Prioritäten als den Schutz seiner Bevölkerung. Eine Pandemie trifft jedoch auch die Betuchten, das zwang schon im 19. Jahrhundert die Bourgeoisie zu Hygienemaßnahmen auch für die Arbeiterklasse.

Von Antihumanismus kann in den USA, dem dritten Hauptbeteiligten von 1945, keine Rede mehr sein. Hier regiert die Barbarei. Die Vereinigten Staaten entstanden 1776 als erster Rassenstaat der Weltgeschichte, der zweite war das faschistische Deutschland. Heute existiert für den überwiegenden Teil der 330 Millionen Einwohner faktisch kein Gesundheitswesen. Es sind vor allem schwarze US-Bürger und solche mit lateinamerikanischer Herkunft, die kein Geld für Arzt oder Krankenhaus haben. Die Leichenstapel in Kühlkammern New Yorks besagen, wo gegenwärtig Unmenschlichkeit Alltag ist. Der amtierende Milliardärspräsident, dessen privates Geschäft maßgeblich von der Deutschen Bank gestützt wird, spricht von einem „ausländischen“ beziehungsweise einem „chinesischen“ oder „Wuhan“-Virus – die geistige Ebene eines Dreijährigen. Gleichzeitig schickt er Kriegsschiffe vor die Küste Venezuelas und denkt nicht daran, die Sanktionen gegen das Land von Hugo Chávez, gegen Kuba oder gegen den Iran auch nur um einen Millimeter zu lockern. Er will diese Staaten und ihre Völker erwürgen, Krieg bleibt seine erste Wahl. Der 8. Mai 1945 war auch ein Sieg des Humanismus über den Antihumanismus. Der aber hat überlebt. Das zeigt die Pandemie auf drastische Weise.

Arnold Schölzel



75 Jahre Sieg über den Faschismus

für wichtiger als eine gesamteuropäische Friedensordnung. Nun entgleitet ihnen das Monster, das sie züchteten, und erlegt der EU Diktate auf – vorerst nur der EU. Den 75. Jahrestag des 8. Mai begehen die Hauptländer des Zweiten Weltkrieges im Jahr 2020 in der Pandemie, die das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 verursacht hat. Aber sie begehen das Jubiläum auf grundsätzlich unterschiedliche Weise. So werden z. B. in Rußland aller Voraussicht nach zwar die Feiern aus diesem Anlaß stattfinden, auch wenn das Leben der Bevölkerung Einschränkungen unterliegt. Wichtiger aber ist: Am 25. März gab Präsident Wladimir Putin ein Regierungsprogramm bekannt, das insbesondere den Ärmsten in der Krise helfen soll

Aus dem Inhalt



Sozialismus oder Barbarei	2
Ursachen u. Hintergründe des libyschen Kriegs	3
Palästina muß unterstützt werden!	5
Zur Wiederaufnahme der „Operation Sophia“	6
Als dieser schwere Krieg zu Ende ging	8
Karl Gass – Das Jahr 1945	10
Vor 75 Jahren: „Die Russen kommen!“	13
J. R. Becher: Thesen für das neue Deutschland	14
Pazifistische Offiziere – Weiße Raben	16
Es gibt kein „Wir“ in der Klassengesellschaft	17
Hans Schoenefeldt: Made in China?	18
Über kommunistische Erziehung	19
Wessen Interessen verteidigt die Bundeswehr?	21
Kurt Laser: Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin)	22
Die Reformation des Papstes	25
Sozialabbau in der Weltwirtschaftskrise	29
Theodor Weißenborn – ein Ketzer-Porträt	32
Die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“	33
DDR konkret: Das Eingabewesen	34
McCarthyismus (Folge 2)	36

Drohneinsatz sind Kriegsverbrechen

Sozialismus oder Barbarei

Die Neokonservativen unter George W. Bush, Dick Cheney, Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz haben im Rahmen ihrer Strategie „Greater Middle East“ (GME) die Kontrolle über die Region vom Kaukasus bis Nordafrika und von dort bis Bangladesch anvisiert. Der 11. September 2001 wurde zum Anlaß genommen, um zunächst gegen sechs islamische Staaten im Nahen und Mittleren Osten Kriege zu führen. Zu dieser Ländergruppe gehörten Afghanistan, Irak, Iran, Syrien, Libanon und Libyen. Sie alle wurden zu „Schurken“-Staaten deklariert mit dem Ziel, einen Regime Change zu organisieren. Am 7. Oktober 2001 hat die US-Soldateska Afghanistan und am 20. März 2003 Irak überfallen. Eines der wirksamsten Mittel war der Einsatz von Drohnen, wodurch die Führungskräfte des Widerstandes gegen die Invasoren liquidiert werden sollten. Nach dem Scheitern der GME-Strategie hat der US-Imperialismus einen diplomatischeren und geschickteren Präsidenten, Barack Obama, aus dem Hut gezaubert. Er führte den Krieg weiter bis zum Jemen und nach Somalia.

Bald nach der Amtsübernahme hatte Obama die Schließung des CIA-Konzentrationslagers „Guantanamo Bay“ auf Kuba angekündigt. Ab sofort wollte man keine Gefangenen mehr machen, sondern die Führungskräfte des Widerstandes physisch eliminieren. Damit sollte die Schließung von Guantanamo Bay befördert werden. In der Amtszeit von George W. Bush gab es allein in Pakistan insgesamt fünfzig Drohneinsatz. Bis 2006 stiegen sie unter Obama auf das Sechsfache, wie das unabhängige britische „Bureau of Investigative Journalism“ bekanntgab. Als Obamas Regierungszeit endete, waren sie um das Zehnfache gestiegen. Offizielle Zahlen über die Drohnenopfer gab die US-Administration nicht bekannt.

Da national und international Obamas Drohneinsatz zunehmend kritisiert wurden, erklärte er 2005 in einer Rede: „Bevor ein Drohnenschlag ausgeführt wird, muß so gut wie sicher sein, daß keine Zivilisten getötet oder verletzt werden.“ Die Wirklichkeit sieht anders aus. Zivilisten werden – spätestens seit Oktober 2001 – wahllos oder sogar gezielt angegriffen.

Häufig werden bei Angriffen auf einzelne Widerständler Dutzende, bisweilen Hunderte Unbeteiligte ermordet, ohne daß die eigentliche Zielperson überhaupt getroffen wird. So sind 2015 bei diversen Versuchen, den Chef von Al-Qaida Aiman al-Sawahiri zu töten, 76 Kinder und 29 Erwachsene ermordet worden. Letztlich gilt den US-Drohnen-Killern jeder Mensch männlichen Geschlechts als legitimes Ziel, wie der Pilot Brandon Bryant bei

seiner Aussage vor dem NSA-Untersuchungsausschuß des Bundestages deutlich machte: Jeder männliche Jugendliche ab zwölf Jahre sei ein Ziel des Angriffs. Manche seiner Kameraden verträten dazu zynisch die Auffassung, daß aus Kindern ja irgendwann Terroristen würden – man müsse „das Gras mähen, bevor es zu hoch“ wachse. Das ist nichts anderes als vorsätzliche Tötung und strafbar! In Afghanistan sind bei einem US-Drohnenangriff im September 2016 laut UN-Angaben



US-Kampfdrohne im Einsatz

15 Zivilisten in einem Privathaus getötet worden. Seit 2001 greift die US-Armee dort Familien, Hochzeiten und Trauerfeiern mit Drohnen an – auf Verdacht, da sich unter den Teilnehmern möglicherweise Widerstandskämpfer befinden könnten. So werden auf einen Schlag unzählige Menschen, Frauen, Kinder, Alte und Junge ums Leben gebracht. Das „Bureau of Investigative Journalism“ hat Informationen veröffentlicht, wonach allein in Pakistan von 2004 bis 2015 über 4000 Menschen durch Drohnen getötet worden sind. Darunter sind bis zu 1000 Zivilisten und Hunderte Kinder. Für den Jemen wurden Mitte Juli 2016 zwischen 100 und 120 bestätigte Drohnenangriffe gemeldet.

Am 7. Februar 2007 feuerte der bereits erwähnte Brandon Bryant von seinem Kontrollposten in Las Vegas eine Rakete über Afghanistan ab. Sie sollte ein Haus zerstören, von dem seine Vorgesetzten vermuteten, daß sich dort ein Aufständischer aufhalten würde. Brandon beobachtete den Ort in HD auf seinem Bildschirm, in den die Rakete einschlagen sollte. Im letzten Moment lief ein kleines Kind ins Fadenkreuz. Seine Vorgesetzten hatten dieses Opfer als zivilen „Kollateralschaden“ bezeichnet und nicht protokolliert. Sie sagten ihm lapidar, es sei ein Hund ins Haus gelaufen.

Am 14. Februar 2020 sind bei einem US-Drohnenangriff in dem von den Taliban kontrollierten Bezirk Sorkh-Rod in der ostafghanischen Provinz Nangarhar mindestens neun Zivilisten ermordet worden, darunter ein Kind. Die Gruppe war auf

dem Rückweg von einem Picknick, als die Bomben fielen. Der Angriff erfolgte wenige Stunden, nachdem Vertreter der USA und der Taliban eine politische Lösung und eine siebentägige Reduzierung der Gewalt vereinbart hatten.

Es ist nachgewiesen, daß die USA Drohnenkrieg von Deutschland aus führen, berichtete das ARD-Polit-Magazin „Panorama“ am 30. November 2016. Die Bundesregierung mußte erstmals einräumen, daß die Bedeutung der US-Basis im rheinland-pfälzischen Ramstein für den Drohnenkrieg der USA von zentraler Bedeutung sei. Auf Anfrage des Bundestagsabgeordneten André Hunko (Partei Die Linke) teilte das Auswärtige Amt mit, laut US-Angaben unterstütze die Air Base im Ramstein die „Planung, Überwachung und Auswertung von zugewiesenen Luftoperationen“. Dies sei dem politischen Direktor des Auswärtigen Amtes durch Mitglieder der US-Botschaft in Deutschland am 26. August 2016 mitgeteilt worden. Die USA hatten bislang wiederholt behauptet, daß von Ramstein keine Droh-

neneinsatz gestartet oder gesteuert würden. US-Präsident Barack Obama hatte bei seinem BRD-Besuch im Sommer 2013 gelogen, indem er behauptete, die USA benutzten Ramstein nicht als „Startpunkt für Drohneinsatz“. Anderslautende Berichte seien falsch, so Obama. Andrej Hunko sagte gegenüber NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“, die Bundesregierung sei durch die Kenntnis der Rolle Ramsteins nun „mitbeteiligt an völkerrechtswidrigen extralegalen Tötungen“ durch Drohneinsatz der US-Armee.

Kritiker sehen in den US-Drohnenkriegen eine eklatante Völkerrechtsverletzung. Kein Staat dürfe ungestraft außerhalb seines Territoriums Gewalt anwenden. Das sei nichts anderes als Staatsterrorismus. Dies betrifft auch die Ermordung des iranischen Generals und Chef der Al-Quds-Brigade Kassem Soleimani Anfang Januar 2020. US-Präsident Donald Trump hatte den Mordbefehl persönlich gegeben – eigentlich ein Fall für den internationalen Gerichtshof in Den Haag, vor dem Trump sich verantworten müßte.

Auf der Münchener „Sicherheitskonferenz“ Mitte Februar 2020 beklagte der russische Außenminister Sergej Lawrow eine „Barbarisierung der internationalen Beziehungen“. Dieser Zustand hat in der Tat mit dem vorläufigen Ende des Sozialismus in Europa zu tun. „Sozialismus oder Barbarei“, sagte Rosa Luxemburg. Die Welt befindet sich heute vielerorts in der Phase der Barbarei. Es gibt daraus letztlich nur einen Ausweg: den Sozialismus.

Dr. Matin Baraki

Ursachen und Hintergründe des libyschen Kriegs

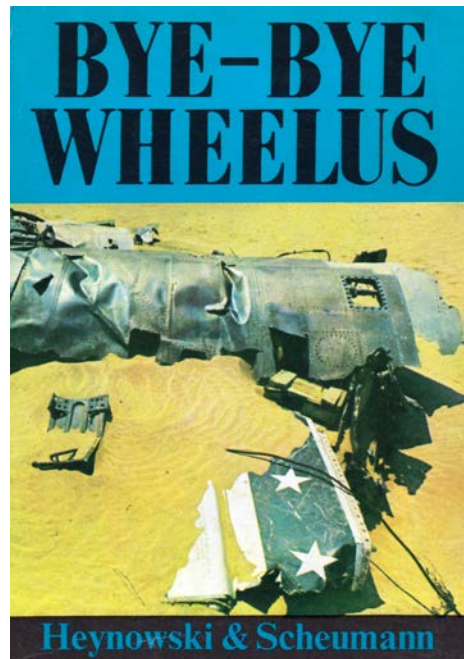
In Libyen sahen die USA einen strategischen Punkt, der für ihre machtpolitischen Ambitionen von großer Wichtigkeit war. Dabei sind die Italiener und die Deutschen daran schuld, daß die Amis sich dort festgesetzt hatten. Während die Italiener seit den türkisch-italienischen Kriegen zwischen 1911 und 1915 die libyschen Gebiete faktisch als Kolonie annektiert hatten, begann die faschistische Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg von dort ihre militärischen Unterstützungsoperationen für die in Bedrängnis geratenen italienischen Faschisten, die in Nordafrika ihre kolonialen Pfründe zu verteidigen suchten und sich bei den Briten und später den sie unterstützenden US-Amerikanern blutige Nasen holten. Nachdem die Faschisten beider Länder von dort vertrieben waren, nahmen US-Streitkräfte in Libyen deren Platz ein. Schließlich verhödete der König des Landes 1954 in einem Stützpunktabkommen ein riesiges Gelände für ein paar tausend Tonnen Getreide und eine lächerliche Jahrespacht von einer Million Dollar an die USA. Die Bedeutung von „Wheelus Airfield“ und des gesamten Stützpunkts beschreiben Peter und Beate Garian in ihrem Buch „Libyen. Land der Zukunft in Allahs Garten“ (Econ-Verlag, Düsseldorf 1965) folgendermaßen: „Ein Blick auf die Landkarte genügt, um Libyens zentrale Position deutlich werden zu lassen: Alle denkbaren europäischen Kriegsschauplätze liegen sozusagen in der Verlängerung des Rollfeldes, zu den Krisenherden des Nahen Osten ist es nur ein Katzensprung, und die neuralgischen Punkte des Schwarzen Kontinents sind ebenfalls in unmittelbarer Reichweite ...“

Das strategische Luftkommando der USA (Strategic Air Command) flog damals regelmäßig mit einem Dutzend mit Kernwaffen bestückten Bombern bis in die Nähe der festgelegten Ziele (insbesondere in der Sowjetunion). Die Flugzeuge kehrten aber nach Erhalt eines besonderen Signals wieder um. Das passierte jeden Tag, siebenmal in der Woche. Durch diese Manöver versuchte man die Zeit bis zu den Einsatzzielen möglichst gering zu halten, um das Überraschungsmoment nutzen zu können. Später wurden diese Flüge eingestellt, weil man genügend Raketen mit Nuklearsprengköpfen, meist auf U-Booten, rings um das sozialistische Lager postiert hatte.

Neben den Bombern waren auch Aufklärungsflugzeuge an den Grenzen des Warschauer Vertrages und über anderen mißliebigen Staaten, wie China, Kuba, KDVR und andere unterwegs. Bis zum Abschluß des US-Piloten Gary Powers in seiner U-2 am 1. Mai 1960 in der Nähe von Swerdlowsk war man noch ungeniert über die Sowjetunion geflogen. Diese Maschinen brauchten Stützpunkte, von denen aus sie operieren konnten. Und schließlich brauchte man Platz zum Trainieren von Bodenangriffen. Auch dafür bot Libyen ideale Voraussetzungen. Das ganze Jahr über gab es hervorragendes Flugwetter, und die weiten Wüstengebiete, die

nur dünn und vorwiegend von Nomaden besiedelt waren, boten ideale Voraussetzungen zur Einrichtung von „shooting ranges“, wie die Amis die Schießgebiete nannten. Um Kollateralschäden mußte man sich keine Sorgen machen – wen interessierten schon Wüstennomaden und ihre Tiere?

Aber die Wüste Nordafrikas bot noch anderes, was Begehrlichkeiten weckte: Öl. Nichts geht ohne Verbrennungsmotoren und



Kunststoffe, beides benötigt Öl als Rohstoff, was dessen strategische Bedeutung unterstreicht. Das hatte der zweite Weltkrieg mit seinen Millionen Fahrzeugen, Flugzeugen, Schiffen etc. hinreichend bewiesen. Und unter Libyens Wüsten vermutete man Unmengen dieses „Treibstoffs des modernen Kapitalismus“. Bis 1969 hatten die USA 88 Prozent der libyschen Ölförderung fest in ihrer Hand.

Doch nicht alle Libyer sahen dem Treiben ausländischer Mächte in ihrem Land ruhig zu. 1966 gründete ein junger Offizier, Muammar Al-Ghaddafi, der aus einfachsten beduinischen Verhältnissen stammte, nach dem Vorbild Gamal Abd Al-Nassers in Ägypten den Bund freier Offiziere. Nasser, der mit seinen Mitverschwörern bereits 1952 die Briten aus dem Land vertrieben hatte, wurde auch der Spiritus rector von Ghaddafi. Auch er strebte etwas an, was beide den „arabischen Sozialismus“ nannten. Es war eine Mischung aus populären Vorstellungen von allgemeiner Gleichheit aller gepaart mit einem panarabischen Nationalismus, der den Islam als Klammer aller arabischen Völker einschloß. In Ghaddafis 1975 erschieneinem „Grünem Buch“ liest sich das so: „... (das Volk) wird betrogen und ausgebeutet von den um die Macht kämpfenden politischen Instrumenten, die ihm seine Stimme entreißen wollen. Es steht stillschweigend in geordneten Reihen ..., um seine Stimmzettel

in die Wahlurne zu werfen, ebenso, wie es anderes Papier in Abfalleimer wirft ...“ Und weiter zieht er gegen das System bürgerlicher Parteien zu Felde: „... Folglich ist es heute ... am Beginn des Zeitalters der Massen nicht mehr gerechtfertigt, den Sinn der Demokratie nur in der Wahl einer kleinen Gruppe von Repräsentanten zu sehen, die die riesigen Massen lediglich vertreten ...“ Natürlich hatten weder Nasser noch Ghaddafi jemals Schriften sozialistischer Theoretiker gelesen. Es erschien ihnen nur, nach allen Erfahrungen, die sie mit den imperialistischen Besitzern in ihren Ländern machen mußten, geboten, nicht genauso bürgerlich zu werden, wie ihre ehemaligen Herren es waren. Sie sahen in den sozialistischen Ländern eine Alternative, zumal diese die jungen arabischen Republiken unterstützten. Allerdings gab es weder in Ägypten 1952 noch in Libyen 1969 (als der Bund freier Offiziere einen Auslandsaufenthalt König Idris' nutzte, um ihn zu entmachten) eine sozialökonomische Basis für eine sozialistische Entwicklung. Beide Länder waren geprägt von feudalen Verhältnissen, in denen kleine und kleinste bäuerliche Betriebe und Clanstrukturen vorherrschend waren, abgesehen von der einen oder anderen größeren Stadt. Libyen wurde nun von einem revolutionären Kommandorat geführt, an dessen Spitze schnell der junge Hauptmann Ghaddafi trat. Der machte sich sogleich daran, die Quellen des nationalen Reichtums zu verstaatlichen und fremde Akteure aus dem Land zu werfen. Hatten die USA anfangs noch gedacht, mit dem Zugeständnis, ihren Stützpunkt zu räumen, wenigstens die Hand auf der Ölförderung behalten zu können, wurden sie schnell eines anderen belehrt. Damit hatten sich Ghaddafi und seine Mitverschwörer Feinde geschaffen, die mehr als 40 Jahre nicht ruhen sollten, um die Verhältnisse wieder zu ändern, aber auch, um persönliche Rache zu nehmen.

Doch zunächst krepelten die jungen Leute das Land um. Mit den immer mehr sprudelnden Öleinnahmen wurde im Laufe der Jahre ein recht fortschrittliches Sozialsystem geschaffen, es gab das Recht auf Wohnraum und zum Schluß auch so etwas wie ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die Gemeinschaft des Volkes (jamajihira – Herrschaft der Massen) sollte Nutznießer sein, wenn jeder seinen Teil zur Entwicklung aller beitrug. Besonders die Frauen profitierten von der Entwicklung. „Das grüne Buch“ betonte zwar die biologischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern, aber auch die Gleichheit der Frauen mit den Männern. Eine Benachteiligung wegen ihres Geschlechts dürfe es nicht geben. Neben der Gleichberechtigung sollte auch der Zugang zur Bildung und Ausbildung für alle ermöglicht werden. Es wurde eine gemeinsame Ausbildung von Jungen und Mädchen in den Schulen und Hochschulen eingeführt. Man versuchte also, unter archaischen Verhältnissen so etwas wie Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen.

Außenpolitisch unterstützte die neue libysche Regierung Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen insbesondere im arabischen Raum und unternahm, ganz im Sinne der proklamierten gemeinsamen arabischen Sache, immer wieder Bestrebungen zu einem Zusammenschluß mit verschiedenen arabischen Ländern, die allerdings nie von langer Dauer waren. Von der großen Unterstützung profitierten insbesondere die palästinensischen Bewegungen. Zeitweilig befanden sich diverse Kommandostellen der Palästinenser auf libyschem Territorium. Das führte zwangsläufig auch zu einer Konfrontation mit Israel, zumal Ghaddafi verbal immer deutlich machte, auf wessen Seite er stand.

Viele palästinensische Gruppen bedienten sich zu jener Zeit vor allem der Mittel des individuellen Terrors, sie zeichneten verantwortlich für Flugzeugentführungen und Bombenattentate. So standen die Libyer als Unterstützer dieser Gruppen im ständigen Visier jener Staaten, die von den Anschlägen betroffen waren. Besonders die US-Amerikaner nutzten ihre militärische Präsenz im Mittelmeerraum, um immer wieder gegen die Libyer aktiv zu werden und sie mit zunehmendem militärischem Druck von der Unterstützung der Palästinenser abzuhalten. Flankiert wurde das schon damals mit umfangreichen wirtschaftlichen Sanktionen.

Im Januar 1986 kam es dann zur Eskalation. Die USA wollten Libyen, nachdem es 1985 zu einer großen Anzahl von Anschlägen der Palästinenser in Europa gekommen war, „disziplinieren“ und entsandten Kriegsschiffe und Flugzeuge in das Seegebiet nahe der Große Syrte. Von Januar bis März kam es zu einer Reihe von Provokationen und Aufklärungsflügen der US-Amerikaner über libyschem Hoheitsgebiet. Gleichzeitig führte Libyen im Süden eine Militäroperation gegen den Tschad, da von dessen Gebiet immer wieder bewaffnete Gruppen auf libysches Gebiet vorgedrungen waren. Frankreich unterstützte seine ehemalige Kolonie, indem es ein paar Tausend Fremdenlegionäre und Kampfflugzeuge entsandte. Es kam zu begrenzten Luft- und Bodenoperationen beider Seiten, in deren Folge die libyschen Truppen aus dem Tschad gedrängt wurden.

Ende März 1986 begann die US-Marine in der Großen Syrte die Operation „Prairie Fire“. Drei US-Flugzeugträger-Kampfgruppen führen mit ihren Geleitschiffen dort ein. Libyen schickte ihnen Patrouillenboote und Korvetten entgegen, und Flugzeuge nahmen Kurs auf die US-Armada. Darauf reagierte die US-Navy, indem sie zwei libysche Boote versenkte und eins schwer beschädigte. F-14-Jäger der Flugzeugträgergruppen schossen zwei libysche MiG-23 ab. Mehrere Jagdbomber griffen libysche Luftabwehrstellungen auf dem Festland an und beschossen sie mit Luft-Boden-Raketen.

In der Folgezeit gab es eine blutige Eskalation der Ereignisse. Bereits im April 1986 unternahm man einen Bombenanschlag auf eine Westberliner Diskothek, in der vor allem US-Soldaten verkehrten, der ein Todesopfer und 28 Verletzte forderte. Einen Tag

danach beschuldigte US-Präsident Ronald Reagan Libyen und Ghaddafi der Urheber-schaft. Neun Tage später flog die US-Air-Force mit strategischen Bombern F-111 „Vergeltungsangriffe“ auf Ziele in und um Tripolis. Jagdbomber der US-Navy starteten von Flugzeugträgern Bomben- und Raketenangriffe gegen Ziele in Benghasi. Es kam zu weiteren Anschlägen bzw. zu Entführungen von US-Amerikanern im Nahen Osten und in Europa, die alle dem libyschen Staatsoberhaupt zugeschrieben wurden. Blutiger Höhepunkt war am 21. Dezember 1988 der Absturz einer PanAm-Maschine über dem schottischen Lockerbie, der auf eine Bombenexplosion zurückzuführen war.

Obwohl es bei den meisten Anschlägen, Überfällen und Entführungen erhebliche Zweifel an der libyschen Urheberschaft gab, wurde Ghaddafi immer mehr an den Pranger gestellt und galt seitdem als einer der Hauptdrahtzieher des internationalen Terrorismus.

Objektive und irrationale Gründe gehen dabei Hand in Hand. Für Libyen bedeutete dies, daß die Unruhen ab etwa 2010 (Clanchefs fühlten sich beim Verteilen der Gewinne benachteiligt und aufgrund der Durchsetzung von Frauenrechten in ihren mittelalterlichen Machtansprüchen angegriffen) erheblich zunahm, kräftig befördert durch das Wirken ausländischer Geheimdienste. Dieses wurde genutzt, um das Land mit militärischen Mitteln schließlich 2014 von innen zu zerstören. Dabei ließ man islamistische Söldner die Drecksarbeit erledigen. Libyen fiel ins Chaos, die Wege zu den Ölquellen waren wieder frei. Allerdings ruhte man nicht, bevor „das Böse“ in Gestalt von Ghaddafi ermordet worden war.

Nun befindet sich Libyen seit neun Jahren in einem Zustand der Anarchie. Das Eingreifen von NATO-Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Italien, USA hat das Land in kriegerische Auseinandersetzungen im Innern geführt, was zu einem totalen Kollaps der zivilgesellschaftlichen Ordnung und zu einem völligen Ausverkauf der Ressourcen geführt hat. Mittlerweile stehen mindestens zwei Gruppierungen im Krieg miteinander: zum einen Kräfte der sogenannten international anerkannten Regierung unter Premier Fayed Sarradsch, deren einzige Leistung darin bestand, sich gegenseitig die Pfründe zuzuschieben und alles, was nicht niet- und nagelfest ist, an ausländische „Investoren“ zu verscherbeln und (auch mit EU-Hilfe) Afrikaner, die auf dem Weg nach Europa sind, einzufangen und zu versklaven; zum anderen Formationen des Generals Khalifa Haftar, der sich als zu kurz gekommen sieht und meint, Retter Libyens sein zu können. Er verdient ebenfalls am Flüchtlingsgeschäft. Beide werden tatkräftig von ausländischen Mächten sowie Söldnertruppen unterstützt.

In Westeuropa bemüht man sich nun um eine sogenannte Friedenskonferenz. Federführend war die deutsche Regierung. Bei dieser Initiative geht es nach dem Brexit in der EU darum, wer die Führungsnation werden soll – die BRD oder Frankreich. Da

Frankreich an vorderster Front an der Zerstörung Libyens beteiligt war, zieht es dort auch noch viele Strippen und hat die Hand am libyschen Öl. Gleichzeitig unterstützen Frankreich und Italien in alter kolonialer Verbundenheit die Regierung Sarradsch mit Waffen und „Ausbildern“. Gegen diese beiden will sich die BRD als „Friedensmacht“ in Stellung bringen. Damit könnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Man könnte sowohl Frankreich als auch die Türkei, die sich für Öl-Deals auf die Seite der Regierung in Tripolis stellt, in die Schranken weisen, weil man sie moralisch auf die Seite der Kriegstreiber stellt, und auf der anderen Seite Rußland, das an der Seite Haftars steht, eins auswischen. Doch vor allem geht es darum, Zugriff auf die Kräfte zu haben, die Flüchtlinge in Libyen „abfangen“ und damit relativ geräuschlos dafür sorgen, sie nicht in die „Festung Europa“ zu lassen. Die Menschen, Libyer wie Flüchtlinge, spielen im Kalkül der Macht sowieso keine Rolle.

Hat nur alles nicht so richtig funktioniert: „UNO-Generalsekretär António Guterres ist enttäuscht ...“ „Ich bin zutiefst frustriert über das, was in Libyen passiert, und ich finde, es ist ein Skandal ...“ Die Wahrheit aber ist, daß das Embargo des Sicherheitsrats weiterhin verletzt wird. Es kommen noch immer Flugzeuge mit Kampfgerät in beiden Teilen des gespaltenen Landes an. Namentlich nannte Guterres Lieferungen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten, Truppen aus der Türkei, Söldner aus dem Sudan und Angehörige einer privaten russischen Militärfirma.

So streiten sich alle weiter, der Krieg, der ja immer auch ein Geschäft ist, nimmt kein Ende; und der letzte, für den das Wohl der libyschen Bevölkerung wichtig war, war wohl der auf so mittelalterliche Weise ermordete Ghaddafi. Das beschreibt auch den Zustand der heutigen Welt.

Uli Jeschke
Chorin

„Bye-bye Wheelus“ – ein Dokfilm von H&S

*Augenzeugen berichten, der Abzug der Amerikaner aus Nordafrika habe einer panikartigen Flucht gähnelt. Unbedingt wollten es die amerikanischen Militärs vermeiden, während ihres Abzuges gefilmt oder fotografiert zu werden. Diese Blamage vor den Augen der Weltöffentlichkeit suchten sie sich durch Flucht zu entziehen. Trotzdem sind Filmdokumente vom Abzug vorhanden: Libysche Dokumentaristen hielten dieses Ereignis in Bild und Ton fest. Die Aufnahmen sind ein wichtiger Bestandteil des Dokumentarfilms von Walter Heynowski und Gerhard Scheumann (1971). Die Bilder vom Volksfest der arabischen Bevölkerung anlässlich des Abzugs der Amerikaner, der Jubel über den errungenen Sieg über den US-Imperialismus, sind echte Höhepunkte in einem Film, der mit leidenschaftlicher Parteilichkeit über „Glanz und Elend des Weltgendarms USA“ berichtet. „Bye-bye Wheelus“ ist ein eindrucksvoller Report über ein ehemaliges amerikanisches Aggressions-Trainingszentrum, ein partielles Filmdokument von großem politischem Wert. **RF***

Zur Erklärung der Bundesregierung betreffs der Zuständigkeit des IStGH Palästina muß unterstützt werden

Einer der ehernen Grundsätze der deutschen Nahost-Politik ist das ständige Bekenntnis zur Zwei-Staaten-Lösung im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Doch seit Jahrzehnten hintertreiben alle Bundesregierungen dieses Ziel durch die Unterstützung des Landraubs durch die israelische Besatzungspolitik und durch die Verhinderung einer palästinensischen Staatlichkeit in allen Gremien der Vereinten Nationen. Hinter der Fassade eines hohlen Bekenntnisses zu einer vertraglichen Lösung boykottieren sie aktiv alle Bemühungen der Palästinenser, durch die offizielle Anerkennung ihres Staates auf gleicher Ebene mit der israelischen Regierung verhandeln zu können und sie zur Verantwortung zu ziehen für ihre Verbrechen in den besetzten Gebieten. Nun hat die Bundesregierung eine Erklärung abgegeben, in der sie die Meinung der israelischen Regierung unterstützt, daß sich die Zuständigkeit des IStGH nicht auf die palästinensischen Gebiete erstreckt. Palästina sei kein Staat und unterliege daher nicht der Rechtsprechung des IStGH. Dadurch soll verhindert werden, daß die von der Chefanklägerin Fatou Bensouda begonnenen Untersuchungen über Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten zu einer Anklage gegen Israel vor dem IStGH führen. „Am Freitag sagte Deutschland zu Israel: Erweitern Sie die Siedlungen nach Herzenslust, bombardieren Sie Gaza so oft Sie möchten, schießen Sie weiterhin ungezügelt mit echten Kugeln

auf Demonstranten! Sie sind immun gegen jede Kritik und sicher gegen Strafverfolgung in Den Haag“, so der israelische Journalist Gideon Levy am 16. 2. in der Tageszeitung „Haaretz“. Das Lob des israelischen Außenministers folgte auf dem Fuß, er begrüßte die deutsche Positionierung als „verantwortungsvoll“, weil sie eine „Politisierung“ des IStGH verhindere. Die Bundesregierung hat Palästina immer die Anerkennung als Staat in der UNO versagt, obwohl inzwischen 138 Staaten den Staat Palästina anerkannt haben. 2012 haben sie in der UNO-Generalversammlung mit der Resolution 67/19 Palästina einen Beobachterstatus als Staat zuerkannt. Er reichte für den UNO-Generalsekretär wie für den Präsidenten der Vertragsstaatenversammlung des IStGH aus, die von den Palästinensern beantragte Mitgliedschaft im IStGH zu akzeptieren. Palästina erfüllt alle der nach Art. 1 der Konvention von Montevideo erforderlichen Merkmale eines Staates: eine permanente Bevölkerung, ein definiertes Territorium trotz umstrittener Grenzen und die Fähigkeit, internationale Beziehungen mit anderen Staaten einzugehen. Seit Jahren ist Palästina zahlreichen internationalen Abkommen beigetreten, z. B. der UNESCO. Mit ihrer Petition setzt sich diese Bundesregierung nun in offenen Widerspruch zur jahrzehntelangen Unterstützung aller Bundesregierungen für eine Internationale Strafgerichtsbarkeit sowie zu ihren ständigen Bekenntnissen zu Völkerrecht,

Menschenrechten und Verantwortung für Verstöße gegen internationales Recht. Die Bundesregierung weiß genau, daß sie mit ihrem Standpunkt die ständigen schweren Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten nicht nur toleriert, sondern akzeptiert und aktive Mittäterschaft betreibt. Israel setzt sich mit deutscher und internationaler Unterstützung nicht nur über das Völkerrecht hinweg, sondern setzt das Prinzip „Macht über Recht“ durch und forciert de facto die Kolonisierung Palästinas. Die Bundesregierung schlägt mit ihrer Entscheidung dem unterdrückten palästinensischen Volk ein weiteres friedliches Instrument im Widerstand gegen die israelische Gewaltpolitik aus der Hand und verliert endgültig ihre Glaubwürdigkeit als mögliche Vermittlerin im Palästinakonflikt. Vor diesem Hintergrund kritisieren wir den Kurswechsel der Bundesregierung scharf. Der Bundesarbeitskreis Nahost der Partei Die Linke fordert die Bundesregierung auf, die Verpflichtungen aus ihrer Mitgliedschaft in der UNO zu erfüllen, die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofes nicht in Frage zu stellen und keine Immunität Israels zu akzeptieren. Die Palästinenserinnen und Palästinenser haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben ohne Besatzung und Unterdrückung. Dafür verdienen sie jede Unterstützung.

**BAK Gerechter Frieden in Nahost
der Partei Die Linke**
2. März 2020

BEI ANDEREN GELESEN / GEHÖRT / GESEHEN

Das Wort zum Sonntag

Es war einmal eine Frau. Die war so schön, daß sich ein Gott in sie verliebte. Der Gott hieß Zeus. Die schöne Frau: Europa. In diesen Tagen zeigt Europa ihr häßliches Gesicht. An Europas Grenzen zeigt sich die Grenze unserer Menschlichkeit. An der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei verkaufen wir in diesen Tagen unsere grundlegenden Werte: Menschenrechte und Menschlichkeit. Es wird mit Menschenleben geschachert im politischen Geschäft zwischen Türkei und EU. Flüchtlinge werden benutzt als Verhandlungsmasse. In einem dreckigen Deal. Die Werte, unter deren Schutz wir groß geworden sind, sind im Ausverkauf. Bald wird ein Schiff auslaufen. Gekauft und flottgemacht von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, initiiert von der Kirche. Um Flüchtlinge im Mittelmeer zu retten. Das legt den Finger so richtig in die Wunde. Daß das Selbstverständliche nicht selbstverständlich ist: Menschen in Not zu helfen. Daß man das überhaupt sagen muß! Muß man! Bilder zeigen, wie Grenzschützer Luft aus Flüchtlingsbooten lassen wollen, damit die Fliehenden untergehen. Flüchtende werden mit Gewalt zurückgedrängt. Wir sehen nur einen Bruchteil des Elends in den

hoffnungslos überfüllten Flüchtlingslagern. Angesichts dessen sollte sich jedem einzelnen Europäer und jeder Europäerin Tag und Nacht der Magen umdrehen. Wir müssen auf die Straßen gehen! Everyday for future and humanity! Wir müssen die Parlamente stürmen. In denen Neofaschisten sitzen und uns in Schreckstarre verfallen lassen genauso wie das Corona-Virus. Wir verkaufen billig, was uns menschlich macht. Allzu menschlich ist das und nichts Neues: Man hat schon vor zweitausend Jahren diese Geschichte erzählt: Der Mann, der verprügelt im Straßengraben liegt, und alle gehen vorbei. Jeder hat gute Gründe, warum er nicht hilft. Nur einer handelt, ohne groß Bedenken zu wälzen und macht einfach das Naheliegende: Helfen. Wo es geboten ist. Nachzulesen in der Bibel. Europa geht genauso vorbei an seinen Flüchtlingen. Ob aus europäischem Idealismus, aus Mitgefühl oder gesundem Menschenverstand: Schutzbedürftigen ohne Wenn und Aber unhinterfragt und sofort zu helfen – wenn das nicht der kleinste gemeinsame Nenner ist, was denn dann?! Es gibt viele, die wollen helfen und können nicht. Städte, Kommunen, Kirchengemeinden, zivilgesellschaftliche Gruppen werden ausgebremst von

politischen Strukturen und der jüngsten Entscheidung des Bundestags, nicht einmal die Schwächsten der Schwächsten aufzunehmen: Kinder auf der Flucht. Ich verstehe das nicht! Und die EU zahlt 700 Millionen Euro „Soforthilfe“ – aber nicht etwa, um zu helfen. Sondern um uns Menschen in Not vom Hals zu halten. Mit Verlaub: Ich könnte kotzen! Jetzt müssen Politiker zeigen, wes Geistes Kind sie sind. Was sie leitet. Was ihre moralischen Prinzipien sind. Jetzt muß ganz Europa all seine Kräfte aufbringen, um jedes einzelne Kind, jede einzelne Frau und jeden einzelnen Mann aus der Not zu retten. Und wenn Europa das nicht einhellig hinkriegt, dann müssen es die tun, die dazu bereit sind. Wir dürfen Europas Schönheit nicht billig verkaufen: den Gläubigen an Menschlichkeit. Solidarität. Gerechtigkeit. Und ich ergänze: Barmherzigkeit. Vor 2000 Jahren hat einer gesagt: „Selig sind, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit (...) Selig sind die Barmherzigen!“

Pastorin Annette Behnken,
Studienleiterin der Evangelischen
Akademie Loccum, in ihrer vielbeachteten
und von rechts heftig angefeindeten Sendung
im 1. Programm am 7. März

Zur Wiederaufnahme der „Operation Sophia“

Vor beinahe 70 Jahren wurde die UN-Flüchtlingskonvention verabschiedet und stellt bis heute das wichtigste internationale Dokument für den Flüchtlingsschutz dar. Vor dem Hintergrund der Greuel des Nationalsozialismus und den Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, der Millionen Menschen zur Flucht zwang, legte die Konvention klar fest, wer ein Flüchtling ist, welchen rechtlichen Schutz, welche Hilfe und welche sozialen Rechte sie oder er von den Unterzeichnerstaaten erhalten sollte. War die Genfer Flüchtlingskonvention zunächst darauf beschränkt, hauptsächlich europäische Flüchtlinge direkt nach dem Zweiten Weltkrieg zu schützen, so wurde ihr Wirkungsbereich durch das Protokoll von 1967 zeitlich und geographisch erweitert, um den geänderten Bedingungen der Flüchtlinge weltweit gerecht werden zu können.

Wenn Wolfgang Puztai als Vorsitzender des Beirats des „National Council on U.S.-Libya Relations“ und Direktor von „Perim Associates“ meint, es wäre „sinnvoller, die Lage der Migranten in den libyschen Lagern spürbar zu verbessern, eine freiwillige Rückkehr in die Heimatländer über einen bestimmten Zeitraum mit entsprechenden Anreizen zu bewerben und diese zu organisieren“, so ist dies aus zweierlei Gründen verfehlt: Im Unterschied zu Österreich ist Libyen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht beigetreten und somit der Schutz von Flüchtlingen nicht sichergestellt. Flüchtlinge werden in Libyen in geschlossenen Flüchtlingslagern untergebracht und dort Bedrohungen ihrer grundlegenden Menschenrechte ausgesetzt. Sie haben keinen Zugang zu wichtigen, in der Genfer Flüchtlingskonvention verbürgten Rechten – wie der Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Sozialleistungen. So urteilte der EGMR bereits 2012, daß Schutzsuchende in Libyen willkürlich inhaftiert, gefoltert und unmenschlichen Unterbringungsbedingungen, mangelnder Hygiene und unzureichender medizinischer Versorgung ausgesetzt gewesen seien und systematische

Menschenrechtsverletzungen begangen werden. An dieser Situation hat sich bis heute nichts geändert.

Erst vor wenigen Tagen warnte der Auswärtige Dienst der EU vor einer möglichen humanitären Krise in Libyen, die durch den aufflammenden Krieg in dem instabilen Küstenstaat begünstigt wird. Diese Sorge scheint berechtigt, zumal das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR seine Mitarbeiter von einem auch von der EU finanzierten Auffanglager abzieht.

Aber nicht nur in diesem Punkt verkennt Puztai die Lage. Viele Flüchtlinge, die die libysche Küstenwache auf dem Meer aufnimmt und in die libyschen Lager bringt, kommen aus Ländern wie Eritrea. Dort ist die Lage für viele Menschen derzeit so bedrohlich, daß sie in der EU und in Österreich – sofern sie es trotz aller Abschottungsmaßnahmen hierher schaffen – von den zuständigen Behörden zu über 80 Prozent internationalen Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten. Ein sehr großer Anteil dieser Menschen ist aufgrund von Verfolgung, Gewalt und schweren Menschenrechtsverletzungen auf der Flucht. Dennoch werden sie oft zu Unrecht pauschal als „illegale Migranten“ bezeichnet und mit allen Mitteln bekämpft.

Wenn ein Konnex zwischen der Anzahl der Ertrunkenen und der Anwesenheit von Rettungsschiffen im Mittelmeer hergestellt wird, so ist dies nicht richtig. Die aktuelle Studie des renommierten Robert Schuman Centre for Advanced Studies des European University Institute in Florenz belegt vielmehr, daß kein zahlenmäßiger Zusammenhang zwischen der Seerettung durch NGOs und der Anzahl der Geflüchteten, die Libyen verlassen, nachweisbar ist. Vielmehr lassen sich Zusammenhänge zwischen Wetterbedingungen und der politischen Instabilität in Libyen und der jeweiligen Anzahl an Geflüchteten, die das Mittelmeer überqueren, erkennen. Wenn Menschen auf der Flucht vor Verfolgung aus ihren Heimatländern sind, dann ist kein Meer zu tief, kein Berg zu hoch, keine Wüste zu staubig, um das

eigene Leben zu retten. Das bewußte Ertrinkenlassen von Menschen, denen man leicht helfen könnte, rettet keine Leben – ganz im Gegenteil. Und es entwertet und zerstört gleichzeitig einen der wichtigsten humanitären Grundwerte: den absoluten Wert des menschlichen Lebens und seines Schutzes. Die Wiederaufnahme der „Operation Sophia“ bedeutet, daß die europäischen Staaten wieder Verantwortung übernehmen. Es sind nämlich in erster Linie diese Staaten, die durch die Europäische Menschenrechtskonvention, die Genfer Flüchtlingskonvention und die internationalen Übereinkommen über Suche und Rettung in Luft- und Seenotfällen verpflichtet sind, für den Schutz und die Rettung der über das Mittelmeer flüchtenden Menschen Sorge zu tragen.

Mit dem Wandel der globalen Migrationsbewegungen und zunehmenden Flüchtlingszahlen wird die Relevanz der Konvention oft infrage gestellt. Das Rote Kreuz wie auch das UNHCR sind aber davon überzeugt, daß die Konvention nach wie vor die beste Grundlage für den Flüchtlingsschutz darstellt, nicht zuletzt aufgrund der (noch) hohen Akzeptanz durch die vielen Unterzeichnerstaaten.

Bisher hat die Konvention zum Schutz von Dutzenden Millionen Menschen in den verschiedensten Situationen beigetragen. Solange Menschen verfolgt werden, kann auf die Flüchtlingskonvention nicht verzichtet werden. Aber ein völkerrechtlicher Vertrag ist dann das Papier nicht wert, wenn sich seine Vertragsstaaten ihren Verpflichtungen zu entziehen trachten und mit fragwürdigen Argumentationen das Ertrinken von Menschen zu rechtfertigen versuchen. Das ist die wahre Schande der Menschheit in unserer Zeit!

Anja Oberkofler
Wien

*Anja Oberkofler ist Juristin und Vizepräsidentin des Österreichischen Roten Kreuzes.
(Aus: „Der Standard“, Wien, 12. 2. 2020)*

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Mai!

Zum 99. Geburtstag

Rudi Kurz (Berlin) am 9. Mai

Zum 95. Geburtstag

Ulrich Müller (Berlin) am 21. Mai

Zum 93. Geburtstag

Ilona Kießling (Leipzig) am 16. Mai

Zum 92. Geburtstag

Roland Richter (Chemnitz) am 9. Mai

Zum 91. Geburtstag

Gerda Thiede (Suhl) am 16. Mai

Zum 90. Geburtstag

Wilhelm Bastian (Kleinmachnow) am 5. Mai
Helga Schuhmann (Großmonra,
OT Burgwenden) am 6. Mai

Wolfgang Runge (Hamburg) am 12. Mai
Kurt Koopmann (Seddiner See) am 13. Mai

Zum 85. Geburtstag

Rudolf Herz (Berlin) am 16. Mai
Gertraud Ranzinger (Gera) am 27. Mai

Zum 80. Geburtstag

Günter Schneevoigt (Mühlenbecker Land,
Schönfließ) am 3. Mai
Klaus Buschner (Bösenbrunn) am 4. Mai

Konrad Fiedler (Jena) am 19. Mai

Günter Brookmüller (Güstrow) am 24. Mai
Horst Loos (Erfurt) am 31. Mai

Zum 75. Geburtstag

Richard Kabelitz (Halberstadt) am 21. Mai

Zum 70. Geburtstag

Harald Hentschel (Oechsen/Rhön) am 9. Mai
Hans-Jürgen Heinzig (Schwerin) am 15. Mai

Zum 65. Geburtstag

Jürgen Witt (Pfullendorf) am 8. Mai
Harald W. Jürgensonn (Neukirchen)
am 24. Mai

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Nach einem Bericht von Sophia Tarchanowa

Ich wollte an die Front

Den Kindern deutscher Antifaschisten verdankt sie ihre Deutschkenntnisse, besonders Marianne Weinert und Fanny Neumann. Das soll ich schreiben, das ist für sie wichtig. Sophia Tarchanowa dolmetschte, was mir Frontkämpfer über den Krieg erzählten. Ihre eigene Geschichte als Soldat fand sie nicht heldisch genug für einen Zeitungsbericht. „Wie politisch dumm ich damals war, wie naiv!“, kommentierte sie beim Dolmetschen, wenn sie ihre Einsichten von damals mit denen unserer Gesprächspartner verglich. Ich verbrachte eine ganze Woche in ihrer Moskauer Wohnung, bis sie mir schließlich doch etwas im Stenogrammstil erzählte. In ihrer Familie sprechen alle deutsch, die Enkelin, die Töchter, der Schwiegersohn, ihr Mann. Darauf ist sie ein bißchen stolz und auf ihre Arbeit als Übersetzerin schöner Literatur aus dem Französischen, Norwegischen und Deutschen. Was sie im Krieg geleistet, ist das Normale, Selbstverständliche aus ihrer Sicht nach vierzig Jahren.

Ich gehöre zu der Generation, die wenige Tage vor dem Kriegsbeginn aus der Schule kam. Die meisten Frauen meiner Generation sind jetzt allein. Von den zwölf Jungen aus meiner Klasse sind acht nicht mehr aus dem Krieg zurückgekommen.

Am 19. Juni 1941 bin ich achtzehn Jahre geworden, am selben Tag hatten wir unsere Abiturientenfeier. Meine Schule lag in einem schönen alten Bezirk von Moskau. Ein Stadtteil mit Gärten und einem Teich, auf dem man mit Booten fahren konnte und im Winter Schlittschuh lief. Dort wohnte damals ein großer Teil der Moskauer Intelligenz. In unserer Schule gab es traditionsgemäß sehr gute Lehrer. Nach unserer Abiturientenfeier sind wir, wie es bei uns üblich war, durch die Boulevards geschlendert. Am späten Abend dann schon zu zweit. Ich war verliebt, und wir waren überzeugt, ein Leben lang zusammenzubleiben. Wir hatten die Kindheit nun hinter uns und waren froh, endlich selbständig zu sein. Wir wollten studieren und liefen in den darauffolgenden Tagen, am 20. und 21. Juni, Hand in Hand mit unseren Bewerbungen in berühmte wissenschaftliche Institute.

Am 22. Juni fuhr ich zu meiner besten Freundin. Sie lebte in einer Gemeinschaftswohnung, in der man normalerweise nie allein war. An diesem Tag hat uns keiner gestört. Wir saßen stundenlang auf dem Sofa, vertieft in unser Mädchenpalaver über „Verehrer“. Wir haben nicht gemerkt, wie die Zeit verging und wußten nichts. Niemand hat uns die Meldung vom Krieg gebracht. Als ich nach Hause fuhr, blieb die Straßenbahn am Puschkinplatz stehen. Der Fahrer und einige Leute stiegen aus, liefen zum Lautsprecher, und ich hörte durch das offene Fenster einzelne Wörter wie Treulosigkeit, Verantwortung, Angriff. Ich habe mir gedacht, was ist das wieder für ein

Theaterstück vom Krieg, das die da über den Lautsprecher bringen. Warum immer diese Stücke vom Krieg? Ich war ahnungslos, dumm und naiv. Später erfuhr ich, daß es die Stimme Molotows war. Um den Lautsprecher am Puschkinplatz drängte sich eine Menschenmenge, alte Frauen weinten, und ich hörte sie schreien: Krieg, Krieg. Als ich nach Hause kam, waren meine Eltern traurig. Ich dachte mir, na ja, sie sind alte Leute. Meine Mutter sagte, das wird schlimm werden. Wieso schlimm, sagte ich. Wir sind ein großes Land und haben eine starke Armee. Das wird schnell gehen. Wenige Tage später wurde ich für Dolmetschertätigkeiten beim Rundfunk angestellt. Ich mußte Aufrufe gegen den Krieg an die Jugend der Welt ins Italienische übersetzen und verlesen. Mit achtzehn Jahren berufstätig. Ich war sehr froh.

Am 3. Juli wurden die Jungen meiner Klasse zum Zivildienst eingezogen. Sie mußten Gräben für die Verteidigung Moskaus bauen, wurden später von Deutschen gefangengenommen, sollten erschossen werden und warteten auf ihren Tod, bis sie von unserer Armee befreit wurden.

Als ich meinen Freund wiedersah, war er ganz verändert, apathisch, ohne Lebenslust. Unsere Liebe war für ihn weit weg. Er lebte in diesem Grauen und konnte seine Erlebnisse nicht verdrängen. Ich verstand ihn, aber nur irgendwo an einem fernen Horizont konnte ich nicht sein. Ich beschloß, mich von ihm zu trennen, und begleitete meine Mutter nach Sibirien. Später ist er ein hervorragender Gelehrter geworden. Im Juli und August wurde Moskau ununterbrochen bombardiert. Meine Mutter war krank, und mein Vater entschied unsere Evakuierung. Insgeheim plante ich bereits meine Rückkehr, bevor wir losfuhren. Ich fühlte mich als erwachsener Kämpfer. Das war meine Zeit.

Ich wollte an die Front. Wir fuhren einen Monat lang auf einem bequemen, ganz sauberen Schiff, das für Urlaubsreisen eingerichtet war. Das war eine sehr schöne Reise. Ich hatte mir damals vorgenommen, diese Fahrt im Frieden zu wiederholen. Aber wie es so ist, es ist nie dazu gekommen. Traurig war eigentlich nur, daß wir uns von Moskau entfernten. Je weiter wir in den Osten kamen, desto herrlicher wurde die Landschaft. An der Kama gab es Bäume von märchenhafter Schönheit.

Nur wenn wir anlegten, sahen wir am Ufer Männer mit Rucksäcken, die in den Krieg zogen, umringt von ihren Frauen und Kindern. Die Mütter der jungen Soldaten winkten mit ihren Kopftüchern und weinten. In einem sibirischen Dorf arbeitete ich im Kolchos. Ich kam mir dort wie ein Deserteur vor. Die Situation war für mich klar. Ich mußte unser Land verteidigen. Das war eine Sache des Gefühls. In politischen Kategorien habe ich nicht gedacht, das war einfach natürlich, selbstverständlich.

Meine Mutter mußte hier nicht hungern, wenn ich zurückfahre. Mit dem Kartoffelsammeln für sie habe ich mein Gewissen beruhigt, als ich mir heimlich die Papiere für die Rückkehr nach Moskau besorgte. Meine Entscheidung stand fest. Wie grob ich mit meiner Mutter umging, habe ich damals nicht begriffen. Aber ich konnte nicht anders existieren.

In Moskau habe ich erst einmal zwei Tage bei einer Freundin gewohnt, aus Angst vor meinem Vater.

Als die Deutschen 1942 vor Moskau standen, mußte die Zivilbevölkerung innerhalb von zwei Stunden die Stadt verlassen. Am 15. Oktober liefen wir, mit einer Hand voll Wäsche und einem Stück Brot zum Kursker Bahnhof. Wochenlang dauerte die Fahrt nach Swerdlowsk. Wenn der Zug in der Nähe eines Ortes stehenblieb, versuchten wir, etwas zu holen. Einmal bin ich mit einem gleichaltrigen Mädchen mit einer Kasserolle in ein Dorf gelaufen, um Suppe zu holen. Als wir zurückkamen, war der Zug weg. Ein leeres Gleis mitten in Sibirien, ohne Dokumente, nichts zum Anziehen.

Mit unserer Kasserolle voll Kohlsuppe, die so gut roch, sind wir gelaufen. Zu unserem Glück mußten die Züge dauernd stehen bleiben, weil die Bahnstrecke überlastet war. So fanden wir unseren Zug nach vier Stunden wieder.

Wir hatten zehn Tage so gut wie nichts gegessen und freuten uns, der Familie etwas mitbringen zu können. Mein Vater hat mich angeschrien vor Angst.

In Swerdlowsk bin ich wieder gegen den Willen meines Vaters zur Wehrkommandantur gegangen. Im Frühling kam ich nach Moskau und arbeitete zunächst in einem Archiv, übersetzte deutsche Beutedokumente und schrieb Flugblätter in der siebenten Abteilung für Propaganda. Anfang dreiundvierzig durfte ich endlich an die Front.

Zuerst war ich in Belorußland, ein halbes Jahr in einem Dorf. Die Frauen im Militärdienst waren adrett angezogen, und ich sah sehr komisch aus. Ich lief ein Jahr lang mit Stiefeln Größe 43 rum. Kam ohne Mantel dort an, mit gesteppten Hosen, darunter hatte ich mein Schulkleid. Wir sind bei unseren Agitationseinsätzen ganz nahe an die Front gefahren. Bei uns war immer ein Vertreter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“, mit dem wir zusammengearbeitet haben. Ich habe Gedichte von Erich Weinert gelesen, Flugblätter geschrieben und übersetzt. Ich mußte deutsche Kriegsgefangene verhören. Unter den Gefangenen gab es viele achtzehnjährige Jungen. Die taten mir leid. Man hatte sie zusammengejagt und in den Krieg getrieben. Viele hatten Angst und schrieten gleich, bevor das Verhör begann: Hitler kaputt, Hitler kaputt. Andere meinten, was sollten wir denn machen, was hätten wir denn tun sollen? Viele kamen auch mit der Parole vom deutschen Lebensraum. Die meisten waren ganz stumpf, was

man ihnen gesagt hatte, haben sie geglaubt. Sie hatten sich überhaupt keine Gedanken gemacht, waren einfach nur gleichgültig. Irgendwie hassen konnte ich die Leute nicht. Aber einer kam, sehr groß, gute Figur und schön, eine blonde Bestie, so ein Nazityp. Ich fragte ihn, warum die Deutschen die Zivilbevölkerung töteten. Er hielt den Mord der Deutschen für kein Verbrechen. Für ihn waren Sowjetbürger minderwertige Menschen, so eine Art halbtierische Wesen. Das war der einzige, der so

sprach, als ich ihn verhörte. Für die meisten gab es weder Massenhinrichtungen noch Konzentrationslager, davon wollten sie nie was gehört haben. Ich hatte nie Angst an der Front. Ich lebte in dem Gefühl, mir kann nicht passieren, was anderen geschah. Das war kein Mut, das war nur Jugend. Einmal mußten wir zehn Kilometer zu einer Komsomolzenversammlung laufen. An dem Weg sah ich links und rechts verschneite Hügel, aber tatsächlich liefen wir durch eine Hecke von Toten. Als ich

begriff, daß es Tote sind, habe ich versucht, irgendwas zu tun, einzelne zu erwärmen, habe auf meine Leute geschimpft, die das so hinnahmen. Meine Kameraden waren schon zwei Jahre an der Front und wußten, hier ist nichts mehr zu machen. Die hier lagen, waren schon wie Stein, und gestern lebten sie noch. Wir gingen weiter zu unserer Versammlung. An diese Hecke von Toten muß ich immer denken ...

Notiert von Ilse Ziegenhagen
(Aus „Sonntag“, Nr. 7/1985, RF-Archiv)

Als dieser schwere Krieg zu Ende ging

Es war am Abend des dritten Mai. Die Sonne war gerade am Untergehen und erstrahlte rosafarben im Westen, als das 2. Bataillon mit meiner Batterie und den 120-mm-Geschützen still in ein Dorf einzog. Es lag am östlichen Ufer der Elde, einem Zufluß der Elbe, unweit der Ortschaft Grabow. Nach der Verwundung von Major Woronzow hatte der Stabschef das Kommando über das Bataillon übernommen. Man schätzte ihn auf ca. 25 Jahre, jedoch nicht älter als 30. Er könnte mein Altersgenosse sein. Er war aus einem Hospital nahe der Oder in die Truppe zurückgekehrt. Der stellvertretende Politoffizier des Bataillons war immer noch Major Maximow, liebevoll – auf östliche Art – von seinen Kameraden Maximytsch genannt. Somit hatte unsere Division kirgisische Wurzeln, denn in Kirgisien war es üblich, daß der Name des Vaters gleichzeitig auch der Familienname des Sohnes war.

Im ersten Haus östlich des Dorfes war der Bataillonskommandeur stationiert und gab den einzelnen Kommandeuren neue Befehle aus. In dem Haus, wo ich untergebracht worden war, lebte neben einer ängstlichen alten Dame noch ein Kranker, der die Alte verrückt machte. Er lag im Nachbarzimmer und brabbelte ständig vor sich hin. Die Alte versuchte ihn zu beruhigen. Ihre Stimmen konnten wir gut hören, aber keiner konnte sie verstehen. Unter uns war niemand, der die deutsche Sprache gut beherrschte. Aus einem Befehl, den ich vor dem Einmarsch ins Dorf erhalten hatte, wußte ich, daß noch vor einem halben Tag die Amerikaner im Dorf geschaltet und gewaltet hatten. Sie hatten sich an „den Bauersfrauen vergriffen und gestohlen“, deshalb werden die Deutschen ihnen wohl nicht nachweinen, wenn wir uns entsprechend unseren Anweisungen verhalten. Der Truppenkommandeur hatte zweimal wiederholt: „Keine Diebstähle und Gewalt zuzulassen!“

„Hinter dem Fluß sind die Amerikaner. Um nicht unversehens in eine Feuerlinie zu geraten – keinen Schritt über den Fluß! Wenn die Amerikaner um Durchlaß bitten, sei daran erinnert, daß sie unsere Verbündeten sind, und es ist entsprechend der Vorschrift Meldung zu machen. Hinter uns sind nicht wenige Fritzen verblieben. Wer in der Nähe

sein Zuhause hat, wird nach Hause gehen. Wer den großen Wunsch hat und wer auf der anderen Seite wohnt, geht möglicherweise zu den Amerikanern. Sie sind festzuhalten. Bei Erfordernis ist von der Waffe Gebrauch zu machen. Man muß auf ernsthafte Zusammenstöße vorbereitet sein. Es sind erfahrene Halunken unterwegs, viele von ihnen haben nichts zu verlieren. Die Amerikaner haben mit ihnen weniger Rechnungen zu begleichen – bei ihnen wurden keine Städte in Brand gesetzt, keine Menschen verbrannt, nicht gemordet, keine Gewalt verübt, nicht geraubt, nicht gefoltert.“ Dies hatte der Bataillonskommandeur den Kompanieführern mehrmals wiederholt. Ich hörte mit einem halben Ohr zu. Als er eine Pause machte, ergriff ich das Wort und sagte:

„Entschuldige, Alexej, daß ich dich unterbreche. Eure Fragen bezüglich der Versorgung sind für mich nicht das Problem. Wenn nötig, dann übertrag mir die Aufgabe. Wenn du nichts dagegen hast, besetze ich die Geschütze hinter diesem Haus im Kiefernwald, und ich bitte dich, mir dieses Haus für die Versorgung meiner Batterie und der Geschütze zu überlassen.“

„Einverstanden“, der Kombat gab seine Zustimmung.

„Und noch eins, meine Soldaten haben den Beobachtungspunkt am Fluß eingenommen, im letzten Haus rechts vom Dorf. Dieses Haus bitte ich für mich. Wohin soll ich die Verbindungen legen?“

„Wird noch bestimmt. Ich gebe dem Funker Bescheid.“

„Dann gestatte mir, daß ich damit beginne, und dann komm mit Maximytsch zum Abendbrot. Die Leute von der Batterie essen schon.“

„Wir sind schon unterwegs“, antwortete Maximytsch und lächelte.

„Eigentlich ist der Krieg ja zu Ende“, dachte ich. Daß uns eine größere Gruppe Deutscher angreifen sollte, wollte mir nicht in den Sinn. Hinter uns sind in einigen Kilometern Entfernung viele Halunken. Viele von ihnen haben während des Krieges nicht ein einziges Artilleriegefecht erlebt oder je einen Raketenwerfer gehört. Sie werden höchstwahrscheinlich nicht kämpfen,

jedoch können sie den Gegner bemerken und Unruhe stiften.

Der Tag war sehr anstrengend. Ich war müde. Die Batterie hatte sich bereits zurückgezogen, es war Mittagspause angewiesen, die auch sehr nötig war, da wir den Wachdienst wie an der Front durchführten, keinen speziellen Wachposten aufstellten. Ich hatte deshalb die tägliche Pause auf 90 Minuten erhöht, die für die Nacht auf zwei Stunden.

Zum Mittagsschlaf kam ich nicht. Kaum beim Einschlafen rief der Chef der Artillerietruppe an und hatte irgendeine Frage. Nochmals hinlegen machte keinen Sinn, und so setzte ich mich auf und holte mir das Büchlein von Shakespeare hervor. Das Buch war noch vor der Revolution herausgegeben und hatte einen wunderschönen Einband. Miron Wassiljewitsch trug dieses und andere Bücher in seinem Rucksack, manchmal knurrte er, sie seien zu schwer und nähmen zu viel Platz weg, doch Gott sei Dank hatte er sie nicht weggeworfen. Jede freie Minute las ich voller Begeisterung.

Seit meiner Kindheit hatte ich keine Probleme mit dem Einschlafen. Ich konnte, wenn es sein mußte, auf Steinen schlafen – die Hand unter dem Kopf. Aber in einem Bett zu schlafen mochte ich gar nicht – ich hatte immer irgend etwas Wichtiges zu tun. Mit den Gedanken an Lisa schlief ich gegen elf Uhr Moskauer Zeit endlich ein. Ein Alptraum ließ mich dann aufwachen: Ich sah, daß uns die Deutschen angreifen, ich konnte meine Pistole und den Ausgang zum Unterstand nicht finden. Vor dem Fenster war der Himmel von Raketen erhellt. Es war das Krachen von Gewehre zu hören – die Schüsse waren so zahlreich, und in jeder Sekunde wurden sie mehr; mal in kurzen, mal in langen Salven ratterten einige Maschinengewehre. Ich zog schnell die Hosen an, griff meinen Gürtel mit der Pistole und ohne Stiefel anzuziehen stürzte ich zum Telefon. Im Telefonhörer waren Geräusche von Schüssen zu hören, der Telefonist antwortete nicht. Ich begann die Leier am Telefon zu drehen und hörte die freudige Stimme von Schmatow. „Ich höre!“ „Was?“ rief ich beunruhigt, aber Schmatow gab mir keine Gelegenheit, weiterzureden, und rief laut: „Der Krieg ist zu Ende, Genosse Major! Kriegsende!“ und

lachte froh. Miron Wassiljewitsch kam angerannt und sagte unter Tränen: „Der Krieg ist zu Ende, Genosse Kombat!“

Ich setzte mich auf den Stuhl und legte die Hände auf die Knie. Das Herz, das den Schreck eines plötzlichen Angriffs durchlebt hatte, beruhigte sich bei der Freude nur langsam. Obwohl ich nach der Einnahme Berlins von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde auf die Kapitulation Deutschlands wartete, kam sie für mich dann doch unerwartet.

Plötzlich ging das Licht in den Lampen an. Im Angesicht der Begeisterung des Sieges rief dies keinen sonderlichen Effekt hervor. Aber es war das erste Mal, daß es Licht gab, noch am Vorabend nutzten wir das Licht unserer „Katjuscha-Kerze“.

Im Hof hörte man Hurra-Rufe. Für den Sieg, und wahrscheinlich auch für das Licht – dort, am Eingang zum Haus brannte nun ebenfalls eine Lampe. Nun sah ich das mir gegenüberliegende Wohnzimmer von Miron Wassiljewitsch. Er saß barfuß auf einem Stuhl, den Karabiner zwischen den Knien. Aus den Augen des alten Mannes flossen Tränen.

„Was ist, Miron Wassiljewitsch, hat man sie sehr erschreckt?“

„Das hat man nicht geschafft. Die Schießereien hatten begonnen, als ich schon munter war ... trotzdem war ich beunruhigt – ohne Stiefel stürzte ich hinaus, um zu sehen, was los war, warum geschossen wurde. Vor Freude, Genosse Kombat ... Zum Teufel noch mal! Ist er endlich im Blut erstickt, der Menschenfresser!“ Er wischte sich die Tränen mit der Hand ab, griff ein sauberes Tuch und schnäuzte sich. „Und ich bin vor Schreck munter geworden. Ich habe den Moment einfach verschlafen, als die Deutschen endgültig geschlagen waren. Ich träumte, ich schlafe im Unterstand. Schußwechsel! Ich bin aufgesprungen, um die Attacke abzuwehren. Die Pistole finde ich nicht, die Tür ... finde ich auch nicht. Ich erwache – nur sehr schwer wird mir bewußt, wo ich bin. Ich greife zum Telefon! Auf diese Art kann man vor Schreck sterben.“

Feldweibel Tschibanok kam. Er strahlte mit einem Lächeln, und der graue Kopf glänzte im Licht der elektrischen Lampen.

„Sieg!“ rief er von der Schwelle aus, „Sieg!“ und umarmte den aufstehenden Miron Wassiljewitsch. Ich ging zu ihnen und küßte die beiden Alten.

„Was bist du in den drei Jahren gealtert, Trofim Iwanowitsch! Ich erinnere mich an 1942, in der Kälte und den Schmutz des Dorfes Serp, im Kalugaer Gebiet. Unter dem Kommando des Obersergeanten Kadotschnikow kamen acht Leute in meinen Zug, in die Batterie mit den 76-mm-Geschützen der 1266. Schützenabteilung: Wassja Awdjugin, die Nummer zwei Klimatschow, richtiger Tschibanok Trofim Iwanowitsch, zwei Jungs, die gerade erst aus dem Kalugaer Gebiet einberufen worden waren, Jewsikow und Lewin, die dann gute Schützen wurden. Fahrer waren Gapischin und Petrak. Du hattest damals kein einziges graues Haar.“

„Ein paar schon. Jetzt habt ihr mehr als ich damals. Ihr seht älter aus, als ihr seid.“

„Ich bin sowieso älter – nach der militärischen Rechnung, wo ein Jahr drei Jahren gleichkommt, bin ich schon an die dreißig. Jedoch

bewundernswerterweise sehr lebendig! Und nach deiner Aufzählung überlebten bis zum Kriegsende im Zug nur Klimatschow, Gaposchin und du. Awdjugin ist vor meinen Augen erschossen worden. Die anderen sind alle verwundet. Ob sie noch leben?“

„Gott sei mit ihnen – und darauf, daß sich die Menschen an sie erinnern“, sagte Miron Wassiljewitsch, und beide Alten bekreuzigten sich in meiner Anwesenheit. Ich schwieg, Miron Wassiljewitsch jedoch wackelte mit seinem Schnauzbart und sagte lächelnd: „Unser Partorg ist religiös geworden.“



Freude über den nach so opferreichen Kämpfen endlich errungenen Sieg über den Faschismus

„Glauben – nicht glauben –, ich verstehe es selbst nicht, doch für die Genossen bin ich bereit zu beten und mich tief zu verneigen.“

„Was für Menschen waren sie! Was für Menschen! Mir wurde das Herz traurig, und mir kamen die Tränen – ich erinnerte mich an den Tod von Kadotschnikow und Awdjugin. Sie waren wirkliche Helden! Ihnen sollte man goldene Sterne verleihen! Über sie sollte man Lieder singen!“

Es war ein warmer Abend. An der nach oben führenden Ausgangstür leuchtete eine Lampe. Hinter ihr saßen kleine Käferchen. Nach der Zahl der Leute im Hof zu urteilen, waren alle auf dem Hof gekommen. Ich rief:

„Brüder! Ich beglückwünsche euch zum Sieg!“ Und mit aller mir zur Verfügung stehenden Freude und Kraft rief ich: „Hurraaaa!“

„Hurraaaa!“ riefen meine Genossen, meine Soldaten. In diesem Moment war mir niemand teurer als sie, die mit mir durch die Hölle des Krieges gegangen waren.

Wassili Josifowitsch Tschernow

Übersetzung: Cilly Keller

W. J. Tschernow ist verdienter Veteran des Großen Vaterländischen Krieges und hat an der Parade in Moskau zum 65. Jahrestag des Sieges über den Faschismus teilgenommen.

Im Sommer des Jahres 2009 hatte ich Gelegenheit, Wassili in Selenogradsk kennenzulernen.

Er ist Kriegsveteran und Pensionär. Seine lebendige und lebensfrohe Art begeistert. Mit seinen über 80 Jahren ist er sehr aktiv, hilft im Forstministerium, ist viel unterwegs und hat bereits mehrere Bücher über seine Mitkämpfer an der Front geschrieben, über seine Kriegserlebnisse und über Lisa, seine Frau. Eines seiner Bücher lautet „Das Selbstbekenntnis einer Frau an der Front“. Er berichtet darin über das Leben Lisas, die er an der Front kennen- und lieben gelernt hatte. Sie war Krankenschwester und kümmerte sich um die Verletzten. Als die Front zurückging, blieb sie bei einem Verletzten. Sie wurde

von deutschen Soldaten gefangengenommen und kam – nach einem Leidensweg durch mehrere KZs – 1944 ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Im August 1944 wurde im Lager ihre Tochter Viktoria geboren. Mutter Jelisaweta Kukushkina und Tochter Viktoria überlebten, kehrten heim.

Wie aus dem Ausschnitt der obigen Erzählung deutlich wird, war der Vater, Wassili Josifowitsch Tschernow, nur unweit seiner Lieben als Angehöriger der Roten Armee in Deutschland. Jedoch wußte er nichts von ihrer Anwesenheit in Ravensbrück. Erst nach ihrer Heimkehr in die Sowjetunion trafen sie sich wieder.

Als ich vor fünf Jahren die Möglichkeit hatte, in Ravensbrück Gäste zu betreuen, ehemalige Häftlinge des Lagers, lernte ich Viktoria kennen. Seit dieser Zeit sind wir befreundet. Vor drei Jahren lernte ich auch ihre Schwester, Jekaterina, kennen, die ihre Schwester zu einem Treffen der Kinderhäftlinge nach Ravensbrück begleitete. Wir fanden sehr schnell Kontakt, und so folgte ich im letzten Jahr ihrer Einladung und fuhr nach Kaliningrad. Ich wurde von der ganzen Familie herzlich aufgenommen und erfuhr erneut eine Freundschaft, die ich so nirgendwo anders als in der Sowjetunion bzw. in der Russischen Föderation gefunden habe.

Cilly Keller
Hamburg

Ein notwendiger Dokumentarfilm von Karl Gass

Das Jahr 1945

Mitte 1975 kamen siebzehn ehemalige sowjetische und polnische Frontkameraleute in das Land, in dem sie 1945 Kriegsende und Neubeginn miterlebt und gedreht hatten. Sie erwähnten eigenes, nie verwendetes Material, das noch in den Archiven liegen müsse – Alltägliches aus dem Leben der Soldaten, Ereignisse am Rande der großen Schlacht. Karl Gass hörte das, schrieb eine kurze Filmidee auf und suchte mit seinen Mitarbeitern nach den unbekanntem Bildern. Die Suche weitete sich aus, sie dauerte zehn Jahre und brachte in den Film „Das Jahr 1945“ etwa 70 Prozent neues Material. Eine unglaubliche Quote bei der Anzahl der Filme, die in den Jahren seit der Befreiung über Krieg und Faschismus gedreht wurden.

Der Film hat einen Untertitel: „Die letzten 128 Tage des Krieges in Europa und die ersten Tage danach ...“ Dieser Zeitraum wird erzählt, so übersichtlich, so detailliert, so anschaulich wie möglich. Er beginnt mit Hitlers Neujahrsaufruf und umschließt eine Zeit, von der es heißt, daß da „mehr Deutsche sterben, obdachlos werden oder in Gefangenschaft gehen, als in den fünfzehn Jahren Krieg, die sie bis jetzt überlebt haben“. Aus wechselndem Frontverlauf, dem Chaos des letzten großen Sterbens und den Kompliziertheiten der Kriegsdiplomatie baut der Film einen klaren Gedankengang, der sich mit dem Material entwickelt und die Bilder gelten läßt.

Der Kommentar von Klaus Wischnewski stellt sich mir dar als der Dialog eines historischen Kopfes mit den offenen und verdeckten Botschaften der Dokumente. Er arbeitet gegen die Flüchtigkeit der laufenden Bilder, er hält an, er befragt das Irritierende. Wie kann der Festungskommandant von Poznan in „so froher Stimmung“ sein, wenn er die Stadt übergibt? Woher kommt „die aufgeräumte Borniertheit dieser Kommandierer“, wenn sie endlich in Karlshorst die Kapitulation unterschreiben? Wenn die Konferenz von Jalta gezeigt wird, erinnert der Text daran, daß hier

noch vor dreizehn Monaten Krieg war, und man schaut anders auf Häuser und Straßen. Die Kommentierung zwingt und gewöhnt den Zuschauer an die Vergegenwärtigung der historischen Situation, er ist von ihr betroffen wie die Menschen auf den alten Filmen. Ein solcher Text macht Verständnis nicht einfach, sondern möglich, er richtet sich gegen die Simplifizierung.

Karl Gass hat das Material in Kapitel eingeteilt, die, ähnlich schlüssig wie bei „Zwei Tage im August“, sich zum Zeitpanorama zusammensetzen. Die Regie scheint mir von allen Varianten grundsätzlich die schlichte gewählt zu haben, ähnlich leise und verhalten auch die Musik von Wolfgang Schoor. Alles konzentriert sich auf die Bilder selbst. Gass bietet Dinge zu sehen an, die nicht leicht anzusehen sind. Da geht ein kleiner Mann zwischen zwei amerikanischen Offizieren, sein Kopf ist unförmig verummummt, er zeigt auf angetretene deutsche Militärs. Die werden im Laufschrift weggeführt, erschossen. Rasche entschlossene Gerechtigkeit. Wirklich? Zeigt der Mann auf die Richtigen? Und deutet der Umstand der Vermummung nicht auf Kräfte im Kriegsgefangenenlager, die er zu fürchten hat, können die Sieger ihn nicht schützen? Eine alte Polin steht am Massengrab. Sie schreit einen Fluch. „Alles, was deutsch ist, möge verflucht sein in Ewigkeit!“

Ich bin auch deutsch, ihr Fluch gilt mir. Und es befreit mich nicht, daß ich ein Nachkriegskind bin – bis in Ewigkeit hat sie gerufen. Ob für diese Frau die Ewigkeit irgendwann zu Ende war, ist sie es für ihre Kinder? „Hier beginnt das verfluchte Deutschland“ haben die Soldaten auf die Ländergrenze geschrieben. Polen prügeln auf deutsche Gefangene ein, sie springen in die Reihen, schlagen mit aller Kraft auf die strauchelnden Gestalten ein. Ein russischer Soldat zerrt an einem Fahrrad, das eine deutsche Frau festhält, am Ende wird er es haben. Und auch das: Ein Russe zieht einen Deutschen aus dem Versteck im Gully,

da explodiert ein Geschloß vor ihnen, beide werfen sich nieder, und der Russe hält seinen Arm schützend über den Mann. Nichts ist einfach, und alles ist unsere Geschichte. Wie konnte das nur noch so lange gehen, die Todesurteile, die mörderische und selbstmörderische Agonie, als Hitler nur noch auf wenigen Quadratkilometern herrschte? Shukow: „Je weiter wir in die Stadt vordrangen, desto stärker setzte sich der Gegner zur Wehr. Die Erbitterung nahm auf beiden Seiten zu.“ Auf beiden Seiten. Goebbels hält seine berühmte Rede in Görlitz, er schüttelt die Fäuste, das Volk solle „in den Kampf ziehen wie in einen Gottesdienst“. Und wenn er von ermordeten Kindern und geschändeten Frauen schreit, schneidet die Deutsche Wochenschau das Bild einer Nonne in unschuldig weißer Haube unter den Zuschauern hinein. Das „Sieg Heil!“ braust. Und wenige Wochen später ist alles vorbei? Wo sind die geliebten?

„Nicht dieser Mai ist die Katastrophe. Sie liegt zwölf Jahre zurück. Mindestens. Das muß in die Köpfe“, sagt der Kommentar. Noch nie hatte ich die Bilder der Selbstmörder gesehen, die nach Hitlers Tod ein Ende machten. Am Schreibtisch, im Wohnzimmer. Ein Park in Frühlingsstimmung, auf der Bank zwei Frauen, die Köpfe zurückgeworfen, am Boden liegen die Männer. Der Jubel der Welt am 8. Mai, verzweifelte, weinende Menschen in Deutschland. Wie unbeschreiblich schwer muß dieser Anfang gewesen sein. Notizen von Wilhelm Pieck stehen am Ende des Films – persönliche Bemerkungen über die ersten Schritte, Hoffnungen im Ton der Selbstermutigung, unser erster Präsident beginnt zu arbeiten. Und ganz am Ende kehren die Repatriierten heim in die Länder Europas. Sie winken von Lastwagen und Pferdeokutschen. Sie klettern über gesprengte Brücken und pressen die Kinder an sich. Nach Hause. Da war das Jahr 1945 etwa zur Hälfte vorbei.

Regine Sylvester
(RF-Archiv, 1985)

In den Reihen der Sieger der Geschichte

Wir feiern am 8. Mai (1970) den 25. Jahrestag der Befreiung unseres Volkes von der Herrschaft des Faschismus. Wir erinnern uns, wie damals in der Hauptstadt der Sowjetunion, die im Krieg gegen den bestialisches Menschheitsfeind Hitler die Hauptlast getragen und die schwersten Opfer gebracht hatte, auf dem Roten Platz unter dem Jubel der Moskauer Bevölkerung die Fahnen deutscher Schande mit dem Hakenkreuz in den Staub getreten wurden. Jubel brauste auch durch die anderen Länder, die gekämpft, geblutet und dem Tage des Sieges entgegengehofft hatten. In einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Freies Deutschland“ im fernen Mexiko schrieb ich am 9. Mai 1945: „In dem

Jubel drückt sich die ewige Sehnsucht der Menschen aus, ein glücklicheres und menschlicheres Dasein auf dieser Erde aufzubauen nach all den Schrecknissen des Krieges.“

Doch der Tenor jenes Artikels war, daß der Tag des Sieges auch ein Tag der Warnung an die Völker sei: vor den abgefeimtesten Kriegsverbrechern des deutschen Imperialismus wie Krupp, Vögler, Thyssen, Reusch, Flick und Röchling, den Hintermännern und Finanziers der Hitlerbande, von denen der deutsche Boden mit geschichtlicher Gründlichkeit gesäubert werden müsse.

Ein Vierteljahrhundert danach können die Herren Strauß, Barzel und Kiesinger in Westdeutschland unbestraft das absurde

Schauspiel aufführen, mit revanchistischen Argumenten sogar die Abgabe einer Erklärung zum 25. Jahrestag des „Tages der Kapitulation“ – wie sie ihn nennen – untersagen zu wollen. Charakteristisch ist dabei die Rolle der sozialdemokratischen Regierung in Bonn, die keinen wirklichen Machtwechsel darstellt, weil die großkapitalistischen Konzerne und Banken nach wie vor die ökonomische Macht und das öffentliche Meinungsmonopol besitzen: Sie entschuldigt sich deswegen bei den Revanchisten. Und mit welcher Begründung? „Wir müssen einkalkulieren, daß sich die DDR mit Jubel in die Reihe der Sieger stellen wird“, sagte der westdeutsche Bundeskanzler Brandt. Sein Adlatus im Kanzleramt, Ehmke,

erklärte in der Presse des Springer-Konzerns: In aller Welt werde am 8. Mai „des Kriegsendes gedacht werden“ – und „zumindest die SED werde es an Angriffen nicht fehlen lassen, sollte Bonn dazu schweigen“.

Ja, wir stehen am 25. Jahrestag mit Jubel in der Reihe der Sieger der Geschichte, weil wir deutschen Antifaschisten nach einem unendlich schweren Kampf auch schon am 8. Mai 1945 in der Reihe der Sieger standen. Für uns war, ist und wird in aller Zukunft der 8. Mai 1945 der Tag sein, an dem die unvergängliche Befreiungstat der Roten Armee die Voraussetzung dafür schuf, daß zum ersten Mal in der deutschen Geschichte zwei siegreiche Revolutionen durchgeführt werden konnten. Die neue Macht der Arbeiterklasse verwirklichte auf dem Territorium unserer Republik die grundlegenden Reformen, die in der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 an der Unterdrückergewalt der feudalen Herren gescheitert waren und die auch noch in der Revolution von 1918/19 durch die weißen Truppen unter dem Kommando monarchistischer Generale, politisch dirigiert von rechten sozialdemokratischen Führern, im gesellschaftlichen Auftrag der Monopolkapitalisten und großagrarischen Junker, blutig verhindert wurden. Die Partei der Arbeiterklasse, nun bewaffnet mit ihren Erkenntnissen und Erfahrungen in der marxistisch-leninistischen Strategie der Einheitsfront und antifaschistischen Volksfront, setzte nach 1945 diese Bündnispolitik kontinuierlich in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fort. So führt eine große geschichtliche Linie von der Politik Ernst Thälmanns über die Politik Wilhelm Piecks und Walter Ulbrichts und – nach der Vereinigung zur SED – ebenso Otto Grotewohls zu unserer Arbeiter- und Bauern-Macht und hat sie stark gemacht. Wir feiern am 8. Mai den Tag der Befreiung in der Reihe der Sieger der Geschichte. Vor fünf- und zwanzig Jahren schrieben wir, daß sich in jedem deutschen Konzentrationslager unter den Überlebenden Deutsche befinden, die in dieser Hölle ihrer Überzeugung treu blieben: Soldaten des zwölfjährigen innerdeutschen Krieges gegen die Hitlerdiktatur, in dem ungezählte deutsche Opfer fielen, die auf der Waage der Geschichte gewogen werden. Heute wird auch auf der Waage der Geschichte gewogen, daß bei uns die überlebenden deutschen Antifaschisten dem Schwur von 1945 mit geschichtlicher Gründlichkeit die Tat folgen ließen: Hitlers Blutrichter, SS-Führer und Mordgenerale, soweit sie nicht in Westdeutschland eine hochgeehrte Zuflucht fanden, wurden wirklich abgeurteilt, die Monopolkapitalisten und die adligen Großgrundbesitzer entmachtet.

Auf der Waage der Geschichte wird gewogen, daß in unserer Republik seit 1945 die Erziehung und Selbsterziehung von zwei Generationen der neuen Jugend sich im Geiste der gemordeten antifaschistischen Kämpfer vollzog – und daß in unserer Gesellschaft tiefgehende ethische Wandlungen in den Beziehungen zwischen den Menschen angebahnt wurden, eine sozialistische Kultur und Lebensweise entwickelt wird.

Auf der Waage der Geschichte wiegt von der ersten Stunde an: An der Spitze unseres

sozialistischen deutschen Nationalstaates stehen Männer und Frauen, beginnend bei Walter Ulbricht, die der ganzen fortschrittlichen Menschheit als bewährte Kämpfer gegen den deutschen Imperialismus in all seinen geschichtlichen Erscheinungsformen bekannt sind.

Ist es da nicht eine Illusion der Herren von Bonn, dieser moralisch-politischen Stärke unserer Republik mit einer vagen Erklärung am 8. Mai im Zuge einer „neuen“ Politik und Taktik begegnen zu wollen?!

Charakteristisch für die Lage in der westdeutschen Bundesrepublik ist doch, daß Richard Stücklen Vorsitzender der CSU-Gruppe im Bonner Bundestag von Franz Josef Strauß



**Wie Weißensee aus Ruinen auferstand.
1965 herausgegeben zu Ehren des 20. Jahrestages der Befreiung**

Umschlag: Arno Fleischer

Gnaden, sich erdreisten darf, in neonazistischem Stil über den 8. Mai zu sagen er sei „kein Tag der Befreiung“ sondern „ein Tag der Demütigung“ gewesen. Um mit Heinrich Heine zu sprechen: „Wir kennen die Weise, wir kennen den Text / Wir kennen auch die Herren Verfasser ...“ Auf Springers Papier gedruckt, von Strauß inspiriert, ist dies Geist vom Geiste der in ihrem Amoklauf zweier Weltkriege geschlagenen alten deutschen Imperialisten, die nach ihrem „totalen Krieg“ den 8. Mai 1945 als den schwarzen Tag ihrer Demütigung, ihrer zeitweiligen totalen Katastrophe empfanden und immer noch empfinden. Die Warnung von 1945 vor diesen friedensbedrohenden Mächten ist darum für das heutige Westdeutschland so aktuell wie je.

Die Hoffnung der Völker am Tage des Sieges, ein glücklicheres und menschlicheres Dasein auf dieser Erde aufzubauen, verwirklichen wir in unserem deutschen sozialistischen Nationalstaat. Als die amerikanischen und westdeutschen Imperialisten Deutschland spalteten, haben sie in neuem Gewande Hitlers „Kampf gegen den Bolschewismus“ fortgeführt. Sie wollten damit eine echte Demokratisierung verhindern und den

geschichtlichen Siegeszug des Sozialismus auf deutschem Boden aufhalten. Der Anbruch des „amerikanischen Jahrhunderts“ mit der Herrschaft des Dollars und der Atombombe wurde verkündet. In den fünfziger Jahren organisierten die westdeutschen Imperialisten, die so gerne über „menschliche Beziehungen“ sprechen, eine Blockade gegen unsere junge Republik in anderen Formen als einst die Blockade der internationalen Imperialisten gegen die junge russische Sowjetrepublik; sie zielte auf die Verwandlung unserer Werktätigen in Fremdarbeiter für Westdeutschlands kapitalistische Herrenklasse durch eine Art halbkolonialer Ausplünderung über die offene Grenze. Gerade durch die entschlossene Verteidigung unserer Republik gegen diese Ausbeutung hat die revolutionäre Dialektik der Geschichte dazu geführt, daß unsere konsequent durchgeführte antifaschistisch-demokratische Revolution beschleunigt in die sozialistische Revolution hinüberwuchs. Es wurde zum ehernen Gebot der Geschichte, den Sozialismus aufzubauen und seine historische Überlegenheit zu beweisen.

Heute sind wir stark dadurch, daß unsere sozialistische Staatsmacht sich politisch, ideologisch, wissenschaftlich-technisch, ökonomisch und kulturell auf die große Initiative und die wachsende Bewußtheit des Volkes stützt. Wir sind stark durch das Bruderbündnis mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Dadurch auch sind wir gegenwärtig, trotz ungewöhnlich gehäufte Naturkatastrophen in den letzten beiden Jahren, durch unsere gemeinsame Kraft und gegenseitige Hilfe fähig, die großen Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes von 1970 zu erfüllen und den noch größeren Aufgaben des Perspektivplanes für 1971 bis 1975 bei der Höherentwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft gewachsen zu sein.

Lenin lehrte uns, daß unser sozialistischer Staat dann stark ist, „wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun“. Dieser Leitgedanke wird in den nächsten Monaten die Diskussion aller Grundfragen des Perspektivplanes in den Betrieben und Instituten beherrschen, damit alle sozialistischen Eigentümer als ihre ureigene Sache erkennen, wie und mit welchen Methoden wir im kommenden Jahrfünft noch größere Erfolge erringen. Eine solche Bewußtheit ist lebendige sozialistische Demokratie, ein Stück Selbstverwirklichung des Menschen. Das ist die größte menschliche Veränderung bei uns seit dem Tag, da die Fahnen deutscher Schande mit dem Hakenkreuz in den Staub der Geschichte getreten wurden. Aber am 8. Mai 1970 und über ihn hinaus bleiben wir der Warnung von 1945 eingedenk, daß der Friede in Europa und in der Welt erst gesichert sein wird, wenn auch in Westdeutschland all das beseitigt ist, was einst die Ehre des deutschen Volkes und des deutschen Geistes schändete; alles, was vom deutschen Imperialismus offen oder verdeckt an der Macht blieb oder wieder zu ihr drängt; alles, was von ihm fortzeugend neu erstanden ist. Der 8. Mai ist ein Gedenktag, ein Tag des Nachdenkens darüber.

Alexander Abusch

(Aus: „Sonntag“, Nr. 19/1970, RF-Archiv)

Sich erinnern heißt leben

Am 27. Januar jährte sich zum 75. Mal die Befreiung des deutschen Vernichtungslagers Auschwitz im von Hitlerdeutschland besetzten Polen. Das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau gilt weltweit als Symbol für den Holocaust. Nach Schätzungen wurden dort mehr als eine Million Menschen aus 14 Ländern ermordet, zu meist Juden. Staats- und Regierungschefs aus 50 Ländern haben in Yad Vashem in Israel im Rahmen des Holocaust-Forums an die Befreiung des Konzentrationslagers vor 75 Jahren erinnert. Nach Angaben des israelischen Außenministeriums handelte es sich bei diesem Gedenkforum um das größte Staatsereignis seit der Gründung Israels 1948.

Rußlands Präsident Wladimir Putin erinnerte daran, daß die Rote Armee nicht nur das Vernichtungslager Auschwitz von den Faschisten befreit, sondern einen entscheidenden Beitrag im Kampf gegen Nazismus geleistet hat (*siehe RF 266, S. 8*). Er warnte zugleich vor gegenwärtigen faschistischen Tendenzen. „Leider treten in der heutigen Zeit in einer Reihe von Staaten offen menschenfeindliche Ideen des Rassismus und des Antisemitismus hervor, und es werden pronazistische Märsche abgehalten“, schrieb Putin in das Gästebuch des Holocaust-Gedenkforums. „Es gibt Versuche, die Wahrheit über den 2. Weltkrieg zu verzerrern und die Aggressoren und ihre Helfer zu rechtfertigen. Es werden Denkmäler der Befreier vom Krieg geschändet oder zerstört.“

Israels Präsident Reuven Rivlin bedankte sich in Jerusalem bei den Staatsgästen. Antisemitismus hört nicht bei den Juden auf, sagte der 80jährige in der Gedenkstätte. Er mahnte an, die Geschehnisse des Holocaust nicht zu vergessen. „Wir entfernen uns von den Ereignissen der Shoah, aber wir müssen uns erinnern“, sagte Rivlin. „Wir erinnern daran, weil wir wissen, wenn wir uns nicht erinnern, wird die Geschichte sich wiederholen.“

Auf Einladung Rivlins sprach mit Frank Walter Steinmeier zum ersten Mal ein deutscher Bundespräsident auf dem Forum. Der Bundespräsident bekannte sich zur Verantwortung der Deutschen für den Holocaust: „Der industrielle Massenmord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden ist das größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte – es wurde von meinen Landsleuten begangen.“ Er stehe hier als deutscher Präsident „beladen mit großer historischer Schuld“. Doch Steinmeier weiß, daß dieses Schuldbekenntnis nicht reicht. 75 Jahre nach dem Holocaust müssen Juden an vielen Orten auf der Welt wieder um ihre Sicherheit bangen, und das ist auch in Deutschland der Fall. Mal richten sich Beleidigungen gegen sie, mal fliegen Steine. Und schlimmer noch: In Halle hat im vergangenen Oktober nur die schwere Holztür an der Synode das von einem Rechtsterroristen geplante Massaker verhindert. 1800 antijüdische Vorkommnisse wurden 2019 zur Anzeige gebracht. „Ich wünschte sagen zu können: Wir Deutsche haben für immer aus der Geschichte gelernt.“ Doch das

gehe angesichts dieser Entwicklung nicht. Die deutsche Erinnerungskultur ist immer noch schwach ausgeprägt und blendet das Böse aus. Es wird auch vergessen: Während der Großteil der Juden von einer halben Million SS-Leuten, Polizisten und lokalen Kollaborateuren ermordet wurde, war für den Tod der übrigen Opfer die Wehrmacht mit ihren 19 Millionen Soldaten verantwortlich. In ihrem Buch „Vernichtungskrieg im Osten“ schreiben Hannes Heer und Christian Streit, daß von insgesamt ca. 40 Millionen in der Sowjetunion Getöteter zwei bis drei Millionen deshalb ermordet wurden, weil sie Juden waren.

Beim Nachdenken hilft das jüdische Museum Berlin, das im Mai seine neue Dauerausstellung im Gebäude des Architekten Daniel Libeskind in Kreuzberg eröffnet hat. Anhand historischer Dokumente zeigt die Ausstellung, daß bereits im Jahre 321 u. Z. Juden im deutschen Sprachraum ansässig waren. Die einen so großen Zeitraum umfassende Geschichte ist reich an Aspekten und zudem noch nicht lückenlos erforscht.

Manfred Swarsensky, ein bekannter deutsch-amerikanischer Rabbiner, schrieb vor seinem Tod im Jahre 1981 seine Erinnerungen an die Berliner Jüdische Gemeinde nieder. Darin zitiert er ein Wort aus der jüdischen Traditionsliteratur: „Vergessen bedeutet ein Vergehen gegen das Gedächtnis. Sich erinnern heißt leben.“

Heinz Pocher
Strausberg

„Der neue Krieg beginnt, wenn der letzte vergessen ist.“ (Wassil Bykau)

Appell der Westberliner Initiative „Künstler für den Frieden“ zum 8. Mai 1985

Vierzig Jahre nach dem 8. Mai 1945 sind sich manche Bonner und Westberliner Politiker noch nicht klar darüber, wie und worauf sie am 8. Mai 1985 zurückblicken sollen: Ob in „Trauer auf die Kapitulation“ oder mit Genugtuung auf die Befreiung. Für uns ist der 8. Mai der Tag der Befreiung vom Faschismus. An diesem Tage wurden endgültig die Tore in die erlösende Freiheit von rassischer Schändung, politischer, und religiöser Verfolgung, weltanschaulicher und kultureller Verfemung, von Folter und stündlich zu erwartenden, grausam geplanten Mordtaten für die Überlebenden und Nachgeborenen geöffnet. Das Gedenken an die Millionen Opfer wird uns würdig gelingen, wenn wir auch 40 Jahre danach ihr mahnendes Vermächtnis „Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus!“ in Taten zum Frieden verwandeln.

Europäische Völker von Norwegen bis Frankreich, von den Niederlanden bis Polen erlitten als Nachbarn die völkerverachtende Knechtschaft durch faschistischen Herrenwahn. Sowjetrepubliken und ihre Menschen wurden durch Eroberungs- und Vernichtungsplan, präzise kalkuliert und vorbereitet von den

Hitlerfaschisten, gestützt aufs deutsche Kapital, in der Stadt, in der wir heute leben, vor die infernalische Herausforderung ihrer physischen und gesellschaftlichen Existenz gestellt. Aber millionenfacher Widerstand aus Herzens- und Erkenntniskraft war ihre Antwort, die zum befreienden Sieg führte, auch für die Deutschen selbst. Deutsche Antifaschisten, die seit 1933, als die Demokratie in Deutschland mit Terror verabschiedet wurde, gegen die faschistische Unmenschlichkeit nie erlahmenden Widerstand entgegengesetzten, fanden dafür in der Anti-Hitler-Koalition und ihrem Sieg über die Europa zersetzende Unterdrückung befreiende Bestätigung.

40 Jahre danach ehren wir am 8. Mai 1985 die Taten unserer Befreier und Widerstandskämpfer am besten durch unseren geschärften Blick auf die eigene Gegenwart, um zu erkennen, wer in einem neuen kalten Krieg wieder rüstet, um reich zu werden durch Krieg. ...

Wir, die künstlerisch Schaffenden, halten mit unseren Werken auch am 8. Mai 1985 ein Plädoyer für die Schönheit unserer Schöpfung und die Würde des Lebens, gewürzt mit

dem Salz der Erkenntnis, daß Kriege, von Menschen gegen Menschen geführt, ob mit Panzern oder Mittelstreckenraketen, ob mit Atombomben oder Killersatelliten, auch von Menschen verhindert werden können. Erkenntnis aus eigener Geschichte als Lehrmittel für die Gegenwart: Am 8. Mai feiern wir die Befreiung aus dem Inferno des Faschismus als Friedensbotschaft, hinausgetragen auf den Flügeln unserer Kunst.

Unsere Stadt gegen Atomwaffen! Weg mit Pershing II! Keine Militarisierung des Weltraums! Mit der Abrüstung in Ost und West beginnen!

Unter den Erstunterzeichnern: Helmut Gollwitzer, Dinah Nelken, Leonie Ossowski, Robert-W. Schnell, Gerda Szeponsky, Mehmet Aksoy, Akbar Behkalam, Amelie Glienke, Jürgen Holtfreter, Kurt Mühlenhaupt, Christoph Niess, Monika Sieveking, Klaus Stuttmann, Wolfgang Szeponsky, Carl Timmer, Hanefi Yeter, Falk Harnack, Rainer Ott, Erika Runge, Klaus Volkenborn, Curt Bois, Das Bügelbrett, Die Stachelschweine, Hannelore Kaub, Jutta Kausch, Helmut Krauss, Georg Kreisler, Theater Zentrifuge, Andi Brauer, Maren Kroymann, Evelyn Künneke

Vor 75 Jahren: „Die Russen kommen!“

Nach der Bombennacht in Dresden waren wir in das Heimatdorf meines Vaters, nach Mulda, gezogen. Vom Großvater stand dort ein Haus mit Arztpraxis. Vater war auf Arbeitssuche. Brot war knapp, aus der Molke- und Magermilch konnten wir jeden Tag zwei Liter Magermilch für uns vier Kinder holen und Molke. Im Garten bauten wir allerlei Gemüse an. Jedes von uns Kindern hielt eine Parzelle in Pflege. Manchmal fuhren Trecks der faschistischen Wehrmacht durch das Dorf. Sie kamen aus der Tschechoslowakei, waren auf der Flucht. Einmal war ein LKW umgekippt. Dutzende von Kastenbrotlaiben lagen auf der Straße. Ich hob drei auf und rannte, was ich konnte, nach Hause. Meine Mutter hielt mir vor, gestohlen zu haben. Zum Abendbrot schnitt sie das erste Brot an, und wir beteten: „Komm Herr Jesu, sei unser Gast, und segne, was du uns gegeben hast.“

Meine große Schwester ging wieder zur Schule. Es gab keine Schulhefte. Geschrieben wurde auf der freien Rückseite von Buchungsböckchen. Die hatten wir zu Dutzenden in der Turnhalle des Arbeitsdienstes gefunden. Aus dieser Turnhalle wurde später das Dorfkino. Wir Kinder mußten mit für das Essen sorgen. Für einen Eimer Küchenabfälle gab es vom Bauern eine große Stulle mit Rübensirup darauf.

Das Kriegsende nahte. Es hatte sich herumgesprochen, daß die Rote Armee kommen würde. Viele aus dem Dorf packten ihre Habseligkeiten zusammen und auf alle möglichen Gefährte, um in die umliegenden Wälder zu ziehen. An einem Tag im Mai ging die Nachricht wie ein Lauffeuer die Dorfstraße entlang: „Die Russen kommen!“

Vor unserem Haus hielt ein LKW. Im Troß waren Frauen und Kinder. Sowjetische Soldaten kamen in unsere Küche mit einer Kanne und fragten nach Milch. Mutter gab ihnen welche. Sie erhielt dafür einen Eimer voll Kwaß. Die Flüssigkeit sah aus wie Braunbier. (Jahre später, als ich in der Sowjetunion studierte, erfuhr ich, daß Kwaß aus geröstetem Brot hergestellt wird.) Ein Soldat zeigte meiner Mutter, wie man daraus und aus Brot eine Suppe kochen kann. Wir Kinder liefen in die Molkerei, um Nachschub an Milch zu holen. Am Nachmittag gab es Kultur. Wir hatten im Wohnzimmer ein Klavier zu stehen mit einem Globus drauf. Ein Soldat spielte auf dem Klavier uns unbekannte Melodien, andere suchten auf dem Globus ihre Heimatorte. Moskau fanden sie, Kiew und Minsk auch, ihre Orte aber nicht. Die kleine Erdkugel war für sie wertlos. Zwei Tage dauerte die „Besetzung“ des Dorfes, dann zog die Truppe der Roten Armee weiter.

In meinem Leben hatte ich viele Begegnungen mit Sowjetbürgern. In Schneeberg bauten wir die „Siedlung des Friedens“ auf. Am 8. Mai 1956 spielten wir Fußball gegen eine Mannschaft der Roten Armee. Hinterher war im Kulturhaus Freundschaftstreffen. Da wir verloren hatten, waren die sowjetischen Genossen äußerst spendabel. Im November 1967 fuhr der erste Freundschaftszug der FDJ nach Moskau und Leningrad. Wir konnten dadurch

an den Festlichkeiten des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution teilnehmen. Anfang der 70er Jahre besuchte ich als 2. Sekretär der Bezirksleitung Neubrandenburg der FDJ zu entsprechenden Anlässen den Stab der sowjetischen Flieger in Rechlin, ohne Dolmetscher. Beim Umtrunk kam wegen kleinerer sprachlicher Mißverständnisse viel Spaß auf. Das Training bei den Freunden in Rechlin war gut für das spätere Studium an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau ...



Das Siegesbanner über dem Reichstag
Zeichnung: Boris Jefimow

Im Pensaer Oblast besuchten wir Städte und Dörfer. An vielen Häusern waren schwarze Sterne zu sehen. Unsere Gastgeber klärten uns auf. In diesen Häusern waren im Großen Vaterländischen Krieg Gefallene zu beklagen. Ich war mehrere Male in Karelien bei den Maschinenbauern, Holzfällern, Flößern und Fischern. Der Reichtum der Natur scheint unendlich zu sein. Auf Kishi, der größten und bekanntesten Insel im Onegasee, kann man sich von einer einmaligen Holzarchitektur überzeugen. Karelien liegt auf einem riesigen Granitplateau. Die Legende sagt, wer auf diesem Granit gestanden hätte, wäre in die Schar der Standhaften aufgenommen worden. Zusammenkünfte mit sowjetischen Menschen waren immer von großer Herzlichkeit. Wer hatte, der gab. Frieden und Freundschaft waren nicht nur Worte. Der Respekt vor der Obrigkeit hielt sich in Grenzen. „Wir leben hier, der Zar ist weit“, war eine geläufige Redensart. Jeder Landstrich behauptete von sich, den besten Wodka zu haben. Einen aromatischen habe ich im „Ochotnaja“, einem Restaurant in der Gorkowo in Moskau, getrunken. Ein „Wässerchen“ mit Kräutern wurde dort aus- geschenkt. Dazu Schaschlyk vom Hammel auf frischen Kräutern und mit Weißbrot.

Die sowjetischen Genossinnen und Genossen, mit denen ich mich traf, hinterließen nie den Eindruck, Revisionisten und Opportunisten zu sein. Sie waren überzeugt, Großes geleistet zu haben, die Probleme zu kennen sowie

die Mittel und Wege, um mit ihnen fertig zu werden. Die Genossen aus dem Altaier Krai behaupteten, daß es in ihrer Autonomen Republik bereits Kommunismus gäbe. Von Lenin stamme die Formel: „Elektrifizierung plus Sowjetmacht gleich Kommunismus“, meinten sie.

Ich kann mir schwer vorzustellen, daß sie Ver- rat begangen hätten. Und trotzdem wurde die DDR Objekt des Kuhhandels der Gruppe um Gorbatschow mit der Regierung des Bundeskanzlers Kohl. Aus Erzählungen erfuhr ich, daß Erich Honecker, nachdem er Anfang 1985 von der Beisetzung Tschernenkos aus Moskau zurückkehrte, im Politbüro davon sprach, daß es, wenn Gorbatschow die in einer Beratung angekündigte Politik durchführen würde, um die Zukunft der DDR schlecht bestellt sei. Mir stellt sich die Frage, worin angesichts der Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion die Alternative bestanden hätte. Welche Fehler beging die Führung? Welche Chancen hatte sie für einen selbständigen Weg? Viele Antworten darauf, die ich bisher hörte, sind für mich nicht schlüssig.

„Die Russen kommen!“ – ich erlebte auch, als sie gingen. Am 28. Mai 1989 verabschiedeten wir auf dem Bahnhofplatz in Prenzlau die 25. Panzerdivision der sowjetischen Truppen in der DDR. Ihr Oberkommandierender, Armeegeneral Boris Wassiljewitsch Snetkow, war gekommen. Ich war 1. Sekretär der Kreis- leitung Prenzlau und hielt die Abschiedsrede. Sechzehn Monate später, am 7. Oktober 1990, waren wir als PDS-Fraktion der Stadtverord- netenversammlung zum letzten Mal in der Garnison der sowjetischen Truppen in Prenzlau. Seit vier Tagen existierte die DDR nicht mehr. Bei der Begrüßung fragte mich der Kommandeur, ob die Angehörigen der NVA neue Uniformen trügen. Ich antwortete, daß es in Prenzlau nunmehr die Bundeswehr gäbe. „Smotrij!“ Das Erstaunen war groß. Die Offiziere der Einheit waren es gewöhnt, daß sie von den Leitungen der Partei und des Staates über Neues informiert wurden. Sie waren zur Prenzlauer „Einheitsfeier“ nicht eingeladen worden. Sie konnten nicht fassen, daß es die DDR nicht mehr gab und daß die „Neuen“ sich nicht an alte Regeln hielten. Die Stimmung während des Treffens war entsprechend. Einer aus unserer Abordnung fragte, ob die Freunde, wenn uns Gefahr drohe, helfen würden. Darauf antwortete der Kommandeur: „Wir sind Soldaten, keine Politiker.“ Seine Leute schauten verduzt, und wir wußten nicht, wie wir das deuten sollten. Waren sie sauer auf Gorbatschows Leute oder auf uns? Ein Major bat uns, auf das sowjetische Ehrenmal zu achten. Dann verabschiedeten wir uns.

An all das muß ich denken, wenn wir uns auf den 75. Jahrestag der Befreiung vorbereiten und ihn begehen. Ich kann der Befreiungs- tat keine neue Deutung geben. Der deutsche Faschismus brachte den Menschen der Welt unermeßliches Leid, Tod und Verderben. Am 8. Mai 1945 wurde er besiegt.

Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten!

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Wer entschied den Ausgang des 2. Weltkriegs?

Zu den schlimmsten Lügen – von den USA gesteuert und in der BRD hochwillkommen – gehört die Behauptung, daß der Ausgang des 2. Weltkriegs durch die Landung von US-Truppen in der Normandie entschieden worden wäre. Dabei ist unwiderlegbar, daß die entscheidende Wende des Krieges mit der Stalingrader Schlacht herbeigeführt wurde. Durch diesen schwer und verlustreich erkämpften Sieg der Roten Armee mußten sich die deutschen Truppen, die bereits den Elbrus erreicht hatten, aus dem Kaukasus zurückziehen. Das strategische Ziel der Faschisten, von dort bis Ägypten vorzustoßen und sich mit der Afrika-Armee Rommels zu vereinigen, wurde damit durchkreuzt. Die Schlacht im Kursker Bogen im Juli 1943 verminderte die Gefahr für Moskau. Bei der Operation „Bagration“ ab 22. Juni 1944 zerschlug die Rote Armee die Heeresgruppe Mitte der faschistischen Wehrmacht. Die meist unter Führung kommunistischer Parteien organisierte Widerstandsbewegung in Europa und Asien erschwerte die faschistische Besetzung erheblich und band militärisches Potential. Das galt vor allem auch für die in den besetzten Gebieten der Sowjetunion organisierte Partisanenbewegung. Ende 1944 verließen die Satelliten Rumänien, Bulgarien und Finnland die Hitlerallianz und erklärten Deutschland den Krieg. Ein Großteil der sowjetischen Rüstungsbetriebe wurde aus dem gefährdeten europäischen Teil hinter den Ural gebracht. Meist unter freiem Himmel produzierten vornehmlich Frauen Waffen und Munition für die Front. Ohne diese ungeheure Leistung wäre der Sieg nicht möglich gewesen. Allein im März und April 1945 vernichtete die Rote Armee im Raum Ostpreußen und den baltischen Republiken 25 deutsche Divisionen. Jeder einzelne dieser Kämpfe

war für den Ausgang des 2. Weltkriegs bedeutender als die Landung in der Normandie.

Das wird noch dadurch erhärtet,

- daß von den USA jahrelang die vereinbarte zweite Front verzögert wurde, um die Sowjetunion zu schwächen und den Versuch zu unternehmen, sich mit den Faschisten zu verbünden,
- daß während des Vordringens der Westtruppen in Frankreich bis auf drei alle deutschen Divisionen an die Ostfront verlegt wurden,
- daß Paris nicht von den Westtruppen, sondern von der französischen Resistance befreit wurde,
- daß im Januar 1945 die USA an Moskau die dringende Bitte richteten, die geplante sowjetische Offensive um eine Woche früher zu beginnen. Das hat Stalin dann auch befohlen, obwohl es sehr schwer fiel, weil die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen waren. Auf 1200 km Frontlänge wurde eine Woche früher als geplant mit den Kampfhandlungen begonnen. Anlaß war die sogenannte Ardennenoffensive der Wehrmacht, bei der die US-Truppen um mehr als 100 km zurückgeworfen wurden.

Frappierend, wieviel Geschichtsfälschung sich hinter einer einzigen Lüge verbergen kann. In einem Gedicht beginnt Erich Kästner jede Strophe mit den Worten: „Wenn wir den Krieg gewonnen hätten.“ Die letzte Zeile hieß: „Zum Glück gewannen wir ihn nicht.“ Und er begründete, warum das ein Glück war.

Leider hielt dieses Glück nur so lange an, wie es ein sozialistisches Lager gab. Wieder stehen die Zeichen auf Krieg. Das geht einher mit einem politischen Rechtsruck in der Gesellschaft und mit zügelloser Hetze gegen alle Friedenswilligen. Es geht einher mit der Verniedlichung des Faschismus. Und das geht einher mit dem Herbeizaubern imperialistischer

Kriegsbegründungen: 1914 die Schüsse von Sarajevo für den 1. Weltkrieg, 1939 der „Überfall“ auf den Sender Gleiwitz für den 2. Weltkrieg, 1964 der „Zwischenfall“ im Golf von Tonkin für den Völkermord der USA in Vietnam. Die Ermordung des iranischen Generals Soleimani mittels einer über den US-Stützpunkt Ramstein gelenkten Drohne gehört in dieselbe Kategorie. Führt sie auch zum gleichen Ergebnis? Es gibt viele Anzeichen für diese Bedrohung. Für den Imperialismus ist der ständige Kampf um die Neuaufteilung der Welt gesetzmäßig. Wie aktuell klingt Kurt Tucholsky, der in „Briefe aus dem Schweigen“ am 17. September 1934 schrieb: „Jetzt ziehen sie Rußland hinein (dumm oder nicht dumm) – jeder Konflikt also zwischen Rußland und Japan wird Europa direkt angehen. Die Polen sollten doch offen mit Deutschland gehen, zuzutrauen wäre es ihnen, die passen schön zueinander. Die Franzosen wollen das immer noch nicht glauben, weil doch die Slawen minderwertig in Deutschland seien. Als ob das der erste Widerspruch wäre! Wenn es gegen Rußland geht, sind sich die Schweine einig!“

Und Dr. Peter Michel führte in seiner Laudatio zur Verleihung des Menschenrechtspreises der GBM an Pfarrer Peter Franz (siehe RF 266, S. 23) aus: „Es sind nicht nur Anfänge, gegen die wir uns zu wehren haben. Faschistisches Denken und Handeln rücken zunehmend in die Mitte der Gesellschaft. Der Schoß, der noch fruchtbar ist, bringt immer neue, gefährliche Brut hervor. Das Gedächtnis der Menschen für erlittene Leiden ist – so nochmals Brecht – erstaunlich kurz. Geschichtsverdrängung und -verfälschung sind allgegenwärtig. Dagegen etwas zu tun, ist jeder von uns auferufen.“

Gerhard Naumann
Berlin

Joh. R. Becher: Thesen für das neue Deutschland

Vor 80 Jahren, 1940, erschien Johannes R. Bechers Gedicht „Wiedergeburt“ das von des Dichters ungebrochenem Glauben in der Emigration an Deutschlands Auferstehung nach Faschismus und Krieg spricht: „Allüberall erscheinen Zeichen / worin das Neue sich entdeckt / Sie wird ins Helle weiterreichen / die Hand, im Dunkel ausgestreckt.“ Becher war nicht nur Poet, er war auch Mahner und Organisator. Das zeigt seine Konzeption vom demokratischen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Sturz des Faschismus, geschrieben am 25. September 1944, als die Nazis noch weithin Chaos verbreiteten.

... Die Frage der „Umerziehung des deutschen Volkes“: Bei diesem Umerziehungsprozeß handelt es sich um einen Politisierungs- und Demokratisierungsprozeß, um ein nationales Befreiungs- und Aufbauwerk größten Stils auf ideologisch-moralischem Gebiet. Der Nazismus hat das deutsche Volk entdemokratisiert und entpolitisiert. „Erziehung zur Freiheit“ bedeutet: Demokratisierung und Politisierung des deutschen Menschen. Es handelt sich

darum, das deutsche Volk zu befreien von all dem reaktionären Unrat seiner Geschichte, wie es sich in Hitler am krassesten offenbart hat, und dem deutschen Volk aus seiner Geschichte und aus der der anderen Völker alle die positiven Kräfte zuzuführen, die es als Nation lebensfähig erhalten und es davor bewahren, erneut imperialistischen Abenteuer anheimzufallen. Diese Umerziehungsarbeit geht aus von folgenden Fragen:

- a) Kriegsschuldfrage
- b) Geschichte der NSDAP; die NSDAP war von Anfang an eine antinationale, antisozialistische Partei, eine Revanche- und Kriegspartei, mit dem einzigen Auftrag, die Niederlage im ersten Weltkrieg umzuspielen in den Sieg in einem zweiten, im einzigen Interesse des Monopolkapitals, und von ihm betraut mit der zusätzlichen Aufgabe, das Monopolkapital mit der für einen Krieg nötigen Massen(basis) zu versehen, da die alten Parteien, incl. der Sozialdemokratie, über keine geeignete Massenbasis mehr verfügten.
- c) Die geschichtliche Bedeutung Hitlers:

Hitler der schlimmste Feind Deutschlands, der Deutschlandfeind – kein polemisches Schlagwort, sondern eine geschichtliche Tatsache. Man muß unbedingt die Mehrheit des deutschen Volkes davon überzeugen, daß sie nicht gegen Hitler sind, weil er den Krieg verloren hat, sondern, daß sie gegen Hitler sind, weil er der Verkörperer einer imperialistischen Lösung der deutschen Frage darstellt.

- d) Kritik der Geschichte der letzten 30 Jahre
- e) Gesamte Kritik der deutschen Geschichte.

• In diesem ideologischen Kampf tritt im Gegensatz zur Nazianarchie und ihrem Nihilismus die Partei auf als geistige Ordnungsmacht: mit ihrer Lehre von der objektiven Wahrheit. Mit festen Maßen und Wertungen gegenüber den nazistischen Zwecklehren und deren Begriffsinflation stellt der Marxismus feste, saubere Größenverhältnisse wieder her im Reich des Begrifflichen. Marxismus: als die fortgeschrittenste und als die vollendete deutsche Denklehre. Marxismus: Krönung der deutschen klassischen Philosophie ...

Eine besondere Tragik in diesem Krieg, wie überhaupt in der deutschen Geschichte, ist es, daß beste Kräfte mit bestem Glauben einer schlechten Sache dienen, das heißt, daß die Vorstellung, die der einzelne von sich selbst hat, nicht identisch ist mit dem, was er ist bzw. was sein Kampf geschichtlich bedeutet. Die Partei als Verwirklicherin der Subjekt-Objekt-Identität.

• Welches sind die Hauptkräfte in diesem Umerziehungsprozeß? Für diese Erziehung zur Freiheit müssen die breitesten Volksmassen, d. h. die Mehrheit des deutschen Volkes, gewonnen werden. Nur wenn es uns gelingt, eine Massenstimmung der Empörung gegen den Faschismus-Imperialismus zu erreichen, kann von einem Erfolg dieser Arbeit gesprochen werden. Jede Organisation hat auf ihrem Gebiet diesen ideologischen Kampf zu führen. Besondere Bedeutung werden dabei die Gewerkschaften haben. Abgesehen von Organisationen müssen besonders drei Gruppen für diesen Kampf gewonnen werden:

a) Der Lehrer, vom Dorfschullehrer bis zum Hochschulprofessor. Kein Dorf, das geistig wieder aufleben kann ohne den Lehrer. Die besonders schwierige Situation unter der deutschen Jugend kann ohne die Gewinnung der Lehrer nicht gemeistert werden. Folgende Wissensgebiete stehen im Vordergrund:

1. Pädagogik. Kritik des deutschen Erziehungswesens: Auch der Erzieher muß erzogen werden.
2. Geschichtsunterricht. Wer die Schulbücher schreibt, schreibt Geschichte.
3. Philosophie. Herstellung fester Maße und Werte im Begrifflichen. Frage der Logik, der Abstraktion und des Denkens im Zusammenhang.

4. Gesellschaftswissenschaften. Die Vernachlässigung der Gesellschaftswissenschaften in Deutschland eines der ideologischen Hauptübel.
b) Alle Anstrengungen müssen gemacht werden, um für diesen ideologischen Kampf gegen den Faschismus und Imperialismus den Pfarrer und die Geistlichkeit zu gewinnen.
c) Die Literatur im weiteren Sinne (Film, Presse, Radio, Theater angeschlossen) wird vor Aufgaben gestellt sein, wie sie noch niemals in der deutschen Geschichte zu lösen waren.

• Die Literatur im engeren Sinne, die sogenannte schöngeistige Literatur.

a) Die Literatur wird ihrem Gehalt nach eine antifaschistische antiimperialistische, eine wahrhaft nationale und demokratische Literatur sein.

b) Sie wird eine nationale und demokratische Literatur sein in dem Sinn, daß sie sich an die gesamte Nation wendet, daß sie zu einer allen Volksschichten zugänglichen Literatur wird, das heißt zu einer Volksliteratur im besten Sinne des Wortes.

c) Die antifaschistische Literatur wird eine demokratische Literatur sein in dem Sinne, daß sie die Mehrheit der deutschen Schriftsteller und ihre besten Kräfte gewinnt.

Die antifaschistische Literatur wird zur herrschenden deutschen Literatur, zu einer neuen Nationalliteratur werden. Der Faschismus wird besonders versuchen, in der Kriegsliteratur sich wieder festzusetzen und zu propagieren. Entlarvung dieser Kriegsliteratur nicht als einer Nachkriegsliteratur, sondern als einer Vorkriegsliteratur: als den Versuch, durch „Heroisierung“ ein neues imperialistisches Kriegsabenteuer vorzubereiten.

• Zunächst ist festzustellen, was die antifaschistische Literatur im Ausland betrifft:

a) Welche Werke von den bereits Geschaffenen kommen für eine Verbreitung in Deutschland in Betracht?

b) Welche Werke sind zu diesem Zweck in Vorbereitung?

c) Frage der Übersetzungsliteratur, besonders der Sowjetliteratur

d) Propagandaliteratur über die Sowjetunion.

• Organisationsfragen

a) Welches sind die Kulturorganisationen? Was setzen wir an deren Stelle?

b) Verlagswesen

c) Frage der Presse und der Zeitschrift.

• Besonders günstige Möglichkeiten bietet uns die Tatsache, daß in Deutschland von den Nazis die meisten Kulturinstitute geschlossen sind, Bücher und Zeitschriften nicht erscheinen. Demgemäß sind wir es, die diese Institute wieder eröffnen und breiten Schichten der deutschen Intelligenz die Möglichkeit geben, in ihren Beruf zurückzukehren und zu arbeiten.

• Um alle diese Fragen gründlich zu untersuchen, ist es notwendig, einen Kreis von Genossen zu schaffen, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, Richtlinien ausarbeitet, und zu erwägen, was von diesen Richtlinien heute schon zu verwirklichen ist.

Von der Erfüllung dieser Aufgaben hängt es weitgehend ab, ob die Partei ihren geschichtlichen Aufgaben gewachsen ist bzw. ob Deutschland als geschichtliche Kraft noch eine Rolle spielen wird oder nicht.

(Aus Bechers Disposition zur Beratung im ZK der KPD, Moskau, über erste Maßnahmen zur demokratischen Erneuerung der deutschen Kultur nach dem Kriegsende – gekürzt; in: „Sonntag“, 5/1970; RF-Archiv)

Freudiger Ernst und Dankbarkeit

Anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus und der Befreiung hatte der Schriftstellerverband der DDR 1985 zu einem internationalen Gespräch „Literatur im Kampf gegen Faschismus und Krieg“ nach Berlin eingeladen. Wir drucken in Erinnerung daran Auszüge aus dem Redebeitrag von **Stephan Hermlin**.

Das Datum, das vor uns liegt, verdient, wie ich glaube, Stille, freudigen Ernst, Dankbarkeit.

Stille statt Fanfaren und Lärm, weil wir auch jetzt noch, nach vierzig Jahren, fünfzig Millionen Toten nachschauen, weil fünfzig Millionen Tote uns anblicken: Denkt ihr an uns? Habt ihr alles getan, um die Zukunft der Menschen sicherer zu machen?

Freudigen Ernst verdient der 8. Mai, weil wir befreit wurden, weil die Völker Europas frei wurden von Sklaverei und Tod und mit diesen Völkern – selbst wenn sie es nicht wußten – auch die Deutschen. Auch die Deutschen, die, sofern sie menschlich gesinnt sind, Dankbarkeit empfinden den Soldaten der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegenüber, und diese Dankbarkeit gilt auch den Widerstandskämpfern und Partisanen

aller europäischen Völker und nicht weniger den deutschen Antifaschisten, die von jenem furchtbaren 30. Januar 1933 an als erste Hitlers Folterkeller und Konzentrationslager kennenlernten, als erste das Leben im Kampf gegen den Nationalsozialismus opferten.

Die Schriftsteller, deutsche und andere, haben, sofern sie einen Anspruch auf diese Bezeichnung erheben können, seit Jahrzehnten ihre Verantwortung für die Verteidigung der Kultur gegen Krieg und Faschismus empfunden. (...)

Verteidigung der Kultur? Man stelle sich einen Augenblick lang vor, wie in einem siegreichen Nazideutschland, einem Land immer neu geschauflerter Massengräber und unermüdlicher Krematorien, die Literatur, die zeitgenössische, aus gesehen haben würde: Statt des Stückeschreibers Brecht hätten wir den bedeutenden Dramatiker Goebbels gehabt, der in den zwölf Jahren, was viele nicht wissen, in der Tat deutsche Bühnen schändete, statt Thomas Mann einen gewissen Kolbenheyer, statt der Dichter Becher, Loerke, Max Hermann-Neisse den feinsinnigen Lyriker Baldur von Schirach. Auch davor wurden wir bewahrt, auch dafür haben wir zu danken.

Es gibt, daran sollte man denken, nicht nur uns, die wir bei der Erinnerung an den 8. Mai 1945 freudigen Ernst und Dankbarkeit empfinden. Soeben erfuhr man, daß ein bekannter Politiker der Bundesrepublik (*Alfred Dregger, CDU*) eine Botschaft an 56 amerikanische Senatoren schickte, die dafür eintraten, der Präsident ihres Landes solle (*bei seinem seinerzeit bevorstehenden Besuch in der BRD*) die Opfer eines Konzentrationslagers ehren. Er habe, teilt der bundesdeutsche Politiker mit, bis zur letzten Minute gegen den Osten gekämpft und halte den Standpunkt der Senatoren für beleidigend. Nun weiß man, hätte man es nicht schon vorher gewußt, was im Kopf dieses Mannes vor sich geht. Er hatte vor Wochen bereits die Mitwelt davon unterrichtet, daß er die Zerschmetterung der Hitlei nicht für eine Befreiung, sondern für eine Katastrophe hält. Gewiß sollte man nicht verallgemeinern. Der Mann, von dem ich rede, ist nicht die Bundesrepublik. Aber er spricht auch nicht nur für sich selbst. Unser 8. Mai trägt die gleiche Überschrift wie so manche Gedenkstätte: *Den Toten zum Gedächtnis, den Lebenden zur Mahnung*.

(RF-Archiv)

Weißer Raben

Pazifistische Offiziere in Deutschland vor 1933

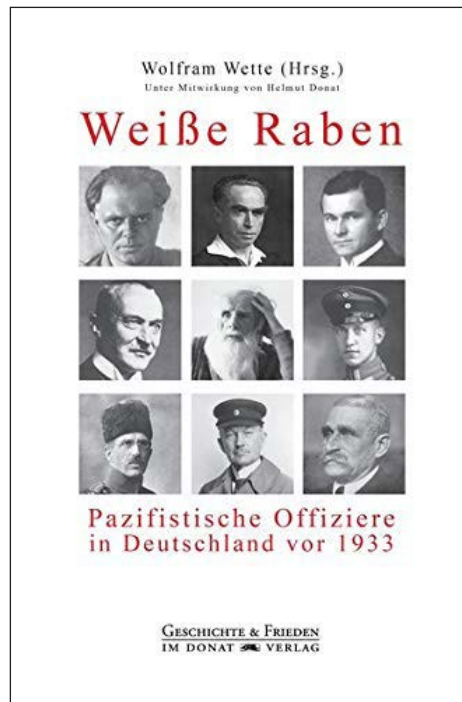
Und es gab sie doch: Deutsche Offiziere, die zu Gegnern des Krieges wurden – lange vor jenen sogenannten einsamen Helden, die sich erst für ein Ende des Mordens einsetzten, als es auf dem „Feld der Ehre“ nichts mehr zu gewinnen gab. Einer von denen, die schon vor 1933 für den Frieden Front machten, war der Kapitänleutnant Heinz Kraschutzki (1891–1980), Crew-Gefährte von Karl Dönitz und Martin Niemöller. Während Dönitz sich zum blindesten Erfolgsmann Hitler entwickelte, benötigte Niemöller – wie er es einmal ausdrückte – noch einen Zweiten Weltkrieg, um für den Frieden zu wirken. Kraschutzki hingegen gehörte bereits nach 1918 zu jenen „weißen Raben“ des deutschen Offizierskorps, die sich für eine Versöhnung mit den französischen und polnischen Nachbarn engagierten, den Antisemitismus und Fremdenhaß ablehnten und sich gegen die revanchelüsternden, auf einen erneuten Waffengang hinarbeitenden Kräfte im eigenen Volk wandten. In seinen unveröffentlichten Erinnerungen schreibt er: „Es ist nicht wahr, daß wir Pazifisten unser Vaterland nicht liebten. Wir wollten nur nicht, daß es so aussähe, wie es 1945 tatsächlich aussah.“

Schon lange vor 1933 vertraten Offiziere wie Heinz Kraschutzki, Hans Paasche, Berthold von Deimling, Lothar Persius, Hans-Georg von Beerfelde, Paul Freiherr von Schoenaich, Franz Carl Endres, Fritz von Unruh, Carl Mertens und andere die Auffassung, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe. Sie haben sich nicht durchsetzen können, blieben eine Minderheit – nicht zuletzt zum Schaden der Deutschen selbst.

Von der Überzeugung durchdrungen, Deutschlands Weg in die Isolierung und Katastrophe sei nur durch eine gründliche Umkehr und Abkehr vom Schwertglauben

zu verhindern, wandelten sie sich zu Pazifisten. Als „Rufer in der Wüste“ nahmen sie Beschimpfungen und Verleumdungen, Ächtung und Ausgrenzung, Verfolgung, Ermor-

bzw. vergessen gemacht worden. Ihre auf gründlichen Recherchen beruhende Wiederentdeckung stellt nicht zuletzt jene „Vergangenheitsbewältigung“ und „Erinnerungskultur“ in Frage, die aus vordergründigen Motiven die besten Traditionen der jüngeren deutschen Geschichte ausblendet. Die „pazifistischen Offiziere“ waren ihrer Zeit um Meilenstiefel voraus, wie heute jedermann klar erkennen kann.



Wolfram Wette (Hrsg.) – Unter Mitwirkung von Helmut Donat: *Weiße Raben. Pazifistische Offiziere in Deutschland vor 1933* (Schriftenreihe Geschichte & Frieden, Bd. 45). Donat-Verlag, Bremen 2019. 496 S., 115 Abb., 20 zeitgenössische Texte, 29,80 €. ISBN 978-3-943425-85-7

Wolfram Wette, Jg. 1940, Prof. Dr. phil., lebt in Waldkirch-Kollnau, 1971–1995 Historiker im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg i. Br., danach apl. Professor für Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg i. Br., 1980–1989 Stadtrat in Waldkirch und Vorsitzender der SPD-Fraktion, zahlreiche Publikationen u. a. zur Geschichte des Militarismus und Pazifismus in Deutschland, zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und zur Militärgeschichte von unten.

Helmut Donat, Jg. 1947, Bankkaufmann, Historiker und Verleger, Veröffentlichungen zur Geschichte des deutschen Pazifismus und Militarismus, zum „Historikerstreit“, zur „Wehrmachtausstellung“, zum Kontinuitätsproblem der deutschen Geschichte, zur Bedeutung der Kriegsschuldfrage von 1914 und des Versailler Vertrages, zu den Ursachen und Folgen des Faschismus sowie zum Völkermord an den Armeniern.

Aus dem Inhalt

Wolfram Wette: Befreiung vom „Schwertglauben“ – Pazifistische Offiziere in Deutschland 1871–1933 – Karl Holl: Moritz von Egidy (1847–1898) – Ein ungewöhnlicher Offizier, Christ und Kriegsgegner im Wilhelminischen Reich – Reinhold Lütgemeier-Davin: Vom Helden zum Händler – Der Kavallerieoffizier Kurt von Tepper-Laski (1850–1931) – Detlef Vogel: Max Graf Montgelas (1860–1944) – Ein Offizier im Spannungsfeld zwischen nationalen Ansprüchen und Menschlichkeit – Peter Steinkamp: Kapitän zur See a. D. Lothar Persius (1864–1944) – Ein Seeoffizier als Kritiker der deutschen Flottenpolitik – Detlef Bald: Auf dem Weg zu den Pazifisten – Der bayerische Oberst Alfons Falkner von Sonnenburg (1851–1929) – Christoph Jahr: „Die reaktionäre Presse heult auf wider den Mann“ – General Berthold

von Deimling (1853–1944) und der Pazifismus – Lothar Wieland: Wahrheit in der Kriegsschuldfrage und „geistige“ Revolution 1918/1919 – Hauptmann im Generalstab Hans-Georg von Beerfelde (1877–1960) – Lothar Wieland: Vom kaiserlichen Offizier zum deutschen Revolutionär – Stationen der Wandlung des Kapitänleutnants a. D. Hans Paasche (1881–1920) – Barbara Jahr: Über die wahren Kriegstreiber – Der Offizier. Deserteur und Kriegsdienstgegner Georg Wilhelm Meyer (1887–1974), genannt „Englisch-Meyer“ – Friederike von Franqué: Die Deutsche Friedensgesellschaft und ihr General – Generalmajor a. D. Paul Freiherr von Schoenaich (1866–1954) – Thomas Lory: Symbolische Gesten – Paul Freiherr von Schoenaich und die französischen Friedensgeneräle Martial-Justin Verraux

(1855–1939) und Alexandre Perein (1846–1928) – Simon Schärer: Franz Carl Endres (1878–1954) – Kaiserlich-osmanischer Major, Pazifist, Journalist, Schriftsteller – Helmut Donat: Rüstungsexperte und Pazifist – Der ehemalige Reichswehroffizier Carl Mertens (1902–1932) – Dieter Riesenherger: „Soldat der Republik“ – Polizeioberst Hermann Schützinger (1888–1962) – Jürgen Schmidt / Bernd Ulrich: Pragmatischer Pazifist und Demokrat – Hauptmann a. D. Willy Meyer (1885–1945) – Hans Joachim Schröder: Fritz von Unruh (1885–1970) – Kavallerieoffizier, Dichter und Pazifist – Helmut Donat: Kapitänleutnant a. D. Heinz Kraschutzki (1891–1982) – Ein Offizier im Kampf für ein „anderes Deutschland“ – Helmut Donat / Wolfram Wette: Bibliographie zu dem Forschungsprojekt „Pazifistische Offiziere“

Es gibt kein „Wir“ in der Klassengesellschaft

Die Zunahme von Erkrankungen aufgrund des Coronavirus COVID-19 weltweit und auch in der BRD ist besorgniserregend. Die herrschende Klasse sorgt sich nicht um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern nutzt die Situation einmal mehr für ihre Interessen: Plötzlich ist Geld ohne Ende da. Mit Kurzarbeit übernehmen die öffentlichen Kasernen die Gehaltszahlungen von Unternehmen, private Banken dürfen ohne Ende an Krediten verdienen, die Risiken tragen nicht sie, sondern der Steuerzahler.

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist nur ein kleiner Teil des Notstands, der sich im Schatten von Corona gut üben läßt. Kriegsmministerin Kramp-Karrenbauer verkündete in der „Welt am Sonntag“, daß die Reservisten mobilisiert seien, um Hilfe zu leisten. Was immer jetzt gebraucht werde, die Truppe helfe: „Auf die Bundeswehr können die Menschen sich verlassen“, so Annegret Kramp-Karrenbauer.

Merkel, Spahn und Co. machen sich angeblich Sorgen um die Kapazitäten des Gesundheitssystems. Aber sie waren es, die im Auftrag des Monopolkapitals das Gesundheitssystem in ein Mittel der Profitmaximierung verwandelt haben. Unsere Solidarität gilt den Beschäftigten im Gesundheitswesen, die die Misere nun ausbaden und Höchstleistungen erbringen müssen, um den Menschen zu helfen.

Während Eltern mit Kindern angesichts der sicher sinnvollen Schließungen von Kindergärten und Schulen ohne Lohnfortzahlung dastehen und gezwungen sind Urlaub oder unbezahlten Urlaub zu nehmen, während prekär Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verlieren und ihre Mieten nicht mehr zahlen können und kleine Selbständige vor der Pleite stehen, werden 500 Milliarden für die Sicherung deutscher Konzerne zur Verfügung gestellt. Während die kulturelle und politische Betätigung eingeschränkt wird, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, wird die Anwesenheit am Arbeitsplatz erwartet und zwar nicht da, wo es im gesellschaftlichen Interesse notwendig ist, sondern dort, wo es die Profite sichert.

Die Maßnahmen, die von Bundes- und Landesregierung ergriffen werden, sind keineswegs angemessen, sondern erfolgen zugunsten des Monopolkapitals zulasten der lohnabhängig Beschäftigten und der Werktätigen insgesamt.

Wir fordern:

- Volle Lohnfortzahlung oder Ersatz des Verdienstausfalls für alle abhängig Beschäftigten und sonstigen Werktätigen, die aufgrund des Coronavirus ihre Einnahmen verlieren, sei es aufgrund von Betreuung von Kindern oder anderen Angehörigen, Erkrankung, Quarantäne, chronischen Erkrankungen und Betriebs-schließungen.

- Sinnvolle Maßnahmen wie die Ausweitung der Telearbeit dürfen nicht zum Abbau von Schutzregelungen und entgrenzter Arbeitszeit führen.

- Sofortiger Ausbau des Gesundheitswesens, Personalaufstockung und Kontrolle der Pharmaindustrie.

- Die Kosten für die Bekämpfung der Pandemie sind durch die Konzerne zu tragen sowie durch eine massive Kürzung der Rüstungsausgaben.
- Sofortige Beendigung und nicht nur ein „Einfrieren“ des US-Kriegsmanövers „Defender 2020“. (...)

Lassen wir uns nicht einlullen vom Gerede der Herrschenden und Regierenden, daß „wir zusammenstehen müssen“. Nach wie vor gilt: Es gibt kein „Wir“ in der Klassengesellschaft.

Die Corona-Pandemie zeigt, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die grundlegenden Probleme der Menschen zu lösen. Wie es anders geht, zeigen derzeit China und Kuba. In beiden Ländern wurden erhebliche Mittel in das Gesundheitssystem investiert. China und Kuba helfen unter anderem in Italien und Venezuela mit medizinischen Geräten und Spezialisten – das ist konkrete Solidarität.

Wir brauchen die Solidarität der Werktätigen auf allen Ebenen, von der internationalen Solidarität bis hin zur Solidarität und gegenseitigen Unterstützung im Stadtteil.

Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen, kämpfen wir gemeinsam für unsere Rechte!

Patrik Köbele (Vorsitzender der DKP)

Essen

Trump hat für Empörung bei den deutschen Verbündeten gesorgt, als er sein ungewöhnliches Interesse am Tübinger Pharma-Unternehmen CureVac öffentlich verkündete, da man dort offenbar mit der Forschung an einem Impfstoff gegen das Corona-Virus schon recht weit ist. Ihm ging es nicht darum, das medizinische Know-how des deutschen Unternehmens mit einer finanzstarken US-Firma zu kombinieren, um möglichst schnell ein wirksames Medikament gegen Corona zur Verfügung stellen zu können. Nein, er wollte die Forschungsergebnisse exklusiv für sein Land einkaufen. Allein der Gedanke an eine solche Lösung ist verwerflich und ein Affront gegenüber einem „befreundeten“ Staat, wie Deutschland. „Deine Freunde sind jene, die dir dann zur Seite stehen, wenn es Dir schlechtgeht“, sagt ein afghanisches Sprichwort. Einmal mehr wird deutlich, wem man in einem ernstesten Moment trauen darf und wem nicht. Nationaler Egoismus à la Trump in dieser allzu ernstesten Situation ist menschenverachtend.

Die Pandemie legt offen, was dem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ droht, wenn Privatprofit Vorrang vor Gesundheit und Leben hat. „Dieses System trägt zur weltweiten Verbreitung eines solchen lebensbedrohlichen Virus auf nahezu unendlich viele Arten bei“, stellte „China Daily“ aus Peking am 16. März fest. Die VR China hat schnell und entschlossen reagiert, als der Ernst der Lage deutlich wurde. Tests und Behandlungen wurden kostenlos durchgeführt, neue provisorische Krankenhäuser in Rekordzeit in den Krisenzentren der Epidemie errichtet. Kaum vorstellbar in den USA!

Dr. Matin Baraki

Marburg

Der Kapitalismus ist ein durch und durch krankes System. Das kommt immer mehr Menschen

zu Bewußtsein oder macht ihnen zumindest ein ungutes Gefühl. Über alle nur denkbaren Kanäle und Expertenrunden wird die Bevölkerung mehr und mehr verunsichert. Die Märkte spielen verrückt, wenn Profite gewittert werden oder bedroht sind. Hamsterkäufe, welche die Ärmsten der Armen allein lassen – das ist die berühmte Wertegesellschaft. Ängste lösen Kursstürze an der Börse aus, die Wirtschaft schreit nach Staatshilfen und erwartet, daß der Staat bedrohte Profiterwartungen des fiktiven Kapitals mit Steuermitteln, damit auch zu Lasten der Lohnabhängigen, abfängt.

Ein Staat, der den Privatinteresse von Unternehmen den Vorrang gibt, hat ein großes Problem, sobald er einmal eine Krise, Katastrophe oder Epidemie zuerst im Interesse der Gesellschaft, aller und jedes einzelnen, ob arm oder reich, bewältigen muß. Das kann eine Gesellschaft wie China mit Vernunft, geringeren Kosten und weniger Geschrei der Interessensverbände lösen. Es wird sicher auch hierzu lande gelöst werden. Die Frage ist nur: Wie teuer wird es für wen? Wer wird selbst an einer solchen Katastrophe noch verdienen, und wer wird zahlen? Medikamente in Indien oder sonstwo herstellen, jetzt über Engpässe klagen, billigst produzieren lassen auf Kosten derer, die in fernen Ländern gern bedauert werden, deren Umwelt- und Arbeitsschutz angeklagt wird, aber auf maximale Extraprofite aus sein und die Herstellung preisgünstiger Medikamente unterbinden, das ist genau das Geschehen, mit dem wir es zu tun haben.

Eine Gesellschaft ohne den grundlegenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung, also eine sozialistisch organisierte Gesellschaft, hat den großen Vorteil, nicht vorrangig profitorientiert zu handeln. China hat offenbar eine Wirtschaftsstruktur, in welcher der Staat gesellschaftliche Verantwortung vor staatsmonopolistischer wahrnimmt.

Roland Winkler

Aue

Zur faktischen Beendigung des Großmanövers „Defender 2020“

Das sind doch wirklich mal gute Nachrichten, die mir das Coronavirus fast schon sympathisch machen. Vielleicht werden wir eines Tages in Geschichtsbüchern lesen, daß anno 2020 eine geplante Vorbereitung für den dritten Weltkrieg durch ein Virus zum Stillstand kam, was eine kleine Fußnote darstellte hin zu einer politischen Entwicklung, die die Welt veränderte und den Untergang der Menschheit in letzter Minute verhinderte. Das entlastet uns natürlich nicht davon, für den Frieden auf Demonstrationen und Blockaden zu streiten, denn was da mit „Defender 2020“ in Gang gesetzt wurde, hätte am Ende weit mehr Menschen töten können als jedes Virus. Indem das Coronavirus dieses Kriegsmanöver gestoppt oder wenigstens in seiner Wirkung abgemindert hat, hat es auf jeden Fall mehr für den Frieden geleistet als Trump, Merkel und Co. in ihrem ganzen Leben ...

Ulrich Guhl

Strausberg

Made in China?

Diese perfide, vom „Spiegel“ gewählte Titelseite war für einige Wochen tonangebend. Das in Hamburg intonierte Leitmotiv wurde von anderen Medien mit mannigfaltigen Variationen angereichert und weiterverbreitet. Und so verwandelte sich das medizinische Corona-Virus zügig in ein politisches (Anti-) China-Virus. Man unterstellte der Volksrepublik, sie sei unfähig, die Krise zu beherrschen. Zur Begründung dieser These hieß es, daß der autoritäre Staat hier an seine Grenzen gelangt sei. Es fehle jedwede Transparenz und vor allem eine Zivilgesellschaft, auf die sich der Staat hätte stützen können. So der allgemeine Tenor.

Inzwischen hat das Virus gnadenlos grenzüberschreitend seinen Feldzug auch dorthin angetreten, wo zumindest auf dem Papier eine demokratische Bewältigung der medizinischen Krise angegangen werden könnte, sollte, müßte ... Warten wir es ab! Denn immer noch wissen wir nicht, was sie tun. Oder genauer, ob das, was die politischen Akteure zu tun beabsichtigen, wirklich greift. Es hat den Anschein, daß unser auf den Prinzipien des Föderalismus beruhendes Staatssystem beim Versuch, die Krise zu meistern, tatsächlich an seine Grenzen stößt. Der aus dem Maßnahmen-Potpourri geknüpfte Flickenteppich hat neben den akuten Ängsten und Ansteckungsgefahren auch zu Orientierungslosigkeit im alltäglichen Verhalten der Menschen geführt.

Schauen wir dorthin, wo vermutlich alles begann: nach China. Niemand kann inzwischen leugnen, daß die chinesischen Behörden drakonisch, aber effizient reagierten. Die Epidemie ließ sich dort weitgehend auf eine Region begrenzen. Sie gilt als eingedämmt. Die Ansteckungszahlen sind rückläufig, und die im Turbo-Zeitraum errichteten Krankenhäuser konnten zugunsten der regulären Krankenhäuser schon wieder geschlossen werden. Alle diese Maßnahmen wurden vorgenommen im Bewußtsein und in Kenntnis der Tatsache, daß die Wirtschaft darunter massiv zu leiden hat. Und sie hatte und hat darunter zu leiden. Aber gejammert wurde nicht. Ganz im Gegensatz zu den Alarmglocken, die hierzulande in Bewegung gesetzt wurden. Die Sorge um das Wohlergehen der Wirtschaft als ein sensibles, zu behütendes und zu schützendes Wesen genießt hierzulande Priorität. Auf einen Schlag ist die „schwarze Null“, gestern noch sakrosankt, nur noch Makulatur. Um Merkels Floskel von einer „marktkonformen Demokratie“ aufzugreifen, versucht die Bundesregierung, ein marktkonformes Seuchenmanagement in die Wege zu leiten,

Nochmaliger Szenenwechsel: Die nach westlicher Lesart demokratiefernen Staaten Kuba, China und Rußland entsenden derweil solidarisch ihre Virologen, ihre Experten auf dem Gebiet Intensivmedizin und Epidemiologie dorthin, wo das Virus wütet. Ohne Rücksicht

auf Länder- und Systemgrenzen. Und die USA? Sie zeigen sich erkenntlich, indem sie mit Verweis auf bestehende Sanktionen Hilfslieferungen untersagen wollen. Damit aber nicht genug. Der Führer der „freien Welt“ – Donald Trump – wollte ein sich noch in der Entwicklung befindliches Serum des renommierten Tübinger Impfstoffunternehmens CureVac exklusiv für die Bürger der Vereinigten Staaten erwerben. Nach den normalen Regeln des Finanzkapitalismus hätte das eigentlich auch klappen müssen.

Aber es zeigte sich, daß die Firma – wohl auch wegen der Finanzbeteiligung des heimatlichen Milliardärs Dietmar Hopp der Verlockung (Geld stinkt bekanntlich nicht) trotzte. Die EU hat gleich achtzig Millionen Euro als Beihilfe nachgeschoben. Daß Dietmar Hopp für seine Haltung durch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmeier das Prädikat „großartig“ zuteil wurde, also für etwas, was sich eigentlich von selbst versteht, zeigt, wie tief der moralische Sumpf ist, in dem sich die westliche Wertegemeinschaft befindet.

Wir sind nicht ohne Sorge um die Zukunft, vor allem in Hinblick darauf, wie die politisch Verantwortlichen mit der aktuellen Infektionsbedrohung zurecht kommen. Hoffentlich mit einer weniger marktkonformen, aber bitte auf keinen Fall mit einer seuchenkonformen Demokratie!

Hans Schoenefeldt

Fehlstart in die „Goldenen Zwanziger“

Wann immer man nach Durchhalteparolen Ausschau hält, wird tief in die verbale Trickkiste gegriffen und auch so mancher fadenscheinige Vergleich mit herangezogen. So wurde ich gefragt, ob mir nicht auch schon aufgefallen sei, daß 100 Jahre nach den legendären „Goldenen Zwanzigern“ das Lebensgefühl der damaligen Epoche nun mit neuem Spaß zelebriert wird. Gehört zu diesem „neuen Spaß“, daß, wie nach der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen geschehen, Politiker jeglicher Couleur sowie deren Ehepartner und Kinder unter Polizeischutz gestellt werden müssen?

Die nie wirklich fest im Sattel sitzende CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer fiel im Zuge dieses Wahlaktes gleich mit vom Pferd. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner konnte wohl nur an seinem Stuhl kleben bleiben, weil kein geeigneter Nachfolgekandidat in Sicht war. Und bei den Christdemokraten füllte das Hauen und Stechen jede Nachrichtensendung. Die CDU ist aktuell auf dem besten Weg, der SPD die Rolle einer politischen Randerscheinung streitig zu machen. Die 11,2 Prozent bei der Hamburger Bürgerschaftswahl waren wohl mehr als ein deutlicher Fingerzeig. Und was spielte sich da im Hintergrund ab? Neben vertauschten Wahlergebnissen wurden ausgefüllte Stimmzettel im Altpapier gefunden. Nach Angaben der Landeswahlleitung blieben 18 Wahlunterlagen ganz verschollen –

90 Stimmen für die Katz. Die Hamburger Müllabfuhr war wohl äußerst flott auf den Beinen. An dieser Stelle muß eine Frage aufgeworfen werden: Wo sind eigentlich angesichts dieser Zustände die einst so gefeierten Bürgerrechtler? Vermutlich sind sie noch immer mit der Aufarbeitung von „DDR-Unrecht“ beschäftigt. Oder mit Preisen und diversen Pöstchen von der BRD ruhiggestellt.

Derweil sehen etwa 34 000 Mitarbeiter der Real-Supermarkt-Kette infolge drohender Zerschlagung des Unternehmens einer ungewissen Zukunft entgegen. Die betroffenen Frauen und Männer erleben derzeit einen Tanz auf dem Vulkan. Der luxemburgisch-russische Finanzinvestor SCP als Erwerber der Märkte wird über ihr Wohl und Wehe entscheiden. Im Krater warten auf die Abstürzenden schon Arbeitslosigkeit und alsbald Hartz IV. Angesichts dieser Dimension geriet der geplante Abbau von 1000 Stellen bei der Wacker Chemie AG in den bürgerlichen Medien zur Randnotiz. Das Unternehmen betreibt unter anderem Standorte in Jena und Halle.

Den traurigen Höhepunkt des Fehlstarts in die „Goldenen Zwanziger“ stellt aber die rassistisch motivierte Bluttat im hessischen Hanau mit neun Mordopfern dar. Einmal mehr haben diverse Sicherheitsorgane der BRD versagt. Die NSU-Mordserie, der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und

der Anschlag auf die Synagoge von Halle mit zwei Ermordeten sind aber nicht vergessen. Und deshalb fällt es zur Zeit vielen Menschen schwer, bestimmte Lebensgefühle lustvoll zu zelebrieren.

Rico Jalowietzki

Der „RotFuchs“ gratuliert

Klaus Radzinski

zu seinem 85. Geburtstag am 15. Mai. Lieber Klaus, wir würdigen besonders Dein Engagement beim Versand und bei der Gewinnung neuer Abonnenten für unsere Zeitschrift. Wir wünschen Dir alles Gute.

Lothar Hunger

begeht am 7. Mai seinen 85. Geburtstag. Langjährig als Vorsitzender der Regionalgruppe Freiberg tätig, hat sich Lothar mit seinen Mitstreitern besonders für die Wahrung der revolutionären Traditionen des antifaschistischen Widerstandes engagiert. Wir gratulieren von Herzen und sagen Danke!

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Über kommunistische Erziehung

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

24. Juni 1976

Überall in unserer Republik wird die gesellschaftliche Perspektive diskutiert, die durch den IX. Parteitag der SED abgesteckt wurde. Dabei tauchte häufig folgende Frage auf: Über einen längeren Zeitraum geht es um die weitere Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Zugleich sprechen wir von der kommunistischen Erziehung der Persönlichkeit. Ist das nicht ein Widerspruch? Besteht nicht die Gefahr, daß die Erziehung der gesellschaftlichen Entwicklung zu weit vorseilt?

Zunächst ist es nur natürlich, wenn man sich als Pädagoge mit der gesellschaftlichen Perspektive besonders intensiv beschäftigt; denn Erziehung ist immer eine Investition für die Zukunft. Das wird schon dadurch deutlich, daß die Jungen und Mädchen, die in wenigen Wochen eingeschult werden, um die Jahrtausendwende ihre volle Wirksamkeit in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erreicht haben werden. Zu diesem Zeitpunkt werden mit großer Sicherheit verstärkt Probleme auf der Tagesordnung stehen, die sich bei der Schaffung der kommunistischen Gesellschaft ergeben. Deshalb müssen schon heute möglichst klare Vorstellungen darüber geschaffen werden, welche Aufgaben zu lösen sind, welchen Anforderungen sich die Menschen gegenübersehen werden.

Das allein reicht aber noch nicht aus! Ja, es könnte sogar zu diesem Widerspruch kommen, wenn wir uns allein darauf konzentrieren, Bilder künftigen Lebens zu zeichnen. Der Weg in die Zukunft führt über unsere Gegenwart. Wir leben in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, die zwar spezifische Züge trägt; andererseits gilt es bereits heute, die Grundlagen für die zweite Phase zu schaffen. Zu den Aufgaben, die beim Aufbau des Kommunismus zu lösen sind, zählt ohne Zweifel „die Erziehung des Menschen der kommunistischen Gesellschaft“. Wie erziehen wir also Menschen, die sowohl in der Gegenwart wirken als auch das künftige Leben gestalten werden? Anders gefragt: Welche Elemente der kommunistischen Erziehung verdienen bereits heute unsere besondere Aufmerksamkeit?

Es reicht sicher nicht aus, als Antwort persönliche Vermutungen anzustellen. Die objektive Grundlage für eine Antwort ist in den Merkmalen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft gegeben, die im Programm der SED formuliert sind. Sie repräsentieren Gesetzmäßigkeiten, die bereits in der Gegenwart wirken und den Weg in die kommunistische Zukunft

bestimmen. Das soll an einigen Beispielen demonstriert werden:

Im Prozeß der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft kommt es darauf an, „die sozialistische Bewußtheit der breiten Massen weiter zu erhöhen, ihre marxistisch-leninistische Weltanschauung und kommunistische Moral aktiv herauszubilden, Egoismus, Individualismus und andere Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie zu überwinden“. Hier begegnen wir einer Gesetzmäßigkeit, die nur mittels der Erziehung voll wirksam werden kann. Bewußtheit erfordert, aus der Erkenntnis von Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung die Fernwirkungen seines Tuns abzusehen. Die Bewußtheit findet ihren Ausdruck in der gesellschaftlichen Aktivität der Persönlichkeit. Es geht nicht nur darum, seinen persönlichen Interessen zu fröhnen, sondern vor allem um den Einsatz aus der Verantwortung heraus für das Ganze, für den Betrieb, für das Leben und die Entwicklung in unserer Republik.

Damit muß schon bei den Kindern und Jugendlichen begonnen werden. Die Bewußtheit gilt es dabei in zwei Dimensionen zu entwickeln. Einmal muß den jungen Menschen die „Fernwirkung“ ihres Handelns in der Hinsicht bewußtgemacht werden, daß das Lernen nicht Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck ist. Der Zweck ist immer der Einsatz, die Kraft bei der Gestaltung und Beherrschung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Vom Niveau des Gelernten, vor allem von der Fähigkeit, das Wissen anzuwenden, hängt die gesellschaftliche Wirksamkeit des Menschen ab. Die Lehrlinge und jungen Facharbeiter, die Schüler und Studenten müssen ihre Arbeit, ihr Lernen in diesem Zusammenhang sehen. Gewiß, mancher trägt noch Scheuklappen, weil er sein Lernen nur mit dem Blick auf einen bestimmten Beruf betreibt; was er vermutlich brauchen kann, wird gelernt, anderes nicht. Sicher ist die Arbeit im Beruf das Hauptfeld der persönlichen Bewährung. Wir wollen aber Menschen heranbilden, die in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aktiv Mitgestalter sind, im politischen Bereich im Wohngebiet, im Ort, ebenso wie im kulturellen Leben in unserer Republik. Damit wird auch die zweite Dimension bei der Entwicklung der Bewußtheit deutlich. Über das Lernen hinaus fühlen sich bereits heute viele Pioniere und FDJler für das gesellschaftliche Leben in unserer Republik verantwortlich. Auf dem X. Parlament der FDJ wurde der Einsatz der jungen Menschen für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft, für die schönere Gestaltung

des Lebens in unseren Städten und Dörfern, für die internationale Zusammenarbeit und Solidarität deutlich. Hier zeigen sich Elemente der kommunistischen Erziehung, die in der Perspektive weiter an Bedeutung gewinnen werden. Dazu gehört die Bereitschaft, sich mit Schwierigkeiten auseinanderzusetzen, komplizierte Aufgaben anzugehen, sich selbstlos einzusetzen.

Eine kommunistische Persönlichkeit eignet sich alles Wertvolle an, was die menschliche Gesellschaft bisher hervorgebracht hat. Lenin weist aber darauf hin, daß es zu Buchstabengelehrtheit führt, wenn dieses Wissen nicht aktiv eingesetzt wird. Es gilt Menschen zu erziehen, die Mitgestalter, Mitkämpfer sind, an der Seite der Arbeiterklasse für den gesellschaftlichen Fortschritt wirken, beharrlich, zielstrebig mitarbeiten.

Für die Verbesserung und Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, für Wohlstand und Gerechtigkeit kann man nicht allein kämpfen. Das geht nur in der Gemeinschaft mit Gleichgesinnten. Robinsons Insel ist eine romantische Idylle, aber kein Modell für die gesellschaftliche Entwicklung. Hier zeigt sich eine weitere Gesetzmäßigkeit, die unter pädagogischem Aspekt zu durchdenken ist: Im Prozeß der weiteren Ausgestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft geht es darum – wie es im Programm der SED heißt –, „die Produktionsverhältnisse als Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe zwischen den Werktätigen und zwischen den Arbeitskollektiven weiterzuentwickeln und zu vervollkommen, die Kollektivität in den gesellschaftlichen Beziehungen zu verstärken“. Die Kollektivität ist ein entscheidendes Merkmal der kommunistischen Lebensweise, eine wesentliche Eigenschaft der kommunistischen Persönlichkeit. Grundlage des Zusammenlebens und Zusammenwirkens in den Kollektiven ist das gemeinsame, weltanschaulich begründete Interesse, sich für die Stärkung unserer Republik, die Festigung der sozialistischen Ordnung einzusetzen. Die Kollektivität zeigt sich in der Achtung des anderen, in kameradschaftlicher Hilfe und freundschaftlicher Anteilnahme, in einem Gefühl der Geborgenheit ebenso wie in der Bereitschaft, zu führen bzw. sich unterzuordnen, in Diszipliniertheit und in der Bereitschaft, persönliche Interessen mit denen des Kollektivs in Übereinstimmung zu bringen. Das Kollektiv ist aber auch eine ökonomische Kraft, weil sich die Wirksamkeit der einzelnen Persönlichkeit durch die Kooperation im

Kollektiv potenziert. Verschiedene Untersuchungen weisen aus, daß die Forderung nach Kollektivität von den jungen Menschen anerkannt wird. Die überwiegende Mehrheit der Klassen, Studiengruppen, Brigaden und Mannschaften erweisen sich als stabile kollektive Gemeinschaften. Demgegenüber fehlt es aber noch oft an Wissen und Können, wie man effektiv im Kollektiv zusammenarbeitet. Im Unterricht, im Studium und bei der Arbeit gelingt es nicht immer, die individuelle Leistung in ein kooperatives Zusammenwirken zu integrieren. Man arbeitet häufig noch nebeneinander. In den Betriebskollektiven kommt es gerade bei jungen Facharbeitern zuweilen zu einer Unbeholfenheit, die offensichtlich aus dem Ungewohnten der neuen Umgebung resultiert. Was ist zu tun?

Das Lernen, Studieren, Arbeiten muß mehr noch als bisher schon unter den Bedingungen des Bildungswesens als Einheit von individueller und kollektiver Tätigkeit gestaltet werden. Es müssen Aufgaben und Probleme gestellt werden, die nur im kooperativen Zusammenwirken zu lösen sind. Das gilt in der Schule nicht nur für die außerunterrichtliche Arbeit, sondern auch für das Lernen im Unterricht. Derartige Probleme und Aufgaben schaffen ein Bewährungsfeld, schaffen Erlebnisse in bezug auf die Notwendigkeit und Effektivität der Kooperation im Lernen und Arbeiten, entwickeln die Freude am gemeinsamen Handeln, fordern die Verantwortung des einzelnen der Gemeinschaft gegenüber. Das allein reicht aber noch nicht aus. Die kommunistische Persönlichkeit muß wissen, wie man kooperiert, wie

man im Kollektiv die Gemeinschaftsarbeit am zweckmäßigsten gestaltet, um mit Sicherheit hohe Ergebnisse zu erreichen. Kommunistische Erziehung erfordert also die Heranbildung von Organisatoren kollektiven Lebens, kooperativer Zusammenarbeit. Über kommunistische Erziehung kann man nicht sprechen, ohne auf die Herausbildung einer neuen Einstellung zur Arbeit einzugehen. Lenin erklärt bekanntlich in seinem 1919 geschriebenen Artikel „Die große Initiative“, daß der Kommunismus dort beginnt, wo sich die Arbeiter um jedes Pud Getreide sorgen, das nicht ihnen selbst, sondern der Gemeinschaft des werktätigen Volkes zugute kommt. Es soll und kann hier nicht auf alle Probleme und Zusammenhänge der Arbeitserziehung eingegangen werden. Konzentrieren wir uns auf die Frage, auf die wir uns im Erziehungsprozeß verstärkt orientieren sollten.

Untersuchungen über Motive junger Menschen bei der Berufswahl zeigen, daß sie sich für Berufe und damit für eine Arbeit entscheiden, die abwechslungsreich und interessant ist, den Einsatz der schöpferischen Kräfte fordert. Fragen des Verdienstes spielen demgegenüber zunächst eine untergeordnete Rolle. Nun muß aber gefragt werden, ob diese Motive mit dem konkreten Bild der Arbeit übereinstimmen. Natürlich fordert die Arbeit unter sozialistischen Bedingungen schöpferische Kräfte. Auf dem IX. Parteitag wurde die Aufgabe gestellt, die körperlich schwere und gesundheitsgefährdende Arbeit weiter einzuschränken, neue Technologien, Rohstoffe und Maschinen einzusetzen, welche die Arbeit

erleichtern. Sehen wir uns in einem Betrieb um, so ist aber nicht zu übersehen, daß manche Tätigkeiten anstrengend und zu einem großen Teil gleichförmig sind. Arbeiten erfordert, sich Tag für Tag, Stunde für Stunde, beharrlich und konzentriert einzusetzen. Die neue Einstellung dazu muß sich vor allem dann bewähren, wenn es darum geht, eine Arbeit zu verrichten, auch wenn sie nicht abwechslungsreich ist, eben weil sie im Interesse des gesellschaftlichen Ganzen erledigt werden muß. Hier liegt eine Aufgabe im Prozeß der kommunistischen Erziehung, der wir uns verstärkt zuwenden müssen. Dabei zeigt sich, wie wir – im Sinne unserer eingangs gestellten Frage – Überlegungen zur gesellschaftlichen Perspektive mit der Analyse der konkreten gesellschaftlichen Bedingungen und Prozesse verbinden müssen. Auf diese Weise wird ein lebensfremdes, isoliertes Theoretisieren über Fragen der kommunistischen Erziehung vermieden.

Die Dokumente des IX. Parteitages der SED liegen vor. Ihre Realisierung erfordert zunächst ein gründliches Studium. Die Aufgaben der kommunistischen Erziehung und ihre Verwirklichung müssen sorgfältig durchdacht werden. Dazu sollte beigetragen werden. Sicher sind weitere Überlegungen und Untersuchungen erforderlich. Arbeiten wir mit Sorgfalt an diesen Problemen, schieben wir sie nicht „auf die lange Bank“! Es kommt darauf an, im Erziehungsprozeß unter den gegenwärtigen Bedingungen solche Akzente zu setzen, die für die Schaffung der Grundlagen des Kommunismus von Bedeutung sind.

Sicherheit neu denken!

Die Friedensinitiative Dresden und weitere sächsische Friedensorganisationen arbeiten an einem deutschlandweiten Projekt „Sicherheit neu denken!“ Ziel dieses Vorhabens ist es, bis 2050 nicht nur eine klimaneutrale Welt, sondern auch eine Welt der zivilen Konfliktbewältigung zu erreichen. Dem stehen die Schaffung immer neuer Feindbilder und die damit einhergehenden Völkerrechtsverletzungen der USA im Bunde mit der NATO entgegen. Dagegen wehren wir uns, so ganz entschieden gegen das Manöver „Defender 2020“, das von Februar bis Mai unter US-amerikanischem Oberbefehl und mit deutscher Unterstützung unser Land überrollt. Von der deutschen Regierung und der Europäischen Union werden unsere Einsprüche und Bedenken nicht gehört. Deshalb hat unser Friedensbündnis, das mehr als 500 Bürger Sachsens aktiv unterstützen, einen offenen Brief an Wladimir Putin, verfaßt. Das Schreiben wurde am 18. Februar übergeben.

Im Schreiben lehnen die dem Frieden verpflichteten Bürger die deutsche Unterstützung von „Defender Europe 2020“ ab und entschuldigen sich für die damit verbundenen Provokationen an der russischen Grenze. Denjenigen, welche die Ursachen für Kriege und Militarisierung analysieren und die Hauptverantwortlichen benennen, wird in der Bunderepublik Deutschland weitestgehend Öffentlichkeit verwehrt. Deshalb wird der direkte Kontakt zu denen gesucht,

die für eine Verbesserung der Sicherheitsarchitektur in Europa bisher konstruktive Angebote unterbreitet haben.

Seine Exzellenz Herrn Wladimir Putin,
Präsident der Russischen Föderation

Sehr geehrter Herr Präsident!

Wir sind deutsche Staatsbürger, die die Nachkriegszeit mehrheitlich im östlichen Teil Deutschlands gelebt haben und für die die Verbundenheit und Freundschaft mit der Sowjetunion nicht nur ein Lippenbekenntnis war. Nichts ersehnten wir mehr als das Zusammenleben der Völker und das Leben in unserem eigenen Land in Frieden und Solidarität.

Auch wenn es bei uns zur Person von Michail Gorbatschow unterschiedliche Positionen gibt, so kann man ihm historische Verdienste nicht absprechen. Besonders hat er der gesamten Welt die Möglichkeit eröffnet, sich als friedliche Völkerfamilie auf unserem kostbaren Planeten zu finden. Nach der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus war das eine weitere historische Chance für die Weltgemeinschaft, die von der Sowjetunion durch Opferbereitschaft und einseitigen Vertrauensvorschuß ermöglicht wurde. Dies wurde vom Westen weder 1945 noch

1990 und schon gleich gar nicht heute honoriert.

Die Friedenskräfte in Deutschland verfügen über eine klare Analyse. Wir erfassen sehr genau, welche Regierungen und Strukturen sich aktiv für Frieden und Abrüstung einsetzen und welche nicht. Tagtäglich werden durch Vorherrschaftskämpfe in unserer imperialen Welt – voran erneut die USA-Administration mit ihrem militärisch-industriellen Komplex – neue Konfliktherde erzeugt. Im Namen ihres als Demokratie und Freiheit getarnten Welt herrschaftsanspruchs greifen sie an und mischen sie sich ein. Nachweislich erzeugen sie eine ständig zunehmende Destabilisierung der Welt. Möglich wird das durch die Nichteinhaltung, Mißachtung und Umdeutung der Verträge aus der Zeit der gutnachbarlichen Beziehungen. Wir sind beschämt darüber, daß sich unsere Regierung an der interessengeleiteten Fehldeutung völkerrechtlicher Abkommen wie des 2+4-Vertrags und der NATO-Rußland-Grundakte beteiligt. Der Leitgedanke dieser umfassenden völkerrechtlichen Verpflichtungen sowie des UNO-Gewaltverbotes wird im Dienste der Militarisierung und der globalen Ziele der USA aufgeweicht und unwirksam gemacht. Gegenwärtig ist unser ganzes Land und auch unsere sächsische Heimat Drehscheibe für das Manöver „Defender Europe 2020“. Unser

Verteidigungsministerium sagt dazu: „Die Übung findet in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des internationalen Rechts und den Rüstungskontrollverträgen statt. Deutschland legt Wert darauf, daß die eingegangenen Verpflichtungen in der Rüstungskontrolle, Abrüstung und bei vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen vollständig erfüllt werden.“

Eine ständig wachsende Zahl von Friedenskräften protestiert gegen diese bewußte Irreführung. Sie möchten keine weitere Militarisierung der Wirtschaft, des täglichen Lebens und des Denkens der Menschen.

Im Gegensatz zu den Sonntagsreden über die großen Möglichkeiten der Zivilgesellschaft in Deutschland wird die Friedensbewegung in Wirklichkeit verunglimpft und totgeschwiegen. Unser Ringen um Frieden beschränkt sich nicht auf Proteste gegen Kriegstreiber. Wir wollen zu einer neuen Friedensordnung in

der Welt beitragen, indem wir Wege suchen, durch zivile Mittel zur Entmilitarisierung zu gelangen.

Gerade in Dresden haben wir uns sehr ausführlich mit der Erklärung des Chefs des Generalstabes der Streitkräfte Rußlands, Wladimir Gerassimow, vom 2. März 2019 und Ihrer Rede auf der Kollegiumstagung des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation am 24. Dezember 2019 in Moskau zu den Schlüsselaufgaben für die Streitkräfte beschäftigt. Wir erkennen in Ihren Ausführungen realistische Ansätze für eine Rückkehr zu Entspannung und eine langfristig angelegte Sicherheitsarchitektur in Europa.

Wir verstehen sehr gut, daß die Sicherheit Rußlands in Ihrer Arbeit den Vorrang hat. Dennoch – und das ist der Grund unseres Schreibens an Sie: Solange trotz aller Provokationen die Möglichkeit besteht, das Schlimmste zu verhindern,

sollten Sie und die Friedenskräfte der Welt alles in die Waagschale werfen, um die Kriegsgefahr zu begrenzen. Denn im Ernstfall wären es auch gute Freunde Rußlands, die im Gefecht getroffen bzw. vernichtet würden.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Welche Erwartungen sollten aus Ihrer Sicht die Friedensinitiativen und Freundschaftsbündnisse in Deutschland erfüllen, um Ihr verantwortungsbewußtes Handeln bestmöglich zu unterstützen?

Mit Hochachtung und Anerkennung für Ihre Aufmerksamkeit

Mitglieder der Friedensinitiative Dresden und ostdeutscher Friedensorganisationen

In deren Auftrag

Eberhard König

Dresden, 13. Februar 2020

Wessen Interessen verteidigt eigentlich die Bundeswehr?

Die Bundeswehr wird gerne als eine Armee dargestellt, die des Volkes Willen verkörpert. So soll sie angeblich der Friedenssicherung, humanitären Einsätzen und der Verteidigung der westlichen „Werte“ dienen. Des Volkes Wille umsetzen? Nein. Es geht um handfeste wirtschaftliche Interessen und Einflusssphären, wie der frühere Bundespräsident Horst Köhler aus Versehen ausplauderte (was er prompt mit seinem Posten bezahlen mußte). Und was eigentlich sind „westliche Werte“, und was haben sie der Welt seit Jahrhunderten beschert? Sklavenhalterei, Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker, Kriege und Verwüstungen ganzer Landstriche. Zur Friedenssicherung braucht man keine Armee, wenn man von niemandem bedroht wird, ebenfalls nicht, um humanitäre Einsätze durchzuführen. In Wahrheit sollen „westliche Werte“ nicht nur „verteidigt“, sondern auch weltweit verbreitet werden, weil die ganze Welt an den Segnungen der westlichen Lebensweise teilhaben soll. Doch im Kern geht es um die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffressourcen zur Aufrechterhaltung des verschwenderischen westlich geprägten Lebensstils.

Um die eigene politische und militärische Vormachtstellung aufrechtzuerhalten, gibt die NATO ca. 1 Billion Euro (1 000 000 000 000) für Aufrüstung aus. Dem stehen Rüstungsausgaben Rußlands in Höhe von ca. 60 Mrd. Euro gegenüber, also fast 20mal weniger als die Ausgaben der NATO. Hat man keinen Feind, muß einer geschaffen werden. So wurden Rußland und China zu Feindstaaten erklärt, gegen die sich der „friedliebende“ Westen natürlich verteidigen muß. Das Prinzip Ursache und Wirkung gibt es in den Denkweisen westlicher Politiker nicht. Ein Lügengebäude nach dem anderen wird aufgebaut und den Menschen mit allen Mitteln eingepflegt. Die Friedensbewegungen in den europäischen NATO-Staaten wurden marginalisiert.

Widerstand regt sich nur selten und wenn, dann auch noch zersplittert.

Die wahren Gründe für Aufrüstung und Militarisierung sucht man in den „Mainstream“-Medien vergeblich. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die europäische Bevölkerung langsam, systematisch und subtil auf kriegerische Auseinandersetzungen vorbereitet wird. Das Antlitz der Bundeswehr wird geschminkt auf menschlich, freundlich, hilfsbereit und interessant. Soldaten bauten in Afghanistan Mädchenschulen und bohrten Brunnen. Braucht's dazu Militär? 2019 wurden mehr als 1534 Minderjährige für die Bundeswehr geworben. Da gibt es regelmäßig erscheinende bunte und hochglanzgedruckte Zeitschriften wie z. B. „Das Magazin der Bundeswehr“, „Das Magazin des Deutschen Bundeswehrverbands“, „Das Magazin für Sicherheitspolitik, Zeitschrift für Innere Führung“ und „Die Evangelische Zeitschrift für junge Soldaten“ aus dem Osten. Deutsche Pfarrer segnen wieder, wie schon oft in der Vergangenheit, Waffen, Soldaten und deren kriegerische Einsätze.

Im „Magazin der Bundeswehr“ wird eine neue Richtung vorgegeben, die da heißt: „Wir bereiten uns wieder stärker auf die Landes- und Bündnisverteidigung vor.“ Dazu muß man natürlich Truppen und Panzerverbände quer durch Europa bis an die russische Grenze bringen ... In diesem Magazin sind beispielsweise die Transportwege der NATO-Truppen für die Großübung „Defender“ in Polen und den baltischen Ländern eingezeichnet, die durch Deutschland führen, nebst Lager für Mannschaften, Technik, Ausrüstung und Munition. Die Amerikaner richten sich Zwischenlager in Thüringen, Sachsen und Brandenburg ein, was sie nach den 2+4-Festlegungen eigentlich nicht dürften. Auf deutschen Autobahnen endlose Kolonnen amerikanischer Panzer und Militärfahrzeuge. Dazu die planungstechnische Sperrung der Seefahrtswege für Rußland in

der Ostsee im Rahmen dieses Manövers. Solche Manöver könnte die NATO genauso gut in Frankreich, den USA oder in Großbritannien durchführen. Mit welcher Begründung in Polen und den baltischen Staaten?

Inzwischen haben Frauen in der Bundeswehr auch ihren Platz. Nicht nur als „Verteidigungsministerin“, sondern auch im normalen Truppen- und Dienstbetrieb. Sie sollen dem Ganzen einen weiblicheren Anstrich geben, wie auch von den Grünen gefordert. Nun machen jedoch militärische Auseinandersetzungen keinen Unterschied zwischen Soldatin und Soldat. Auch der von einer Soldatin abgegebene Schuß tötet nicht einfühlsamer und weiblicher!

Und sollte man in einer Auseinandersetzung selbst verletzt werden – kein Problem bei der Bundeswehr. Die Sanitätstruppen sorgen fürs „Wohlbefinden“. Man wird sofort mittels Technik zu einem Sammelstützpunkt zur Erstversorgung gebracht. Mit Hubschrauber zu einem weiteren Sammelpunkt. Dann mit Flugzeug nach Deutschland in ein Lazarett, und nach kurzer Zeit ist man wieder fit und kampffähig und kann dann wieder gen Osten oder sonstwohin stürmen.

Findet das Kapital keine ausreichenden Verwertungsbedingungen mehr vor, wird es aggressiv und scheut keinerlei Risiko, auch unter der Gefahr der Selbstvernichtung. Es begünstigt außerdem die Faschisierung des Staates und seiner Gesellschaft, wie man unschwer an Deutschland erkennen kann. Kapitalismus und Imperialismus sind Gesellschaftsformationen, die am wenigsten geeignet sind, um Menschheitsprobleme vorausschauend, langfristig und im Einklang mit Natur und Gesellschaft zu lösen. Kapitalismus und Imperialismus bergen die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen gesetzmäßig in sich.

Reiner Neubert

Berlin

Wladimir Iljitsch Uljanow (Lenin)

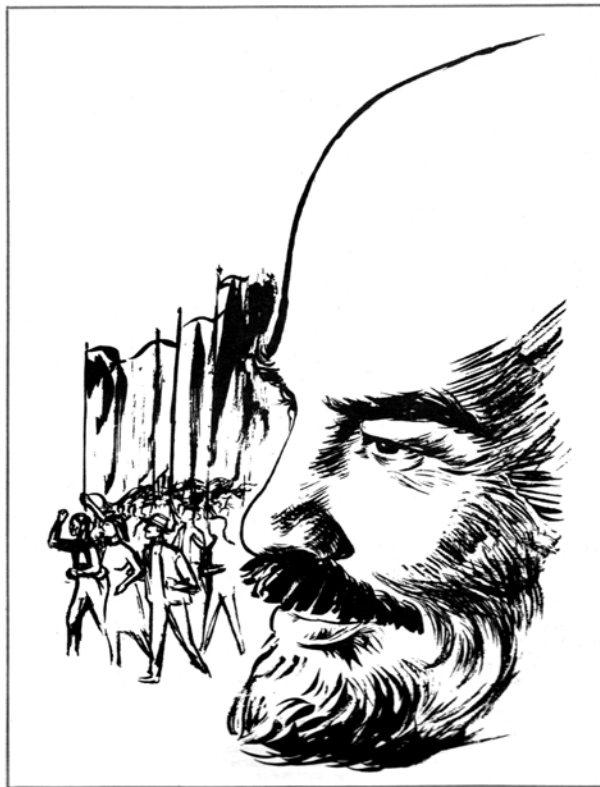
Lenin ist für mich nach wie vor die bedeutendste Persönlichkeit, die Große Sozialistische Oktoberrevolution das wichtigste Ereignis der Weltgeschichte. Die Dekrete über den Frieden und den Grund und Boden waren Sternstunden der Menschheit. Lenin war ein herausragender Theoretiker, dessen politisches Wirken aber stets paraxisverbunden blieb.

Nun dürfte eine solche Sicht heute wahrscheinlich Seltenheitswert haben, nicht nur in Deutschland, sondern bestimmt auch in Rußland. Selbst in das Traditionsverständnis gewisser linker Parteien paßt Lenin nur schwer hinein. Es geht ja keineswegs darum, Lenin kritiklos zu sehen, ihn wie eine Ikone zu behandeln. Lenin selbst hätte so etwas ganz sicher mit beißendem Spott bedacht. Er war sich bestimmter Fehler durchaus bewußt.

Wladimir Iljitsch Uljanow, der sich ab Dezember 1900 Lenin nannte, wurde am 22. April (nach der damals in Rußland noch gebräuchlichen Zeitrechnung (am 10. April) 1870 in Simbirsk an der Wolga geboren. Sein Vater Ilja Nikolajewitsch Uljanow war nach 1869 als Inspektor und dann als Direktor der Volksschulen im Gouvernement Simbirsk tätig. Lenins Mutter war eine hochgebildete Frau. Sie kannte sich gut in der russischen und in der Weltliteratur aus, sprach Französisch, Deutsch und Englisch. Als Externe legte sie das Lehrerinnenexamen ab, widmete sich aber dann voll ihrer Familie. Lenin trat mit neun Jahren in die erste Klasse des Gymnasiums in Simbirsk ein, das er 1887 mit einer Goldmedaille abschloß. Am 13. August 1887 begann er das Studium an der juristischen Fakultät der Universität Kasan.

Lenins Bruder Alexander gehörte der Geheimgesellschaft Narodnaja Wolja an. Wegen der Beteiligung an der Vorbereitung des Attentats dieser Gesellschaft auf den Zaren Alexander II. wurde er am 8. Mai 1887 hingerichtet. Lenin, der seinen Bruder sehr bewunderte, erklärte: „Einen solchen Weg werden wir nicht gehen.“ Er schloß sich bereits an der Universität einem revolutionären Studentenzirkel an, wurde am 5. Dezember 1887 verhaftet, von der Universität verwiesen und in das Dorf Kuschkino in Gouvernement Kasan verbannt. Als Externer legte er 1891 an der Petersburger Universität das juristische Examen mit Auszeichnung ab. Im August 1893 zog Lenin nach Petersburg. 1894 erschien sein Buch „Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokratie“? In dieser Schrift rechnete er mit den Narodniki (Volkstümlern) ab, welche die historische Rolle der russischen Arbeiterklasse bestritten, und begründete die Notwendigkeit der Gründung einer revolutionären marxistischen Arbeiterpartei. Im Herbst 1895 faßte Lenin in Petersburg existierende

Arbeiterzirkel zum „Kampfbund für die Befreiung der Arbeiterklasse“ zusammen. Trotz Verhaftung von rund 40 Mitgliedern, darunter Lenin, gelang es der Polizei diesmal nicht, die Organisation zu zerschlagen. Das führte dazu, daß in vielen anderen russischen Städten kleine Gruppen von sozialdemokratisch eingestellten Arbeitern nach dem Vorbild von Petersburg ebenfalls Kampfbünde gründeten, die allerdings in den meisten Fällen den polizeilichen Verhaftungen nicht so erfolgreich standhalten konnten und daher wieder verschwanden. Im Dezember 1895 begann Lenin



W. I. Lenin

Zeichnung: Arno Fleischer

im Gefängnis sein Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ zu schreiben, das er 1899 in der Verbannung vollendete. Im Februar 1897 war er für drei Jahre in das sibirische Dorf Schuschenskoje im Gouvernement Jennissejsk verbannt worden. Hier heiratete er 1898 die Volksschullehrerin Nadeshda Konstantinowna Krupskaja.

Nach dem Ende der Verbannung emigrierte Lenin ins Ausland, wo er seinen Plan, eine von der Zensur unabhängige Zeitung herauszubringen, verwirklichte. Bei einem kurzen Aufenthalt in Genf einigte er sich mit der von Georgi Plechanow geleiteten Gruppe „Befreiung der Arbeit“ über die Herausgabe der Zeitung „Iskra“ (Der Funke). Die erste Nummer, datiert vom Dezember 1900, erschien in Leipzig. Wahrscheinlich wurde hier auch die zweite Nummer gedruckt. Die Zeitung galt als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator der Partei.

Die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ war von Georgi Plechanow, Pawel Axelrod, Wera

Sassulitsch, Lew Deitsch und Wassili Ignatow 1883 in der Schweiz gegründet worden. Die Mitglieder der Gruppe übersetzten sozialistische europäische Literatur ins Russische und wandten sich gegen die Narodniki in Rußland. 1898 trafen sich in Minsk neun Personen aus sechs Organisationen, die sich als sozialdemokratisch verstanden. Das waren die Kampfbünde aus Petersburg, Moskau, Kiew und Jekaterinoslaw, der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund und die Redaktion der Kiewer Arbeiterzeitung. Sie beschlossen die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR). Das Treffen wurde zum I. Parteitag deklariert, und es wurde ein aus drei Mitgliedern bestehendes Zentralkomitee gewählt. Nach dem Aufenthalt in Genf zog Lenin nach München, wo er überwiegend bis zum November 1905 seinen Wohnsitz hatte. In München veröffentlichte er 1902 das Buch „Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung“. In diesem Werk legte er seine Vorstellungen von einer revolutionären Partei neuen Typus dar, die die Massen im Kampf für den Sturz der Ausbeuterklassen führen sollte.

1903 fand der II. Parteitag der SDAPR in Brüssel und London statt. Hier spaltete sich die Partei in Menschewiki, die die Minderheit darstellten, und Bolschewiki, die die Mehrheit bildeten. Die Menschewiki wurden von Pawel Axelrod, Julius Martow und Alexander Martynow geführt. In seiner Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ entlarvte Lenin die opportunistische Haltung dieser Gruppe, die das revolutionäre Parteiprogramm ablehnte. Ebenso wandte sie sich gegen die führende Rolle der Partei und die Parteidisziplin. Nach dem Parteitag geriet die Zeitung „Iskra“ in die Hände der Menschewiki. Lenin gab daher die bolschewistische Zeitung „Wperjod“ (Vorwärts) heraus.

Im Januar 1905 brach in Rußland die bürgerlich-demokratische Revolution aus. Im Sommer 1905 verfaßte Lenin die Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“. Hier arbeitete er die Besonderheiten der bürgerlich-demokratischen Revolution in der Epoche des Imperialismus heraus, in der die Hegemonie beim Proletariat lag. Ziel der Revolution war der Sturz des Zarismus und die Beseitigung der Überreste der Leibeigenschaft. Lenin wies auf die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft hin. Er sah die entscheidende Kraft bei der Führung der Volksrevolution durch eine revolutionäre Partei des Proletariats und hielt den bewaffneten Aufstand für das entscheidende Mittel zum Sturz des Zarismus. Lenin arbeitete die Möglichkeiten des Übergangs von der bürgerlichen zur sozialistischen Revolution heraus, die noch nicht auf der Tagesordnung stand. Im November 1905 kehrte Lenin illegal nach Rußland zurück. In Petersburg leitete er das

Zentralkomitee der Partei und übernahm die Redaktion der legalen bolschewistischen Zeitung „Nowaja Shisn“ (Neues Leben). Er trat in Beratungen der Petrograder Sowjets auf und nahm an Versammlungen der Parteiorganisationen teil. Die Sowjets (Räte) wurden für die Leitung von Streikkämpfen und bewaffneten Aufständen gebildet. Der erste Sowjet entstand 1905 in Iwanowo Wosnessensk. Lenin griff in dieser Zeit den Rätegedanken auf. Während und nach der Februarrevolution 1917 bildeten sich überall im Land Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten. Später wurden sie zu Machtorganen des sozialistischen Staates. Lenin schlug 1922 vor, den neuen Staat Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu nennen.

Der Aufschwung der Revolution schuf auch günstigere Bedingungen für die Entwicklung der SDAPR. „Im Frühjahr 1905“, schrieb Lenin, „war unsere Partei ein Bund illegaler Zirkel, im Herbst war sie bereits die Partei der Millionen des Proletariats.“

Die russische Revolution von 1905 bis 1907 endete mit einer Niederlage. Lenin war gezwungen, erneut zu emigrieren. In den Jahren der Reaktion arbeitete er die Taktik des Rückzugs aus und betonte die Notwendigkeit einer engen Verbindung mit den Massen. Die in dieser Zeit entwickelten Vorstellungen vermitteln auch heute noch wichtige Lehren.

In der der SDAPR wurden die Differenzen immer größer. Die Gesamtrussische Parteikonferenz, die vom 5. bis 17. Januar 1912 in Prag stattfand, schloß die Menschewiki aus der Partei aus.

Nach Ausbruch des Krieges wurde Lenin von den österreichischen Behörden verhaftet. Er konnte aber durchsetzen, daß er im September in die Schweiz ausreisen konnte. 1915 und 1916 hatte er wesentlichen Anteil an der Organisation der internationalen Konferenzen in Zimmerwald und Kiental, deren Teilnehmer für die Beendigung des imperialistischen Krieges kämpften.

In den Kriegsjahren kam Lenin aufgrund der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus zu der Auffassung, daß der Sozialismus zunächst in einem Land siegen könnte. In seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ arbeitete er den Klassencharakter des Imperialismus heraus und bezeichnete ihn als Vorabend der proletarischen Revolution. Der Begriff des Imperialismus war in letzter Zeit auch bei manchen Linken verpönt. Das hat sich leicht geändert. Rußland, das zwar kapitalistisch ist, kann nach meiner Meinung aber nicht als imperialistisch eingeschätzt werden.

Der Sieg der Februarrevolution 1917 ermöglichte Lenin die Rückkehr nach Rußland. Nach seiner Ankunft in Petersburg legte er auf einer großen Kundgebung seine

Vorstellungen für den Übergang zur sozialistischen Revolution dar. Diese als Aprilthesen bekanntgewordenen Ausführungen wurden auf dem VIII. Gesamtrussischen Konferenz der Partei im April einstimmig angenommen. Im Juli 1917 ging die Konterrevolution in Petersburg mit Waffengewalt gegen friedliche Demonstranten vor. Lenin hatte bis dahin eine friedliche Entwicklung der Revolution für möglich gehalten. Jetzt wurde Kurs auf den bewaffneten Aufstand genommen. Die-



W. I. Lenin – Gedenkstätte Rasliw bei Leningrad

Foto: Wolfgang Metzger, 1976

ser begann mit dem Sturm auf das Winterpalais am 7. November (25. Oktober alten Stils). Er war bei weitem nicht so heroisch, wie das in manchen späteren filmischen Darstellungen geschildert wurde. Es gab auch nur wenige Opfer.

Nach dem erfolgreichen Aufstand beschloß der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß die Übergabe der Staatsmacht im gesamten Land an die Sowjets. Der Rat der Volkskommissare unter Führung Lenins wurde gebildet. Die ersten Gesetze waren die Dekrete über den Frieden und über den Grund und Boden. Banken, Großindustrie und Verkehr wurden nationalisiert. In der „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“ erhielten die Nationalitäten des ehemaligen Zarenreiches Gleichberechtigung, Souveränität und freie Entwicklung sowie das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur staatlichen Lostrennung garantiert. Rosa Luxemburg vertrat in dieser Frage eine andere Auffassung.

Die Entscheidung der Bevölkerung der Krim nach Trennung von der Ukraine und für die Wiedervereinigung mit Rußland entsprach dem Leninschen Herangehen und steht im Unterschied zum Kosovo, dessen Gründung gewaltsam erfolgte, auf dem Boden des Völkerrechts. Lenin trat auch für die Gebietsautonomie für jene Völker ein, die im Rahmen des gegebenen Staates bleiben wollten, unter der Voraussetzung einer Gebietsautonomie und der Gleichberechtigung der Sprachen. Das sind Forderungen der Donezk-Republiken, gegen welche die Kiewer Machthaber Krieg führen.

Diese Prinzipien fanden auch in der 1922 gegründeten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Anwendung. Die Feststellung

Putins, daß Lenins Vorgehen bei der Gründung UdSSR eine der Ursachen für den Zerfall der Sowjetunion ist, läßt sich nicht belegen.

Nach der Oktoberrevolution schied Sowjetrußland aus dem imperialistischen Weltkrieg aus und forderte alle Völker und Regierungen auf, einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen abzuschließen. Die deutschen Imperialisten antworteten darauf mit der Eroberung weiterer Gebiete des Landes. Sowjetrußland war gezwungen, im März 1918 den Frieden von Brest-Litowsk abzuschließen, durch den Sowjetrußland große Gebietsverluste erlitt. Lenin setzte in den Diskussionen mit Trotzki und anderen durch, daß der Vertrag zustande kam. Nach der Niederlage Deutschlands wurde der Vertrag außer Kraft gesetzt.

In der Wirtschaftspolitik folgte die junge Sowjetmacht zunächst den Regeln des Kriegskommunismus. Nach dem Sieg über die inländische Konterrevolution und die ausländischen Interventionen entwickelte Lenin die Neue Ökonomische Politik. Das Ziel war, den freien Warenaustausch

zu nutzen, das Bündnis mit den Bauern zu festigen und die durch Weltkrieg und Bürgerkrieg zerstörte Wirtschaft wieder herzustellen. Die Kommandohöhen der Wirtschaft gab die junge Sowjetmacht dabei nicht aus der Hand.

Lenin hatte große Verdienste beim Zusammenschluß der revolutionären internationalen Arbeiterbewegung zur III., der Kommunistischen Internationale. Von besonderer Bedeutung waren die ersten vier Weltkongresse, an denen Lenin teilnahm, und sein 1920 erschienenes Buch „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“.

Lenin wird häufig beschuldigt, mit Terror gegen die Gegner vorgegangen zu sein. Doch nicht die Bolschewiki begannen mit dem Terror. Das waren vielmehr die russischen Ausbeuterklassen, die den Verlust von Macht und Besitz nicht verkraften konnten, und das Land in einen blutigen Bürgerkrieg stürzten. Unterstützt wurden sie dabei durch Truppen aus 14 kapitalistischen Staaten. Den „weißen Terror“ der Konterrevolution beantworteten die Bolschewiki mit „rotem Terror“. Lenins Ideen sind auch heute noch lebendig. Es lohnt sich, seine Werke zu studieren, um Antworten auf drängende Fragen zu finden.

Dr. Kurt Laser

Siehe auch

Wladimir Iljitsch Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Kritische Neuausgabe.* Verlag 8. Mai, Berlin 2016. 360 S.

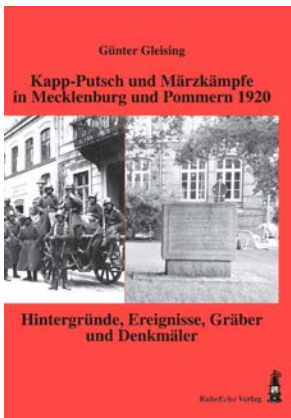
Wladimir Iljitsch Lenin: *Der Marxismus über den Staat. Staat und Revolution. Kritische Neuausgabe.* Verlag 8. Mai, Berlin 2019. 426 S.

BUCHTIPS

► **Günter Gleising: Kapp-Putsch und Märzkämpfe in Mecklenburg und Pommern 1920**

Hintergründe, Ereignisse, Gräber und Denkmäler

Am 13. März jährte sich zum hundertsten Mal der reaktionäre, militaristische Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ihm folgte der größte Generalstreik, den Deutschland je erlebt hatte. Im Ruhrgebiet, in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und Pommern kam es zu großen Aufstandsbewegungen. Denn es wurde erkannt, daß sich der Putsch nicht nur gegen die Re-



publik, ihre Institutionen und ihre tragenden Kräfte wandte, sondern daß er in besonderer Weise einen direkten Angriff auf die Arbeiterbewegung darstellte.

Der Putsch scheiterte. Aber die Arbeiterwehren und die Rote Ruhrarmee wurden vom Militär brutal entwapnet, die Bewegung für mehr soziale und politische Rechte, für eine Änderung der Eigentumsverhältnisse und für die Sozialisierung wurde niedergeschlagen. Mit dem Kapp-Putsch und den Märzkämpfen in Mecklenburg und Pommern hat sich der Bochumer Autor Günter Gleising beschäftigt. Das Buch behandelt nicht nur die lokalen und regionalen Ereignisse, sondern auch sozial- und kulturhistorische Aspekte. So spielt die Schaffung von Denkmälern für die Märzgefallenen und das nachhaltige Gedenken an die Opfer der Arbeiterbewegung eine große Rolle. Thema sind u. a. auch die Unterschiede in der Geschichtsschreibung über diese Ereignisse in der DDR und in Westdeutschland.

Günter Gleising: Kapp-Putsch und Märzkämpfe in Mecklenburg und Pommern 1920. Hintergründe, Ereignisse, Gräber und Denkmäler. RuhrEcho-Verlag, Bochum 2020, zahlr. Abb., 15 €

► **Ulrich Schneider: Auschwitz**
Reihe Basiswissen

Auschwitz steht weltweit als Synonym für das – neben der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und dem Vernichtungskrieg in den besetzten Gebieten der Sowjetunion – schlimmste Verbrechen des deutschen Faschismus: für den industriellen Massenmord

an Menschen, die nicht in seine Rassenvorstellung oder seine Weltherrschaftspläne passen – Juden, Sinti und Roma, Slawen, sowjetische Kriegsgefangene, politische Gegner oder wegen ihrer sexuellen Orientierung aus der „Volksgemeinschaft“ Ausgegrenzte.

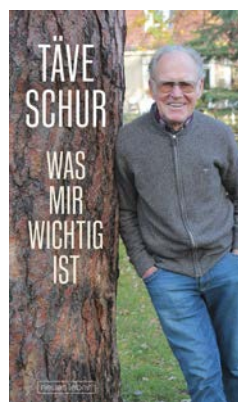


Neben der Massenvernichtung in Auschwitz-Birkenau umfaßte der Gesamtkomplex des Lagers auch die „Vernichtung durch Arbeit“ in Auschwitz-Monowitz, dem Buna-Werk der IG Farben. Damit benennt das Buch auch die „Profiteure des Todes“. Es bietet eine kompakte Einführung in die Geschichte des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und in die juristische Aufarbeitung dieses Verbrechens.

Ulrich Schneider: Auschwitz. Geleitwort von Henri Goldberg. PapyRossa-Verlag, Köln 2020, 142 Seiten, 9,90 €

► **Täve Schur: Was mir wichtig ist**

Gustav-Adolf Schur, genannt Täve, ist mehr als eine Radsportlegende, mehr als eine Ikone des DDR-Sports. Er steht für ostdeutsche



Grundtugenden: für Fleiß und Bescheidenheit, für Bodenhaftung und Ausdauer, für Anstand und Aufrichtigkeit. Noch immer bekommt er Post, noch immer wird er um seine Meinung gebeten, noch immer orientiert man sich an seinem Urteil. Täve hat eine Haltung, ist geradlinig und unbestechlich und ein volkstümliches Vorbild. In bewegter Zeit, in der viele nach Orientierung suchen, schreiben

Landsleute an ihn und erkundigen sich. Er hat mehr als acht Jahrzehnte lang als Sportler und als politischer Mensch Erfahrungen gesammelt, hat sich als Volkskammer- und Bundestagsabgeordneter für den Volkssport und die Interessen der Bürger engagiert, er kennt sich aus daheim und in der Welt. „Täve, was meinst du ...?“ Und Täve antwortet.

Täve Schur: Was mir wichtig ist. Neues Leben, Berlin 2020, 224 Seiten, zahlr. Abb., 20 €

► **Yana Milev: Das Treuhand-Trauma**
Die Spätfolgen der Übernahme

Seit Jahren untersucht die Schweizer Soziologin Yana Milev, was beim Untergang der DDR und danach mit den Ostdeutschen passiert ist. Sie hat die Auswirkungen der Bonner Abwicklungs- und Anschließpolitik seziert und die mediale Begleitung der Übernahme analy-



siert. Im Zentrum ihrer Untersuchungen steht die Treuhandanstalt als Vollstreckerin des politischen Willens der Mächtigen der alten Bundesrepublik. Milev spricht deutlich und offen aus, was die Politik verschweigt. Ihre Thesen lauten: Die „friedliche Revolution“ – sie war keine. Die Abwesenheit physischer Gewalt bedeutete nicht, daß es nicht psychischen Druck und andere Formen der Übernahme gab. Die Ost- und die Westdeutschen haben aufgrund der komplementären gesellschaftlichen Entwicklungen unterschiedliche Erfahrungen. Zweitens: die „Wiedervereinigung“ – es war keine. Es haben sich nicht zwei Staaten vereinigt, sondern der eine übernahm den anderen. Und drittens: die „Wohlstandsversprechen“ von Kohl 1990: „Es wird niemandem schlechter gehen als zuvor, dafür vielen besser.“ Dies zu widerlegen genügt die Statistik. Damit widerspricht Milev vehement der Behauptung von der erfolgreichen „Transformation des Ostens“. Und sie belegt, daß die Treuhandpolitik im Regierungsauftrag des Bonner Kabinetts zu einer Kulturkatastrophe führte, deren gesellschaftliche Aufarbeitung erst am Anfang steht.

Yana Milev: Das Treuhand-Trauma. Das Neue Berlin, Berlin 2020, 288 Seiten, 18 €

Reformatio Francisci – Die Reformation des Papstes

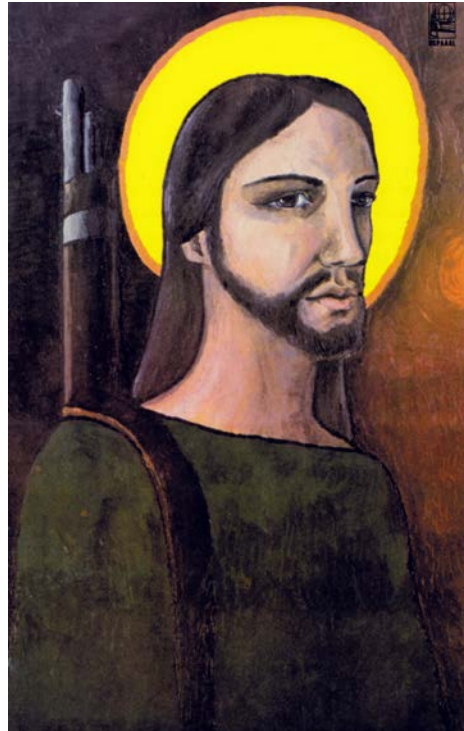
Geschichtlicher Hintergrund

Obschon das zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) im wesentlichen ein Konzil aus der Perspektive der westlichen kapitalistischen Länder war, hat es für die Katholische Kirche den Anfang eines neuen Problembewußtseins über ihren gesellschaftlichen Ort auf den Weg gebracht.¹ Von Papst Johannes XXIII. (1881–1963) ist die Botschaft ausgegangen, daß die Kirche vornehmlich „eine Kirche der Armen“ sein wolle. Etwa vierzig Bischöfe unterzeichneten 1965 in der Domitilla-Katakomben den (Katakomben-)Pakt, in dem sie sich zu einer glaubwürdigen „Option für die Armen“ verpflichtet haben, wozu sie das Evangelium von jenen Ketten frei machen wollten, die durch die jahrhundertlange kirchliche Anpassung an Macht und Herrschaft bedingt sind.² Einer der Initiatoren war Dom Hélder Câmara (1909–1999). Es war eine ekklesiologische Revolution, und Jon Sobrino SJ (*1938) spricht in diesem Kontext von der mit Karl Marx (1818–1883) einsetzenden „zweiten Aufklärung“, welche dazu führen müsse, daß die Theologie die Wirklichkeit nicht nur interpretiert, sondern deren Veränderung legitimiert, auch wenn diese revolutionär sei.³ Eine solche Haltung wird in der Gegenwart von ungezählten Lohnschreibern der herrschenden Klasse wie von dem weltweit an den Universitäten hofierten, zuletzt von Stanford aus diktierenden deutschen Romanisten Hans Ulrich Gumbrecht (*1948) als „Habitus des Kritischseins“ verunglimpft.⁴

Karl Marx hat biblische Begriffe wie Mammon oder Goldenes Kalb für die Kennzeichnung einer der kapitalistischen Gesellschaft inwohnenden Tendenz herangezogen.⁵ Bei den Franzosen stellte er 1852 in seiner Schrift „Der 18. Brumaire des Louis Napoleon“ fest, daß sie anstatt einer revolutionären Entwicklung lieber einer weniger gefährlichen Knechtschaft den Vorzug geben wollten und „sich aus den Gefahren der Revolution zurück nach den Fleischtopfen Ägyptens (sehnten)“⁶. Marx war die streng religiöse Tradition seiner Familie vertraut, auch wenn sich sein ihm stark beeinflussender Vater Heinrich Marx (1777–1838) vom religiösen Glauben schon mehr oder weniger befreit hatte.⁷ Für Marx wie für Friedrich Engels (1820–1895) und Wladimir I. Lenin (1870–1924) ist die Religion Quelle der Entfremdungen des Menschen, das Christentum ist für Marx aber immer „im Ursprung eine Bewegung Unterdrückter“⁸. Christentum bedeutet, das wurde über die Jahrhunderte hinweg von der Amtskirche vergessen und unterdrückt, revolutionäres Sein im umfassenden Sinne. Apostolische Rundschreiben, Predigten und Interviews von Papst Franziskus (*1936) geben Hoffnung, daß die Katholische Kirche sich dieses ihres Ursprungs wieder bewußter wird. Christentum ist nicht Kirche, deren Geschichte ist vielmehr von lebendigen, tätigen Menschen selbst gemacht, allerdings „nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter

unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ gemacht und lastet wie ein Alp auf ihr.⁹

Lateinamerikanische Befreiungstheologen wie der 1980 ermordete Erzbischof von San Salvador Óscar Romero (1917–1980) oder die 1989 in der Zentralamerikanischen Universität (UCA) von San Salvador ermordeten Jesuiten Ignacio Ellacuría SJ (1930–1989), Segundo



Camilo Torres
Plakat: Alfredo G. Rostgaard (Kuba, 1969)

Montes Mozo SJ (1933–1989), Ignacio Martín Baró SJ (1942–1989), Amando López Quintana SJ (1936–1989), Joaquín López y López SJ (1918–1989) und Juan Ramón Moreno Pardo SJ (1933–1989) haben zur Praxis hinführend Partei für die Armen und Unterdrückten genommen und ihren Tod bewußt in Kauf genommen.¹⁰ Die Jüngerschaft Jesu bedeutete für sie eine radikale Entscheidung. Aufgrund ihrer bewußten Entscheidung haben sie zölibatär gelebt, sie waren Priester, „die sich“, so Romero, „grenzenlos im Dienst an der Kirche und am Volk einsetzen“¹¹. Der zweite Brief an die Korinther war ihnen nicht isoliertes Bildungserlebnis, sondern Lebenslinie: „Von allen Seiten werden wir in die Enge getrieben und finden doch noch Raum; wir wissen weder aus noch ein und verzweifeln dennoch nicht; wir werden gehetzt und sind dennoch nicht verlassen; wir werden niedergestreckt und doch nicht vernichtet.“¹² Ellacuría SJ hat gefordert, daß seine Kirche „aus sich selbst heraus den Kampf der Unterdrückten für ihre Befreiung unterstützen (muß). Sie darf nicht wieder in den Irrtum verfallen, daß die Befreiung der Unterdrückten über die Umkehr der Mächtigen zu erreichen wäre.“¹³

Mit einigen unterschiedlichen, von den sich ändernden Umständen der Geschichte beeinflussten Akzenten hat die über Lateinamerika hinausgehende, Ende der 60er Jahre entstandene Befreiungstheologie Anteil an der Biographie des argentinischen Priesters Jorge Mario Bergoglio SJ, der am 13. März 2013 vom Kardinalkollegium zum Oberhaupt der Katholischen Kirche gewählt worden ist.¹⁴ Seine beiden Vorgänger sind Johannes Paul II. (1920–2005) aus Polen, der den spanischen Klerikalfaschisten und Gründer des weltweit tätigen Opus Dei Josemaría Escrivá (1902–1975) 2002 heiliggesprochen und den Befreiungstheologen Ernesto Cardenal (1925–2020) ebenso wie das ganze Volk von Nicaragua gemüht hat, und Benedikt XVI. (*1927) aus Deutschland, der schon als Kardinal Joseph Ratzinger in der Eigenschaft als Präfekt der Glaubenskongregation die mit Jon Sobrino SJ fortlebende Befreiungstheologie massiv und von Vorurteilen beladen belästigt hatte.¹⁵ Beide Päpste haben die in der Katholischen Kirche organisierten Christen bedenkenlos in das mörderische System des Imperialismus eingebunden. Papst Franziskus ist Lateinamerikaner, seine Herkunft, seine Erziehung und sein Bildungsgang im Jesuitenorden geben ihm eine unvertauschbare Haltung; er hat sich dem Erbe seiner Kindheit nicht entfremdet. Papst Franziskus ist kein Weltbürger, aber seine Gesinnung und seine Herzlichkeit sind die eines Internationalisten.¹⁶

Inspiziert sind die Befreiungstheologen von ihrem Glauben an die auch von Marxisten anerkannten historischen Konturen des Jesus von Nazareth, der sich selbst nicht als „göttlich“ darstellte. Jesus war Angehöriger eines kolonisierten Volkes, er wurde unter dem kolonialistischen Gouverneur zum Tode verurteilt und gekreuzigt, weil er mit seinen Gleichnissen gegen die herrschende Ordnung aufgetreten ist und Anhänger für seine revolutionäre Idee von der Umkehrung des Denkens und Handelns gewonnen hat. Seine Kreuzigung ist keine jüdische Form der Todesstrafe, vielmehr war eine solche die Steinigung, wie sie heute noch in dem von Europa mit Waffen hochgerüsteten Saudi-Arabien erfolgt. Die Römer haben Sklaven und Kämpfer aus widerständigen Städten gekreuzigt.¹⁷ Grausamste und massenhafte Hinrichtungen hat die Katholische Kirche über Jahrhunderte selbst praktiziert oder praktizieren lassen. Erst Papst Franziskus hat in seiner 2018 mitgeteilten Veränderung des Katechismus der Katholischen Kirche (d. i. das Handbuch zum Elementarunterricht) die Todesstrafe als unzulässig erklärt, „weil sie gegen die Unantastbarkeit und Würde der Person verstößt“. Er wolle, daß die Katholische Kirche sich für die Abschaffung der Todesstrafe in der ganzen Welt einsetzt. Bis dahin hat der Katechismus die Verhängung der Todesstrafe durch die staatliche Autorität nicht ausgeschlossen. Gegen die Lehrmeinung von Papst Franziskus erhoben sich heftige Widersprüche

vorwiegend in den USA. Deren Präsidenten Barack Obama (*1961) und Donald Trump (*1946) haben gezielte Drohnenmordungen von mutmaßlichen „Terrororganisatoren“ oder kriminalisierten politischen Gegnern wie zuletzt von General Kassem Soleimani (1957–2020) ohne jedes Gerichtsverfahren ebenso etabliert wie die Legitimation von Folter und anderen Kriegsverbrechen. Das Europa der Werte ist in seiner Scheinheiligkeit damit einverstanden. „Man tötet den, der stört“, so hat Romero eine Predigt am 23. September 1979 beendet.¹⁸

Über die Welt des organisierten Verbrechens. Wer wird urteilen?

Am Beginn des Pontifikats von Papst Franziskus steht als Programmschrift das vom 24. November 2013 datierte Apostolische Schreiben „Evangelii gaudium“, welches mit der Befreiungstheologie das kapitalistische Wirtschaftssystem, das in seinen Konsequenzen unmenschlich und tödlich ist, anklagt.¹⁹ Einige Tage nach der Amazoniensynode (6. bis 27. Oktober 2019) hat Papst Franziskus aus Anlaß seiner Audienz für die Teilnehmer am 20. Weltkongreß der Internationalen Strafrechtsgesellschaft am 15. November 2019 über dringend anstehende Aufgaben der Justiz gesprochen und an diese appelliert, Verantwortung zu übernehmen.²⁰ Dabei spricht er zurückhaltend, aber doch erkennbar das Problem des Klassenrechts und der Klassenjustiz an.²¹ Die Vergötzung des Marktes, „eine Wirklichkeit, die in Zeiten der Globalisierung des Spekulationskapitals noch deutlicher wird“, „das Prinzip der Profitmaximierung“ führt, so Papst Franziskus, „automatisch zu einem Modell der Ausgrenzung, das sich mit Gewalt gegen jene richtet, die heute unter seinen sozialen und wirtschaftlichen Folgen leiden, während man die zukünftigen Generationen dazu verurteilt, seine Umweltkosten zu bezahlen“. Juristen müßten sich fragen, was sie mit ihrem Wissen tun können, sie hätten die konkrete Herausforderung, „die Irrationalität des Strafs, die unter anderem in Masseninhäufungen, Überfüllung und Folter in den Gefängnissen, Willkür und Mißbrauch durch Sicherheitskräfte, Erweiterung des Strafbereichs, Kriminalisierung des sozialen Protests, Mißbrauch der Vorbeugehaft und Ablehnung der elementarsten straf- und verfahrensrechtlichen Garantien zum Ausdruck kommen, einzudämmen“. Und immer wieder spricht Papst Franziskus das Grundübel an: „Das globale Finanzkapital steht am Ursprung schwerwiegender Straftaten nicht nur gegen das Eigentum, sondern auch gegen die Menschen und die Umwelt. Es handelt sich um organisiertes Verbrechen, das unter anderem für die Überschuldung der Staaten und die Plünderung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten verantwortlich ist. [...] Es handelt sich um Straftaten, die die Schwere von Verbrechen gegen die Menschlichkeit besitzen, wenn sie zu Hunger und Elend, zu Zwangsmigration und zum Tod durch vermeidbare Krankheiten, zu Umweltkatastrophen und zum Ethnozid der indigenen Völker führen.“ Die Realität der handelnden Juristen

hat der US-amerikanische Befreiungstheologe Daniel Berrigan SJ (1921–2016), der ein Mitbruder von Papst Franziskus war, ihn vielleicht auch gekannt hat, in einem 1973 in der DDR verlegten Büchlein so beschrieben: „Die führenden amerikanischen Rechtsschulen bringen jedes Jahr eine große Zahl von Juristen hervor. Wenn die Gegenwart ein Maßstab für die Zukunft ist, dann festigen diese Schulen ein Gesellschaftssystem, das die beständig wachsende Wirtschaftshegemonie Amerikas im Ausland zum Ziel hat, während im Inland Armut und Rassenhaß immer mehr anzuwachsen drohen. In der Tat, der Beruf der Juristen verliert immer mehr den



Am Kreuz der Auslandsverschuldung
Plakat: Rafael Enriquez Vega (Kuba, 1987)

Zusammenhang mit den Bedürfnissen, den Problemen, ja den Menschen selbst.“²² Papst Franziskus kommen die Reden von Adolf Hitler (1889–1945) von 1934 und 1936 und mit ihnen typische Verhaltensweisen des Nationalsozialismus in den Sinn, der „das Negativmodell schlechthin der Wegwerfkultur und der Haßkultur darstellt. So wurde es damals gemacht, und heute erwachen diese Dinge zu neuem Leben.“ Einige Tage nach seiner Juristenaudienz in Rom hat Papst Franziskus auf dem Rückflug von Tokio nach Rom am 26. November 2019 seine Ablehnung der Todesstrafe nochmals betont und weiterführend zur Diskussion gestellt, daß eine lebenslange Verurteilung „ohne Fenster nach draußen“ inhuman sei.²³ In seinem siebten Amtsjahr hat Papst Franziskus am 2. Februar 2020 sein Nachsynodales Apostolisches Schreiben „Querida Amazonia“ „an das Volk Gottes und an alle Menschen guten Willens“ veröffentlicht.²⁴ In Amazonien nimmt die Kolonialisierung mit ihrer Geschichte von Leid, Ausbeutung, Gewalttätigkeit und Töten kein Ende, sie „verändert, tarnt und verbirgt“ sich. Der Papst bittet um Vergebung „für die Verbrechen gegen die Urbevölkerungen während der sogenannten Eroberung Amerikas und für die

schrecklichen Verbrechen, die im Laufe der ganzen Geschichte Amazoniens folgten“. Für dieses entsetzliche Morden der Conquistadoren trägt die Heilige Römische Kirche Verantwortung. Max Frisch (1911–1991) schreibt in einem für seinen „Stiller“ verworfenen Kapitel „Cortez und Montezuma“, daß diese Geschichte eine Geschichte ist, „die sich nicht verteidigen läßt“²⁵. Einzelne Priester wie der spanische Dominikaner Bartolomé de Las Casas (1484/1485–1566) haben viele Jahre gegen den Völkermord geschrieben, auch in Auseinandersetzung mit seinem am Hofe Karls V. (1500–1558) hochangesehenen Mitbruder Inan Ginés de Sepúlveda (1490–1573).²⁶ Prophetisch hat Las Casas die Totalitätssucht des europäischen Systems angegriffen.²⁷ Wenn Papst Franziskus allgemein von Priestern der letzten Jahrzehnte spricht, die sich schützend vor die Indigenen und deren Dörfer gestellt haben, so ist Las Casas für ihn selbst und für diese ein historisches Vorbild. „Man muß sich empören“ – ist der Appell von dem sich dabei auf die Bibel berufenden Papst Franziskus angesichts der Ungerechtigkeit und Grausamkeit in den „gegenwärtigen Formen der Ausbeutung von Menschen, Gewalttätigkeit und des Tötens!“ Katholische Hilfsmaßnahmen mit den entsprechenden Etiketten sind ihm zuwenig. Einst war es in Lateinamerika die todbringende spanische Herrschaft, heute ist es der Weltimperialismus mit den USA an der Spitze.

Poesie

Die Verbindung von Kontemplation und Aktion, von Kosmischem und Konkretem ist Papst Franziskus als Christ wichtig. Dabei bezieht er sich auf Volksdichter und läßt diese zu Wort kommen, nicht ohne dabei wieder zu betonen: „Die globalisierte Wirtschaft beschädigt den menschlichen, sozialen und kulturellen Reichtum schamlos.“ Mao Tse-tung (1893–1976) hat bei seiner Aussprache in Yen-an über Literatur und Kunst mit Berufung auf Lenin über die Notwendigkeit der Teilnahme von Literatur und Kunst im Gesamtmechanismus der revolutionären Veränderung gesprochen.²⁸ China mit seiner jahrtausendealten Tradition sieht Papst Franziskus als Herausforderung und nicht nur als „Missionar“. In den 70er Jahren wird ihn der maoistische Begriff des „neuen Menschseins“ im Kontext der christlichen Befreiung beschäftigt haben. Die Poesie von Pablo Neruda (1904–1973) über „Amazonas, Hauptstadt der Silben des Wassers“ ist Papst Franziskus der richtige Ausdruck, er hätte dessen Verse „Die blutrote Linie“ zitieren können, über „das Rad des Martyriums Tag und Nacht“ und das Gelächter des Mönchs unter den Henkern vernahm der Inka voller Trauer“²⁹. Papst Franziskus weiß, daß dieser große, mit Ilja Grigorjewitsch Ehrenburg (1891–1967) eng befreundete chilenische Dichter für die chilenische Kommunistische Partei und für die Kommunistische Internationale gekämpft hat. Aber wissen das seine Leser und Zuhörer? Neruda hat die unzweifelhaft kommunistische Haltung von Nazim Hikmet (1902–1963) – der jenes das Gefühl von Papst Franziskus vorwegnehmende wunderschöne Gedicht „Im

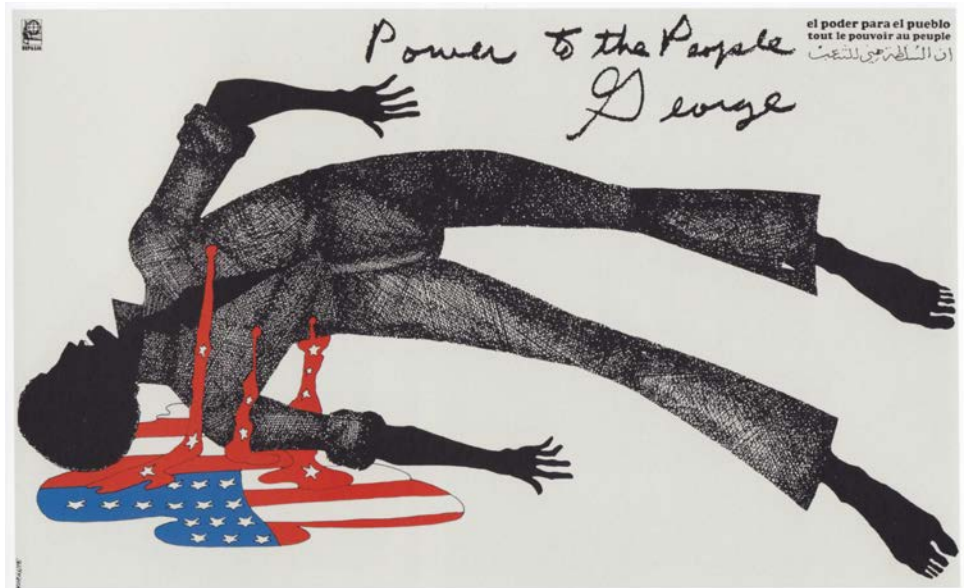
Namen der Kosmischen Brüderlichkeit“³⁰ verfaßt hat – bewundert.³¹

Die im Jesuitenorden und in Lateinamerika gepflegte Mariologie ist von Papst Franziskus zu Ende seines Apostolischen Schreibens metaphysisch übersetzt worden. Maria ist im katholischen Glauben die Mutter von Jesu, ihre Gestalt wurde vom Klerikalismus mit antikommunistischen Zielsetzungen mißbraucht; im portugiesischen Fatima wurde dafür 1917 ein eigenes Propagandazentrum errichtet. 1981 hat Medjugorje einen Ableger erhalten. Für Johannes Paul II. war die Fatima-Figur nützliches Symbol gegen den „gottlosen Kommunismus“, für Kardinal Joachim Meisner (1933–2017) Helferin für Deutschland auf dem Weg zur wieder Kriege führenden europäischen Zentralmacht.³² Kardinal Meisner hat die als Agentur der Westmächte tätige „Untergrundkirche“ in Mittel- und Osteuropa, besonders in der Tschechoslowakei, gefördert. Der Vorzeigedissident Vaclav Havel (1936–2011), der wenige Wochen nach der Ermordung der Jesuiten in El Salvador und nach dem Überfall der USA auf Panama vor dem Plenum beider Häuser des US-Kongresses ein Hohes Lied auf die „Verteidiger der Freiheit“ gesungen hat, hat die Kollaboration von Meisner mit der Verleihung eines tschechischen Ordens öffentlich gemacht.³³ Papst Franziskus bricht mit dieser reaktionären Ideologie des alten Vatikans und führt zurück auf das „Magnificat“, wo Maria darauf hinweist, daß Gott die Reichen vom Thron stößt und die Niedrigen erhöht. Maria wird mit ihren weiblichen Zügen als Patronin für die Befreiungskräfte in Anspruch genommen, welche die Machtordnung in der herrschenden Gesellschaft verändern wollen. Für den Schweizer Kommunisten Konrad Farner (1903–1974) ist Maria mit Jesus nichts anderes als das christliche Gleichnis von Mutter und Kind und symbolhafte Wirklichkeit des Menschen im Elend, aber auch des sich fortwährend erneuernden Menschen, Symbol des menschlichen Lebens überhaupt.³⁴

Papst Franziskus stellt in seinem Schreiben „vier große Visionen“ für das riesige, länderübergreifende und gemarterte Amazonien vor:

- „Ich träume von einem Amazonien, das für die Rechte der Ärmsten, der ursprünglichen (autochthonen) Völker, der Geringsten kämpft, wo ihre Stimme gehört und ihre Würde gefördert wird.
- Ich träume von einem Amazonien, das seinen charakteristischen kulturellen Reichtum bewahrt, wo auf so unterschiedliche Weise die Schönheit der Menschheit erstrahlt.
- Ich träume von einem Amazonien, das die überwältigende Schönheit der Natur, die sein Schmuck ist, eifersüchtig hütet, das überbordende Leben, das seine Flüsse und Wälder erfüllt.
- Ich träume von christlichen Gemeinschaften, die in Amazonien sich dermaßen einzusetzen und Fleisch und Blut anzunehmen vermögen, daß sie der Kirche neue Gesichter mit amazonischen Zügen schenken.“

Papst Franziskus sieht für den Zentrismus seiner Kirche in Amazonien keine Zukunft,



Power to the People

Plakat: Rafael Morante Boyerizo (Kuba, 1971)

er ist gegenüber dem aus den Lebensbedingungen der indigenen Völker in Amazonien gewachsenen religiösen Fühlen und Denken offen und stellt die Ausschließlichkeit des „Opiums des Volkes“ aus der weißen Herrenwelt in Frage.³⁵

Reaktionen aus dem Sumpf deutscher und österreichischer theologischer Fakultäten

Papst Franziskus werden heute nicht nur in den Leitmedien Verlästerungen nachgelogen. Aus den zu intellektuellen Debattierklubs hinabgesunkenen deutschen theologischen Fakultäten, zu denen die österreichischen gehören, wird mit Arroganz verlautet, der Papst habe nur enttäuscht, er habe entschieden, nichts zu entscheiden, vor allem „keine Lockerung des Pflichtzölibats, keine viri probati, nichts“, so Jan Heiner Tück (*1967), ein vielzitiertes deutscher Professor für Dogmatik und Dogmengeschichte an der Theologischen Fakultät der Wiener Universität und Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung“.³⁶ Der ebenfalls aus Deutschland stammende Autor Gregor Maria Hoff (*1964) ist Fundamentaltheologe an der Universität Salzburg und schreibt in der erzkatholischen österreichischen Zeitung „Die Furche“³⁷ von „anschwellender Ratlosigkeit“, die Bezugnahmen auf die „Ärmsten“ seien geradezu lästig; Papst Franziskus versuche, aus seiner Tradition ein Argument zu machen, „während die Zeit längst an ihr vorbeigegangen ist“. Die Zeitung „Christ in der Gegenwart“ meint, Papst Franziskus romantisiere, eine Innovation sei von diesem Pontifikat nicht mehr zu erwarten.³⁸ Schon im Vorfeld haben Interpreten des „wahren Glaubens“ wie der Ethikprofessor und führende Priester der katholischen Personalprälatur Opus Dei in Wien Martin Rhonheimer (*1950) Stichworte für den ideologischen Feldzug gegen Papst Franziskus und die Befreiungstheologie wie überhaupt gegen jede die kapitalistischen Gesetze hinterfragende katholische Soziallehre in Medien des Finanzkapitals gegeben.³⁹ In den 70er Jahren hat der prominente

US-amerikanische Priester Andrew Greeley (1928–2013) in der Internationalen Zeitschrift für Theologie „Concilium“ die Theologie der Befreiung scharf angegriffen, sie entbehre „nicht einer gewissen Art von flitterhafter Eleganz“⁴⁰. Viele Kritikerinnen und Kritiker jammern, die Risse in der Weltkirche würden durch Papst Franziskus nur noch größer werden.⁴¹ Diese Leute wollen lieber vor dem Götzenaltar des Goldenen Kalbes in Europa und dem Nationalstaat, der ihnen akademische Laufbahnen öffnet und gut bezahlt, mit ihren nach Applaus heischenden Reden niederknien – die Kirche Christi repräsentieren sie damit nicht. Für an den theologischen Fakultäten hofierte Feministinnen ist das ganze Pontifikat von Papst Franziskus, der Mitte Januar 2020 die italienische Juristin Francesca Di Giovanni (*1953) auf die neugeschaffene Stelle für multilaterale Beziehungen ernannt hat⁴², ohnehin ein Desaster, weil keine Rede von dem zum Frauenpriestertum hinführenden Frauendiakonat ist. Über die Ortskirchen hinaus sammelt sich die Gegner von Papst Franziskus.⁴³

Schlußbemerkung

Der Text von Papst Franziskus ist für Marxisten gewiß eine Herausforderung. Seine Analysen des herrschenden Wirtschaftssystems wollen keine marxistischen sein, zumal Papst Franziskus die Sorge hat, mit solchen könne man „auf parteiische Abwege geraten“⁴⁴. Im Ergebnis sind seine Einschätzungen des ökonomischen Geschehens materialistisch und werden durch die mit auf den Weg gegebene schöne Poesie nicht abgemildert. „Wir brauchen und wir wollen Veränderung“, so ist der Untertitel seines Büchleins „Für eine Wirtschaft, die nicht tötet“⁴⁵. Papst Franziskus bleibt ein klarer Charakter, er ist nicht neutral, bleibt seiner Sache vorbildhaft treu und will den Menschen mit seinen Vorschlägen dienen, er greift die Poesie von Schriftstellern auf, um mit ihr über die Vernunft hinaus die Herzen der Menschen zu rühren. Möge er noch viele Jahre im Amt sein!

Prof. Gerhard Oberkofler

Fußnoten

- 1 Karl Rahner / Herbert Vorgrimler: Kleines Konzilskompendium. Sämtliche Texte des Zweiten Vatikanischen Konzils. 35. Aufl., Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 2008
- 2 Norbert Arntz: Der Katakombenpakt. Für eine dienende und arme Kirche. Topos-Taschenbücher, Kevelaer 2015
- 3 Jon Sobrino: Christologie der Befreiung. Grünewald-Verlag, Ostfildern, 2. Aufl. 2008
- 4 Zuletzt Artikel „Warum der kritische Gestus passé ist“ in: NZZ vom 27. Februar 2020
- 5 Vgl. zuletzt Kuno Füssel: Von Marx' Religionskritik zur materialistischen Bibellektüre. In: Marxismus und Theologie. Materialien der Jahrestagung 2018 der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Hg. von Gerhard Banse, Brigitte Kahl und Jan Rhemann. trafo-Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, S. 39–50
- 6 MEW 8 (1973), S. 113–207, hier S. 117
- 7 Vgl. N[ikolaj] I[vanovič] Lapin: Der junge Marx. Dietz-Verlag, Berlin 1974
- 8 MEW 22 (1972), S. 449; vgl. dazu Hermann Klenner: Über Marxens Religions- und Rechtskritik. „Utopie kreativ“, H. 84 (Oktober 1997), S. 5–10
- 9 MEW 8 (1973), S. 115
- 10 Zur Befreiungstheologie s. Ignacio Ellacuría, Jon Sobrino (Hg.): Mysterium Liberationis. Grundbegriffe der Theologie der Befreiung. Band 1. Edition Exodus, Luzern 1995; Band 2. Edition Exodus, Luzern 1996
- 11 Óscar Romero: Nicht schweigen. Vom Handlanger der Macht zum Anwalt der Armen. Hg. von Jesús Delgado. Mit einem Vorwort von Vincenzo Paglia. Aus dem Spanischen und Italienischen von Gabriele Stein. Texte in deutscher Erstausgabe. Camino-Verlag, Stuttgart 2015, S. 85
- 12 2. Kor, 4, 8–10
- 13 Ignacio Ellacuría: Eine Kirche der Armen. Für ein prophetisches Christentum. Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 2011, S. 151. Vgl. z. B. Jon Sobrino: Sterben muß, wer an Götzen rührt. Das Zeugnis der ermordeten Jesuiten in San Salvador: Fakten und Überlegungen. Mit einem Hintergrundbericht von Roger Peltzer. Edition Exodus, Freiburg/Brig 1990; Martin Maier: Oscar Romero. Prophet einer Kirche der Armen. Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 2015
- 14 Papst Franziskus: Mein Leben, mein Weg. El Jesuita. Die Gespräche mit Jorge Mario Bergoglio von Sergio Rubin und Francesca Ambrogetti. Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 2013
- 15 Knut Wenzel (Hg.): Die Freiheit der Theologie. Die Debatte um die Notifikation gegen Jon Sobrino. Grünewald-Verlag, Ostfildern 2008
- 16 Vgl. Gerhard Oberkofler: Papst Franziskus als Internationalist des menschlichen Miteinander über die Dialektik von Reich und Arm. In: Marxismus und Theologie. Materialien der Jahrestagung 2018 der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Hg. von Gerhard Banse, Brigitte Kahl und Jan Rhemann. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 55. trafo-Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, S. 117–131
- 17 Vgl. Theo Mayer-Maly: Rechtsgeschichtliche Bibelkunde. Böhlau-Verlag, Wien/Köln/Weimar 2003, S. 67 f.
- 18 Jon Sobrino: Bischof Romero: Mensch, Christ und Erzbischof im besten Sinne. Concilium 2019, S. 355–361
- 19 Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium“ des Heiligen Vaters Papst Franziskus. 24. November 2013. Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 194. Libreria Editrice Vaticana / hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn 2013, 53; Papst Franziskus: Für eine Wirtschaft, die nicht tötet. Wir brauchen und wir wollen Veränderung. Mit einer Einführung von Thomas Seiterich. Camino-Buch, Stuttgart 2015
- 20 „L'Osservatore Romano“. Wochenausgabe in deutscher Sprache. 14. Februar 2020: Justiz im Dienst am Menschen. Ansprache von Papst Franziskus am 15. November (2019); vgl. dazu Erich Buchholz: Imperialistisches Strafrecht? „Topos“, Heft 16 (Imperialismus). Napoli 2000, S. 109–120
- 21 Dazu die einprägsamen Studien von Hermann Klenner, zuletzt: Kritik am Recht. Dietz-Verlag, Berlin 2016
- 22 Daniel Berrigan: Wir streuen dem Marx keinen Weihrauch. Union-Verlag, Berlin 1973, S. 47; vgl. Gerhard Oberkofler: Friedensbewegung und Befreiungstheologie. Marxistische Fragmente zum Gedenken an den Friedenskämpfer Daniel Berrigan SJ (1921–2016); Nikolaus Klein SJ: Ziviler Ungehorsam. Zum Tod von Daniel Berrigan SJ. „Stimmen der Zeit“, Heft 8, August 2016, S. 561–563
- 23 „L'Osservatore Romano“. Wochenausgabe in deutscher Sprache. 13. Dezember 2019, S. 11 f.
- 24 Abrufbar auf der Seite vatican.va. Auszüge und Erläuterungen „L'Osservatore Romano“. Wochenausgabe in deutscher Sprache. 21. Februar 2020
- 25 Max Frisch: Jetzt ist Sehenszeit. Briefe, Notate, Dokumente 1943–1963. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Julian Schütt. Im Auftrag der Max-Frisch-Stiftung. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M. 1998, S. 140–149, hier S. 149
- 26 Vgl. Christoph Strosetzki (Hg.): Der Griff nach der Neuen Welt. Der Untergang der indianischen Kulturen im Spiegel zeitgenössischer Texte. Fischer-Taschenbuch-Verlag, Frankfurt a. M. 1991
- 27 Vgl. Enrique Dussel: Die moderne Christenheit vor dem „anderen“. Vom „rüden Indio“ bis zum „guten Wilden“. „Concilium“ 15 (1979), S. 649–656
- 28 Mao Tse-tung: Ausgewählte Werke. Band III. Verlag für fremdsprachige Literatur. Peking 1969, S. 75–110
- 29 Pablo Neruda: Gedichte. Spanisch und deutsch. Übertragen und mit einem Nachwort von Erich Arendt. Bibliothek Suhrkamp. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M. 22. Aufl. 2015, hier S. 93–95
- 30 Nazim Hikmet: Die Namen der Sehnsucht. Gedichte. Türkisch und Deutsch. Ausgewählt, nachgedichtet und mit einem Nachwort von Gisela Kraft. Ammann-Verlag, Zürich 2008, S. 273 f.
- 31 Pablo Neruda: Ich bekenne, ich habe gelebt. Memoiren. Deutsch und mit einem Nachwort von Curt Meyer-Clason, Luchterhand-Verlag, Darmstadt 1974
- 32 Michael Hesemann: Das Fatima-Geheimnis. Marienerscheinungen, der Papst und die Zukunft der Menschheit. Mit einem Vorwort von Joachim Kardinal Meisner. Weltbild-Verlag, Augsburg 2002
- 33 Eva Vybíralová: Kardinal Joachim Meisner und die Geheimweihen für die Kirche in der Tschechoslowakei. ThG 61 (2/2018), S. 117–129; Noam Chomsky: Der neue militärische Humanismus. Lektionen aus dem Kosovo. Ein Sachbuch aus der edition 8. Zürich 2000, S. 130
- 34 Gerhard Oberkofler: Konrad Farner. Vom Denken und Handeln des Schweizer Marxisten. StudienVerlag, Innsbruck/Wien/Bozen 2015
- 35 MEW 1 (1972), S. 378 (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)
- 36 www.katholisch.at/standpunkt/tueck/queridamazonia
- 37 Gastkommentar Gregor Maria Hoff. „Die Furche“ vom 22. Februar 2020
- 38 „Christ in der Gegenwart“, Nr. 7/2020, S. 75 f. (Amazonas ohne Fortschritt)
- 39 NZZ vom 9. November 2016 (Artikel: Barmherzig seien die anderen); „Kurier“ vom 25. Dezember 2019
- 40 Andrew Greeley: Der Verrat des Intellektuellen. „Concilium“, 11 (1975) H. 1, S. 30–36, hier S. 32
- 41 Franziskus hat einen anderen Reform-Begriff. „Der Sonntag“, 23. Februar 2020
- 42 „Herder-Korrespondenz“, 2/2020, S. 45
- 43 Marco Politi: Das Franziskus-Komplott. Der einsame Papst und sein Kampf um die Kirche. Aus dem Italienischen von Gabriele Stein. Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 2019
- 44 Papst Franziskus. Mit Frieden gewinnt man alles. Im Gespräch mit Dominique Wolton über Politik und Gesellschaft. Herder-Verlag, Freiburg i. Br. 2019, S. 164
- 45 Mit einer Einführung von Thomas Seiterich. camino. Publik-Forum. Verlag Katholisches Bibelwerk, Stuttgart 2015



Unter dem Motto „Alles muß sich ändern – Gegen Krieg und Umweltzerstörung“ sind am 15. Februar etwa 6000 Menschen gegen die „Sicherheitskonferenz“ in München auf die Straße gegangen. Sevim Dagdelen auf der Abschlußkundgebung am Marienplatz

Sozialabbau in der Weltwirtschaftskrise

Der 24. Oktober 1929 veränderte alles. Mit dem „Schwarzen Freitag“ an der New Yorker Börse, bei dem es sich in Wahrheit um einen Donnerstag handelte, nahm die bis dahin bedeutendste Weltwirtschaftskrise ihren Anfang. Es dauerte freilich einige Zeit, bis die Schockwellen aus den USA Europa erreichten, aber von nun an standen auch in Deutschland alle in der Weimarer Republik erkämpften sozialpolitischen Errungenschaften zur Disposition. Worum es seitdem ging, war nicht ihr weiterer Ausbau oder auch nur die Beibehaltung des erreichten Niveaus sozialer Sicherungssysteme, sondern ihr immer mehr an Geschwindigkeit und Radikalität gewinnender Abbau. Bereits im August 1929 hatte der mächtige Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) eine Denkschrift in Auftrag gegeben, die unter dem Titel „Aufstieg oder Niedergang?“ am 2. Dezember 1929 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der vom RDI bereits vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise propagierte Sozialabbau gewann jetzt dank der sich rasant in Richtung einer Depression entwickelnden Konjunktur bessere Realisierungschancen als jemals zuvor. Die Parole des RDI, an dessen Spitze der Aufsichtsratsvorsitzende des weltweit größten Chemiekonzerns, IG Farbenindustrie AG, Carl Duisberg, stand, lautete: Erleichterung der Kapitalbildung für Unternehmen, u. a. mit Hilfe von Steuererleichterungen für das Kapital, längerer Arbeitszeiten und niedrigerer Löhne sowie eines massiven Abbaus sozialer Leistungen für die Arbeitenden. Hinzu kamen Forderungen nach einer „Verwaltungsreform“, einem „sparsamen Staat“ und einem „Bürokratieabbau“, bei denen es sich bei näherem Hinsehen um die drastische Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen sowie um die Beschneidung parlamentarischer Rechte und kommunaler Kompetenzen handelte. In der Beilage der Ortsverwaltung Berlin für die „Metallarbeiter-Zeitung“, dem Verbandsorgan des „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ (DMV), hieß es hierzu am 12. April 1930: Das Programm des RDI sei „das nackte und brutale Programm des Profits, des Angriffs auf das Proletariat zum Zwecke der Steigerung des Profits“. Ob die dort formulierten Vorschläge im Rahmen einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie verwirklicht werden konnten, war mehr als zweifelhaft. Die Perspektiven schienen vielmehr auf die Errichtung eines autoritären Regimes ausgerichtet zu sein, in dem Gewerkschaften bestenfalls ein Schattendasein führen konnten. Um eine derartige Programmatik zu rechtfertigen, wurde mit teilweise menschenverachtenden Aussagen nicht erst seit dem Oktober 1929 Stimmung gegen Arbeitslose und Empfänger gesetzlicher Sozialleistungen in der Presse, in öffentlichen Verlautbarungen und in den Verbandsorganen der „Arbeitgeber“ gemacht. Drei Beispiele seien hier genannt. Bereits am 5. Mai 1929 verbreitete der Generaldirektor der Wintershall AG und Aufsichtsratsvorsitzende des Deutschen Kalisyndikats, August Rosterg, in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ seine denunziatorische

Auffassung, daß es sich bei der Hälfte aller Kranken um „Simulanten“ handele!

Und in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ konnte man am 6. Juli 1930 unter der Überschrift „Was ist sozial?“ folgende Zynismen aus der Feder eines Prof. Dr. E. Günther lesen: „Die Hilfe für den Schwachen ist an sich überhaupt nicht sozial, sie wird es erst, wenn und insoweit die Stützung und Stärkung des Schwachen im Gesamtinteresse liegt und erfolgt ... Der Fortschritt der Gesellschaft wird nicht nur dadurch gefördert, daß den Nachzüglern geholfen wird, sondern vielleicht manchmal noch mehr dadurch, daß Führer herangezogen werden. Unter Umständen kann es sogar im Interesse des Ganzen liegen, daß die Nachzügler absichtlich geopfert werden, um die schrittmachenden Führer halten zu können.“

Das dritte Beispiel stellt die eben zitierten Aussagen noch weit in den Schatten. Der in Erlangen lehrende Philosoph Professor Ernst Horneffer publizierte 1930 in zweiter Auflage seine in der konservativen Presse und in den Organen der industriellen Interessenverbände enthusiastisch rezensierte Schrift „Frevel am Volk. Gedanken zur deutschen Sozialpolitik“. Wir zitieren hieraus die folgende Passage: „Nämlich die Armut und deren Folge, der Hunger, diese unheimlichen Gespenster, sind die unentbehrlichen Triebkräfte des Menschenlebens. Wenn die Menschen nicht mehr von der Angst vor Armut und Hunger getrieben werden, wenn diese Peitsche der Not und des Zwanges nicht mehr hinter ihrem Rücken droht, dann tun sie nichts mehr, dann erschaffen sie, dann erlahmt und erlischt ihre Arbeitskraft.“

Daß derartige vor Inhumanität strotzende Auffassungen problemlos anschlussfähig für faschistisches Gedankengut waren, bedarf keiner Erläuterung. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise wuchs die Anzahl solcher Wortmeldungen. Wie wurden diese Vorschläge von der Politik umgesetzt?

Am 30. März 1930 wurde als Nachfolger des Sozialdemokraten Hermann Müller der Abgeordnete des katholischen Zentrums Heinrich Brüning vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Brüning, der bis zum 30. Mai 1932 amtierte, konnte sich zu keiner Zeit auf eine parlamentarische Mehrheit stützen. Deshalb regierte er, anstatt mit Gesetzen, in wachsendem Maße mit Hilfe von Notverordnungen des Reichspräsidenten, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ schrieb hellichtig am 30. August 1930: „Der Augenblick erscheint dem Kapital günstig, um alle Positionen, die die Arbeiter sich im Laufe der Nachkriegszeit erobert haben, ihnen mit Ungestüm zu entreißen.“ Und es kristallisierte sich sehr schnell heraus, daß der Zentrumspolitiker dabei gewissermaßen als Prokurist der maßgeblichen Kräfte des deutschen Kapitals handelte. Das Kabinett Brüning, so schrieb das Organ der ADGB-Gewerkschaften Berlins, „Aufwärts“, ganz in diesem Sinne, sei ein ausgesprochenes Unternehmerkabinett: „Hinter den Ministern dieses Kabinetts stehen die

großen Verbände der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft.“ Besonders interessant ist das in Brünings Memoiren offenbarte politische Ziel, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie abzuschaffen und wieder eine Monarchie mit autoritärem Charakter einzuführen.

Mit einer Kaskade von Notverordnungen „zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ wurden während der Amtszeit Brünings die seit 1919 erzielten sozialpolitischen Erfolge Stück um Stück rückgängig gemacht. Worum ging es dabei? Verfügt wurden tiefe Einschnitte in die Tarifhoheit, so daß staatlich verordnete Lohnkürzungen ermöglicht wurden. Beamte, die eigentlich unkündbar waren, konnten entlassen werden, ihre Gehälter und Pensionen wurden gekürzt. Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung wurden für immer kürzere Zeiträume gezahlt, so daß schließlich viele Erwerbslose auf die kargen Leistungen der „Wohlfahrtsfürsorge“ der Städte und Gemeinden angewiesen waren.

Und weiter: Neue Steuern wurden erhoben, wie zum Beispiel die „Ledigensteuer“, die kommunale „Bürgersteuer“ und die „Krisensteuer“, während bestehende Massenverbrauchssteuern, wie z. B. die Tabaksteuer, erhöht wurden. Zugleich wurden die Wartezeiten für Leistungen aus der Renten- und Invalidenversicherung dramatisch erhöht. So mußten z. B. in der Invalidenversicherung mindestens 750 Pflichtbeiträge als Voraussetzung für die Rentenzahlung geleistet worden sein.

Als Resultat der Brüning'schen Politik stieg die Zahl der Arbeitslosen vom Oktober 1929 bis zum Januar 1933 von 1,6 Millionen auf knapp über sechs Millionen. Arbeitslosengeld erhielten immer weniger von ihnen. Anfang 1933 waren es weniger als eine Million. Fast die Hälfte aller Erwerbslosen erhielt am Ende der Weimarer Republik die „Wohlfahrtsunterstützung“, deren Höhe sich in Berlin an den Löhnen von Hilfsarbeitern orientierte. Die Folge war, daß allmählich Hunger, Verelendung, Zwangsräumungen von Mietwohnungen, Konkurse, Pfändungen und eine allgemeine Perspektivlosigkeit Bestandteile des alltäglichen Lebens wurden. Und die Gewerkschaften?

In der Zeit der Weltwirtschaftskrise verloren die Gewerkschaften Mitglieder in einem bislang nicht gekannten Umfang. Hatten die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) organisierten Gewerkschaften 1929 knapp 5,3 Millionen Mitglieder, so waren es 1932 noch 3,9 Millionen. In den noch produzierenden Firmen konnte die „Herr-im-Hause-Politik“ der Unternehmer wieder uneingeschränkt zur Geltung gebracht werden. Ganz in diesem Sinne hatte der Vorsitzende des Verbandes Sächsischer Industrieller, Wilhelm Wittke, am 23. März 1930 in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ die Betriebsräte als „Unruhestifter“ bezeichnet, die „auf Grund parteipolitischer und marxistisch-wirtschaftsfeindlicher Einstellung nicht allein den Inhaber, sondern auch der Belegschaft und deren Familienangehörigen

größte Schäden verursachen“. Daß man sie wegen gesetzlicher Bestimmungen nicht entlassen dürfe, „grenzt an bolschewistische Rechtszustände“.

Daß die ADGB-Gewerkschaften während der Weltwirtschaftskrise zu wenig Gegenwehr organisierten, daß sie, bis auf wenige Ausnahmen keinerlei Streiks initiierten bzw. entschlossen zu Ende führten, bleibt ein entscheidender Kritikpunkt an ihrer Politik in den Jahren der Weltwirtschaftskrise. Diejenigen im ADGB und in der SPD, die für die Organisation von Arbeitskämpfen, Massendemonstrationen und anderen außerparlamentarischen Aktionen eintraten, blieben in der Minderheit. Die Ursache war die Orientierung im Reichstag, die Notverordnungen und damit die Regierung Brüning zu „tolerieren“. Durch Verhandlungen mit der Regierung wollte man erreichen, daß die Notverordnungen bzw. die entsprechenden Ausführungsbestimmungen abgemildert würden. Das Kabinett des Zentrums politiklers wurde – in völliger Verkennung seines wahren Charakters – als „eine Barrikade gegen den Faschismus“ interpretiert, so die Aussage in

einem Leitartikel der sozialdemokratischen Parteizeitung „Vorwärts“ vom 4. März 1931. Die gegen diese Politik opponierenden Genossen fanden kein ausreichendes Gehör. So hieß es z. B. in einem Artikel von Toni Sender, Abgeordnete des Reichstages, in der Betriebsräte-Zeitschrift des DMV vom 12. Dezember 1930: „Nur wenn der Kampf im Parlament unterstützt wird durch die entschiedene und geschlossene Abwehr der gesamten Arbeiterschaft draußen, wird es gelingen, das Attentat der sozialen Reaktion abzuschlagen.“ Und der sächsische Delegierte Max Seydewitz rief am 2. Juni 1931 auf dem Leipziger Parteitag der SPD seinen Genossen zu: „Viele unserer Freunde von der Parteimehrheit sagen, wir können heute nicht kämpfen, weil die Arbeiterbewegung nicht kampffähig sei. Ich stelle ... eine Gegenfrage: Warum ist die Arbeiterklasse nicht kampffähig? Ich freue mich, daß ihr mir zuruft: Sie ist kampffähig. Wenn das der Fall ist, ... dann macht Schluß mit der Tolerierungspolitik!“

Ein sehr schwerwiegendes Hindernis für den Kampf gegen Brüning und die drohende Gefahr einer Machtübernahme der

Hitlerfaschisten bildete der erbitterte Kampf, den die beiden Arbeiterparteien SPD und KPD gegeneinander führten. Aus den eskalierenden Konflikten zwischen den beiden Arbeiterparteien sowie den ADGB-Gewerkschaften und der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) resultierten denkbar negative Voraussetzungen, um außerparlamentarisch wie parlamentarisch erfolgreich gegen die Notverordnungs-Diktatur des Heinrich Brüning und seiner kurzzeitigen Nachfolger Franz von Papen und Kurt von Schleicher ankämpfen zu können. Am Ende profitierten die Nazis von der anhaltenden wirtschaftlichen Depression und der beispiellosen sozialen und politischen Krise, die am 30. Januar 1933 das Schicksal der Weimarer Republik besiegelten.

Reiner Zilkenat †

Auf Empfehlung unseres am 26. Februar verstorbenen Freundes und Autors aus dem Buch „Gegenmacht statt Ohnmacht. 100 Jahre Betriebsverfassungsgesetz“, herausgegeben von Isaf Gün, Benedikt Hopmann und Reinhold Niemerg. VSA-Verlag, Hamburg 2020, 160 S., 14,80 €

Die Männer von Vernet (Folge 3 und Schluß)

Rudolf Leonhards Tätigkeiten in Le Vernet beschränkten sich aber nicht darauf, Gedichte zu verfassen. Zusammen mit den Schriftstellern und Publizisten Theodor Balk, Bruno Frei, Arthur Koestler, Gustav Regler, Laszlo Radványi (der Mann von Anna Seghers), Max Schroeder und Friedrich Wolf war er in dem Lager einer der führenden Aktivisten, die den geistigen Widerstand gegen die Lagerverhältnisse – er drückte sich in einer vielfältigen Kulturarbeit aus – organisierten und durch eigene Beiträge mit Leben erfüllten. Die folgende kleine Übersicht, die den Berichten Bruno Freis folgt, soll das belegen. Auf Diskussionsabenden werden nahezu alle Gebiete des Wissens berücksichtigt. In seinen wie in den Werken der anderen internierten Schriftsteller wird Le Vernet in Gedichten, Erzählungen, Autobiographien und kritischer Tagesliteratur lebendig.

Leonhard schreibt für den französischen Unteroffizier, den sie alle „Napoleon“ nennen, eine Rede und trägt auf einer Weihnachtsfeier sein Gedicht „Weihnacht in Vernet“ vor. In den Wintertagen betreiben die aktiven Antifaschisten eine „Akademie von Vernet“ in der neben „politisch-ideologischen Schulungen“ und „Selbststudien“ „Sprach-, Stenographie-, Mathematik- und Zeichenkurse“ durchgeführt werden. Auch die Gedichte von und mit Leonhard werden gelesen, interpretiert und diskutiert. Damit sollten die Teilnehmer zum Selbstschreiben ermuntert werden. Eines der Gedichte ist:

GRAMMATIK

Mehrere Grad unter Null.
Der Boden ist hart gefroren

unter niedrigem Wolkenmull,
allen brennen die Ohren.

Daß vielen der Mantel fehlt,
hält die Brust in des Nordwinds Zange.
Das Tränenwasser vermehrt
den dünnen Staub auf der Wange.

Mit großen erstarrten Händen
ohne Handschuh und Tücher
streichen sie, falten sie, wenden
die Seiten der Lehrbücher.

Grammatik in Frost und Schnee –
das ist die beste Schaar,
das ist der Durchschnitt sogar
im Lager du Vernet.

Als die Internierten am 19. Mai 1940, in den ersten Tagen der deutschen Offensive gegen Holland, Belgien und Frankreich, eine Goethe-Veranstaltung im Quartier B durchführten, war es Rudolf Leonhard, der eine kenntnisreiche und einfühlsame Eröffnungsrede hielt und sie mit dem Goethe-Zitat „Das ist der Weisheit letzter Schluß: nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.“ beendete.

Auf den Ende August/Anfang September für das ganze Quartier offiziell organisierten, eindrucksvollen Dichterlesungen kann Friedrich Wolf aus seinem im Lager „bei Kerzenlicht“ geschriebenen Schauspiel „Beaumarchais“ lesen und Rudolf Leonhard seine Gedichte vortragen.

Das große Ansehen, das Leonhard in Le Vernet genoß, wird auch dadurch deutlich, daß der Mithäftling und Maler Josef Soos den Schriftsteller mit einem Porträt ehrte (*Öl auf Pappe, siehe Abb. im RF 267, S. 13*).

Aber auch der französische Geheimdienst „ehrt“ ihn mit einem Dossier von 200 Schreibmaschinenseiten, das die gesamte Dauer seiner Internierung lückenlos und detailliert dokumentiert und die Frage nach dem/den Informanten (Spitzeln) aufwirft. Sie müssen in unmittelbarer Nähe zu Leonhard gewesen sein. Der kannte das Dokument, hat sich aber nie dazu geäußert, wer der/die Spitzel gewesen sein könnten. Es fällt 1944 den Résistance-Kämpfern beim Sturm auf das Polizeipräsidium von Foix in die Hände und erreicht danach auch Rudolf Leonhard. Darin ist die Warnung enthalten: „Indessen gibt seine Haltung im Lager viel zu denken ... Er kann nicht ohne Gefahr entlassen werden.“

Als Beweis für seine „Haltung“ wird dem Dossier das Gedicht „Wir“ hinzugefügt, das auch den Abschluß dieser Erinnerung an Rudolf Leonhard bilden soll:

WIR

Wir frieren und verdrecken im dünnen Stroh.
Das hat uns nichts an. Wir bleiben froh.
Wir wissen, warum.

Am Stacheldraht blitzen die Bajonette;
unsre Augen glitzern damit um die Wette.
Wir wissen, warum.

Wir können nur dreißig Schritte machen,
das hindert uns nicht, aus der Kehle zu lachen.
Wir wissen, warum.

Einer denkt an die Mutter, einer denkt an den Sohn,
und alle, alle kennen den Lohn:
Wir wissen, warum.

Wir heben die Stirn in den nassen Wind.
Wir wissen, warum wir gefangen sind,
wir wissen, warum.

Uns schiert nicht Verleumdung, uns trifft nicht Hohn.
Wir werden nicht krumm, uns macht man nicht dumm,
wir wissen, warum - -

Ist der Tag auch lang, und die Nacht ist bitter:
Wenn die Posten dann abziehn und aufgehn die
Gitter - -

Wir wissen, warum! - -

Dann geht's auf die Straße, wir heben die Schuh,
und Du bist ich und ich bin Du - -

Wir wissen, warum,
und wissen, wozu!

(Aus Rudolf Leonhard: Ausgewählte Werke in Einzelausgaben. Band I. Herausgegeben von der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin. LE VERNET. Gedichte. Mit einem Vorwort von Maximilian Scheer. Berlin 1961. Verlag der Nation. Auswahl und Zusammenstellung: Maximilian Scheer. Künstlerische Ausstattung: John Heartfield)

Kurzer historischer Abriss zur Geschichte des Lagers CAMP DE VERNET

Bereits am 12. November 1938 hatten die französischen Behörden eine Rechtsverordnung erlassen, nach der für Flüchtlinge ohne Aufenthaltsgenehmigung für Frankreich (die als politische Flüchtlinge nicht in ihr Ursprungsland zurückkehren oder aus einem anderen Grund Frankreich nicht verlassen konnten) „strengere Überwachungsbestimmungen“ galten. Besonders traf das aber solche unter den Flüchtlingen, die „als gefährlich für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“ angesehen wurden. Ihnen konnte jetzt ein bestimmter Zwangsaufenthaltort zugewiesen werden. Eine Verurteilung zu Gefängnis bis zu drei Jahren oder die Einweisung in eines der einzurichtenden Sammellager war möglich. Damit gab es nun eine gesetzliche Grundlage, nach der man schon im Februar 1939 die Spanienflüchtlinge internierte und nach der man in der Folgezeit auch mit den anderen Emigranten verfuhr. Auf die vorgenannte Verordnung Bezug nehmend, wurde dann bereits am 21. Januar 1939 per Dekret die Einrichtung des ersten Sondersammellagers (Centre spécial de Rassemblement) von Rieucros bei Mende im Departement Lozère veranlaßt. In der Folgezeit entwickelte es sich zum Pendant des Lagers Le Vernet für ausländische Frauen. In der Zeit von April bis Juli 1939 legte man in weiteren Verordnungen die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln aus dem Staatshaushalt zur Kontrolle der Ausländer sowie strengste Kontrollbestimmungen und Strafen gegenüber ausländischen Presse- und Propagandaorganen und Vereinigungen fest. Seit April 1939 isolierte man auf dieser Grundlage die Interbrigadisten in einem eilig erbauten „Aufnahmelager“ („Centre d'Accueil“) bei Gurs in der Nähe von Pau im Departement Pyrénées-Atlantiques. Bereits zu Beginn des Jahres 1939 setzte in dem Materiallager der Armee bei dem kleinen Ort Le Vernet im Departement Ariège eine geheimnisvolle Aufräumungs- und

Bautätigkeit ein. Das Lager war einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg als Ausbildungslager für Senegalesen von der Armee errichtet, seine Benutzung jedoch aufgrund des rauen und Erkrankungen begünstigenden Klimas bald wieder aufgegeben worden. Während des Ersten Weltkrieges nutzte man es als Kriegsgefangenenlager. Danach dienten die Baracken der Armee als Materiallager. Ende 1938/Anfang 1939 wurde das Lager nun von Material geräumt, erweitert und notdürftig wiederhergerichtet. Auch in anderen derartigen Lagern im äußersten Süden Frankreichs begannen ähnliche Arbeiten. Das alles waren Vorbereitungen, um Flüchtlinge aus Spanien aufzunehmen.

Am 17. September 1939 wurde dann die Internierung im Lager Le Vernet durch ein Rundschreiben des Innenministeriums amtlich geregelt. Am 12. Oktober trafen die ersten Verhafteten, aus Paris kommend, im Lager ein. In dem Rundschreiben hieß es, daß „die vom nationalen Gesichtspunkt verdächtigen Ausländer oder für die öffentliche Ordnung gefährlichen im Lager Vernet (Ariège) gesammelt“ und die „verdächtigsten“ und „gefährlichsten“ ausländischen Frauen im Gefängnis „La Petite Roquette“ bzw. im Lager Rieucros interniert werden sollten. In ministeriellen Rundschreiben vom Oktober und November 1939 sowie März 1940 wurden diese drei Lager bereits durchgängig durch die ausdrückliche Bezeichnung als „camps de concentration“ besonders charakterisiert. Le Vernet war das Lager mit den härtesten Lebens- und Kampfbedingungen unter den insgesamt fast hundert Lagern, die in Frankreich im ersten Kriegsjahr geschaffen wurden. Die Internierung dort bedeutete Gefangenschaft. Die Internierten in Le Vernet unterlagen dem Kriegsrecht. Wer der Militärverwaltung des Lagers den Gehorsam verweigerte, dem drohte ein Kriegsgericht. Jegliche politische Betätigung war verboten. Auch Besuche waren verboten. Im November 1939 sind im Lager Vernet 1223 und am 1. August 1940 3831 Häftlinge interniert, unter ihnen 73 im April aus dem Lager Gurs überführte Spanienkämpfer (16 Deutsche).

Am 10. Mai 1940 wendet sich die faschistische Kriegsmaschinerie gegen Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande. Am 14. Juni 1940 marschieren die Naziwehrmacht in Paris ein.

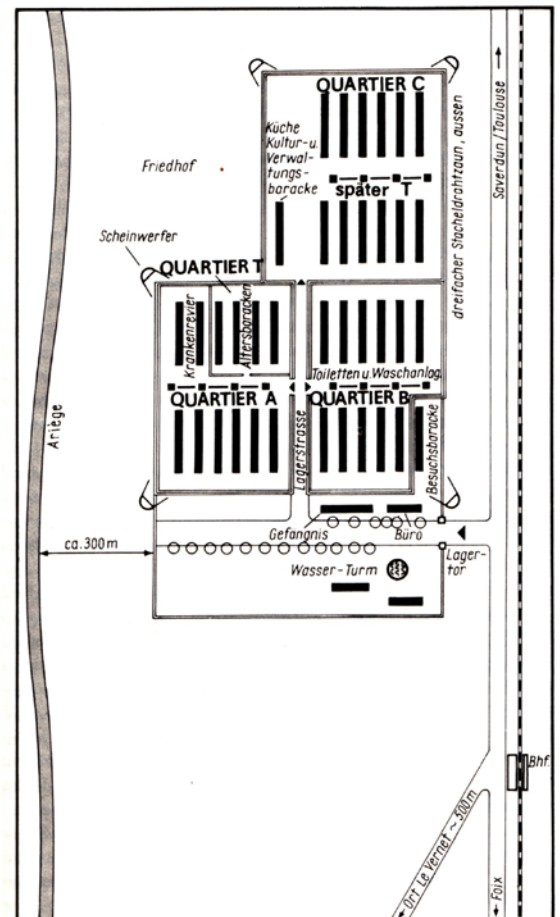
Die Situation der Internierten in den französischen Lagern verändert sich damit dramatisch. Die deutschen Antifaschisten schwebten von nun an ständig in der Gefahr, an die deutschen Faschisten ausgeliefert zu werden, und somit in Todesgefahr. Am 10. August befahl die Lagerleitung den Internierten bei einem Appell, daß sie allen Anordnungen der deutschen Kommission, die in wenigen Tagen ins Lager kommen werde, ohne Ausnahme Folge leisten müßten. In der ersten Oktoberhälfte 1941 traf eine deutsche Kommission in Le Vernet ein.

Am 18. November 1941 werden etwa 25 führende Kommunisten, unter ihnen Dahlem, Longo, Rädell, Rau und auch Leonhard, der kein Kommunist ist, aber dafür gehalten wird, in das Gefängnis der Kleinstadt Castres „verlegt“. Es ist das „Vorspiel“ zur Auslieferung. Über das Jahr 1942 in Le Vernet liegen wenig schriftliche und mündliche Zeugnisse vor. Aber es beginnen die Deportationen der jüdischen Internierten unter der Losung „Frankreich judenfrei!“ Flucht aus dem Lager und dem Gefängnis wird ein Thema.

Am 27. Mai 1944 übernimmt die deutsche Wehrmacht offiziell die Gewalt über alle Lager im besetzten Teil Frankreichs. Bis dahin kommen in Le Vernet über 200 Gefangene ums Leben. Noch im selben Monat werden vierhundert internierte Juden, die meisten von ihnen Textilarbeiter, nach Auschwitz deportiert. Als das Lager am 30. Juni 1944 aufgegeben wird, geht ein Transport von 400 Häftlingen nach Dachau, und 403 Internierte des Lagers werden auf LKWs verladen und nach Toulouse gebracht. Es sind die letzten Internierten des Lagers. Le Vernet ist unter den französischen Lagern zum Symbol der Vernichtung und des Widerstandes geworden

Am 23. August 1944 kapitulierten die im Departement Ariège konzentrierten deutschen Truppen bei La Bastide vor den französischen und den mit ihnen gemeinsam kämpfenden Widerstandskämpfern anderer Nationalitäten. In die Baracken des Lagers Le Vernet sperrte man als Kriegsgefangene die mehr als tausend deutschen Soldaten, die im Ariège die Waffen gestreckt hatten.

Dr. Dirk Krüger
Wuppertal



Theodor Weißenborn – ein Ketzer-Porträt

Tag der Psychiatrie 1988 in Gütersloh. Anlässlich dieses Aktionstages hatte unsere Klinik Theodor Weißenborn zu Autorenlesung und Diskussion eingeladen. Das Publikum lauschte konzentriert, und diskutierte die Texte im Anschluß lebhaft. Die Stimmung war gut, das Diskussionsklima ausgezeichnet, der Funke war übergesprungen, der Autor fühlte sich wohlverstanden. Das (besondere) Gütersloher Publikum aus Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen, Gütersloher Bürgern, Gästen von weit her und Profis hatte (um mit Goethe zu reden) die Courage, sich ergreifen zu lassen. Noch lange nach dem Aktionstag bot die Lesung anregenden Gesprächsstoff in der Klinik und über sie hinaus.

Damals wurde ich erstmals mit Weißenborns psychiatriebezogenem Werk bekannt. Profunde Fachkenntnis und beeindruckendes Einfühlungsvermögen waren darin gepaart mit einer außergewöhnlichen Ausdrucksmagie. Mit anderen Worten: Seine Dichtkunst in

Prosa und Lyrik machten die derart gestaltete „Fachliteratur“ zu einem aufwühlenden ästhetischen Erlebnis.

Dabei war Weißenborn nie ein Dichter im Elfenbeinturm. Immer wieder hat er sich in die Politik eingemischt, sich Theokratien und Kleirikern entgegengestellt und den Sprachlosen, weit über die Gruppe der seelisch Gekränkten hinaus, eine Stimme gegeben.

Seine Lyrik und Prosa haben sich ebenso eindrucksvoll in philosophischen wie (jenseits der therapeutischen Psychologie) psychologischen Themenfeldern entfaltet und umfassen dementsprechende Essays, Hörspiele und Romane. Weißenborn darf mit vollem Recht als Dichter bezeichnet werden, der – im Sinne Fontanes – „weite Felder“ unter seinen poetischen Pflug nahm. Das hier vorliegende Buch bietet einen Längsschnitt seiner essayistischen Arbeiten, aus einem Zeitraum von 50 Jahren. Die sechsbändige Werkausgabe, die von 2002 bis 2003 im Carl-Bösch-Verlag erschien, zeigt

die gesamte künstlerische Spannweite dieses außergewöhnlichen zeitgenössischen Autors. Ingmar Bergman gab anlässlich einer gemeinsamen Nominierung für den Prix Italia 1990 zu Protokoll: „Weißenborn hat mich das Fürchten gelehrt!“ Derlei kann einem schon geschehen durch die beklemmende Eindringlichkeit mancher Texte, in diesem Fall des Hörspiels „Der Sündenhund“. Aber wir verdanken demselben Autor auch Momente der Freude, der Anregung und des Mutmachens zu tätigem Engagement. Es ist das große Verdienst des dgvt-Verlages in Tübingen und dem persönlichen Engagement seines Leiters Otmar Koschar zu verdanken, daß die „Querschüsse“ dem Lesepublikum nun als Druckwerk zur Verfügung stehen.

Dr. Martin Wollschläger
Münster

(Geleitwort zum 2019 erschienenen Buch „Querschüsse. Gedanken und Memoiren eines Ketzers“ von Theodor Weißenborn)

Der tote Mensch

Da kommt ein arm, aber ordentlich gekleideter Mann zum Richter und sagt:

„Darf ich Euer Ehren eine Frage stellen?“

„Wenn es eine ist, die ich beantworten kann.“

„Es ist nur diese: Lebe ich überhaupt?“

„Sind Sie bei Trost?“

„Ich bin völlig normal, und es ist für mich eine lebenswichtige Frage. Ich bin arbeitslos.“

„Was hat das damit zu tun?“

„Ich bin seit zwei Monaten ohne meine Schuld arbeitslos, und Euer Ehren wird sicher gehört haben, daß da Hunderttausende von uns sind. Ich gehöre keiner Gewerkschaft an, denn für Kettenmacher gibt es keine. Ich habe nichts auf

der Kante, und die Armenfürsorge bevorzugt wie die Kirche die Kinderreichen. Ich habe Hunger. Kann ich irgend jemanden zwingen, mir Arbeit zu geben?“

„Es tut mir leid, nein.“

„Können Sie mir dann erlauben, in den Straßen zu betteln oder was ich an habe zu verkaufen?“

„Aber nein, Sie wissen doch, daß ich das nicht kann.“

„Euer Ehren, darf ich dann stehlen?“

„Vergeuden Sie nicht die Zeit des Gerichts, ich habe nicht die Macht, Ihnen dergleichen zu erlauben.“

„Was soll ich dann tun, Herr? Ich habe Hunger und möchte mich an das Gesetz halten. Können

Sie mir sagen, wie ich leben soll ohne zu essen?“
„Ich wünschte, ich könnte das.“

„Well, dann frage ich Sie, Herr: Bin ich in den Augen des Rechts überhaupt am Leben?“

„Das ist eine Frage, Mann, die ich nicht zu beantworten vermag. Auf den ersten Blick scheinen Sie nur dann am Leben zu sein, wenn Sie das Recht verletzen; aber ich vertraue darauf, daß Sie das nicht tun werden. Es tut mir sehr leid für Sie. Sie können einen Schilling aus der Kasse haben. – Der Nächste bitte.“

John Galsworthy
Schriftsteller (1867–1933)

Helmut Preißler: An die Unpolitischen

Die meisten Menschen sind im Wesen gut.
Sie haben Mitleid mit der Not der Armen,
sie sind bereit, sich ihrer zu erbarmen
und tun dem Bettler etwas in den Hut.
Und trotzdem stirbt das Elend nicht durch sie.

An ihrer Güte mästen sich die Fresser,
und durch ihr Gutsein wird die Welt nicht besser;
die Armen leben weiter wie das Vieh.

An diesem Fakt, ich bitte euch, erkennt,
daß es nicht reicht, wenn man stets wohlgetan,
und daß nicht zählt, wenn man euch götig nennt;
gezählt wird nur die Tat, die jedermann
ein Leben schafft, in dem er gut sein kann.

Die meisten Menschen scheuen die Arbeit nicht.
Sie schufteten unentwegt wie Arbeitsbienen,
sie lernen die Maschinen zu bedienen,
erfüllen gut und gründlich ihre Pflicht.
Und trotzdem kommt die Menschheit schwer vom
Fleck.

Man nutzt den Fleiß, das Elend zu vermehren,
Erfindergeist, um Welten zu verheeren,
denn jedes Ding dient dem und jenem Zweck.

An diesem Fakt, ich bitte euch, erkennt,
daß es nicht reicht, wenn man vor Eifer schwitzt,
und daß nicht zählt, wenn man euch fleißig nennt;
gezählt wird nur die Tat, die Menschen nützt,
die Herrscher schwächt und Volkesherrschaft
stützt!

Die meisten Menschen meiden die Gewalt.
Sie leben friedlich, wünschen keinem Schlechtes,
erziehen Kinder, lehren sie was Rechtes
und werden so in Ehren grau und alt.
Und trotzdem droht der ganzen Menschheit Krieg!
Atomraketen liegen aufgeschichtet,
die Abschußbasen sind schon eingerichtet,
und Millionärminister fordern Krieg.

An diesem Fakt, ich bitte euch, erkennt,
daß es nicht reicht, wenn man stets Frieden hält,
und daß nicht zählt, wenn man euch friedlich
nennt;
gezählt wird nur die Tat, die für die Welt
den Frieden miterschafft und ihn erhält!

Die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“

Wenige Wochen nach Gründung der Freien Deutschen Jugend am 7. März 1946 nahm am 22. Mai die Jugendhochschule am Bogensee ihre Tätigkeit auf. Gegründet als Einrichtung für die Ausbildung von Funktionären der neuen Jugendorganisation erwarb sich die Jugendhochschule vom ersten Tag ihres Wirkens an große Aufmerksamkeit und Anerkennung, nicht nur unter der Jugend in Deutschland, sondern auch bei den Jugendverbänden in Europa und der im November 1945 in London gegründeten Weltorganisation der Jugend, dem Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ).

Die an der Jugendhochschule ausgebildeten Funktionäre der FDJ leisteten nach ihrem Schulbesuch in den Betrieben und Schulen eine große Aufklärungsarbeit unter der Jugend. Durch ihre Tätigkeit trugen sie dazu bei, daß die neue Organisation ihrer Verantwortung als Mitglied der Weltorganisation der Jugend (seit August 1948 war die FDJ ordentliches Mitglied des WBDJ) wahrnehmen konnte und so einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung eines neuen Vertrauensverhältnisses der Menschen Europas gegenüber dem deutschen Volk und seiner Jugend leistete.

Bereits Mitte der 50er Jahre häuften sich die Anfragen von Leitungen demokratischer Jugendverbände beim Zentralrat der FDJ auf eine Delegation von Funktionären ihrer Organisationen zu einem Studium an der Jugendhochschule am Bogensee. Nach gründlicher Prüfung aller Möglichkeiten und einer intensiven Vorbereitung durch den Zentralrat der FDJ und der Jugendhochschule, die seit dem September 1950 nunmehr den Namen des ersten Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, trug, öffneten sich im Januar 1958 die Tore am Bogensee für die friedliebende Jugend der Welt. Am 15. Januar 1958 begann der erste internationale Lehrgang an der Jugendhochschule. Teilnehmer des ersten Lehrgangs waren Funktionäre von Jugendorganisationen aus der Sowjetunion, aus Finnland, Norwegen, Schweden, Bulgarien und Ungarn.

Nur wenige Jahre nach Beginn der internationalen Ausbildung an der Jugendhochschule nahmen die Wünsche und Anfragen ausländischer Jugendorganisationen auf Studienplätze am Bogensee erneut zu. Absagen aufgrund einer nicht ausreichenden Kapazität an Studienplätzen zu diesem Zeitpunkt waren oft notwendig.

Besonders der Zusammenbruch des kapitalistischen Kolonialsystems und der damit verbundene Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika, Lateinamerika und Asien Anfang der 60er Jahre bedeuteten auch für die FDJ und ihre Bildungseinrichtung am Bogensee eine neue Herausforderung. Die in diesen Ländern entstandenen Jugendorganisationen zeigten großes Interesse,

Funktionäre ihrer Organisationen zu einem Studium an die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ zu delegieren.

Diese Entwicklung vollzog sich vor allem in den Jahren von 1960 bis 1965. Das Kollektiv und die Leitung der Jugendhochschule standen den damit verbundenen neuen und höheren Herausforderungen aufgeschlossen gegenüber.



Teilnehmer des internationalen Lehrgangs 1982/1983

Weitreichende Konsequenzen waren sowohl im Hinblick auf die bisherige Bildungs- und Erziehungsarbeit wie auch auf die Gestaltung und Entwicklung des gesamten schulischen und außerunterrichtlichen Lebens am Bogensee notwendig.

Mit dem schrittweisen Aufbau einer eigenständigen internationalen Arbeitsgruppe, der Bildung von Arbeitsgruppen in den Lehrstühlen zur Sicherstellung der Ausbildung in den internationalen Lehrgängen sowie der Bildung einer Arbeitsgruppe Sprachen wurden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, um den neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen. Diese ersten Maßnahmen wurden in den folgenden Jahren unter Berücksichtigung ständig wachsender Anforderungen weiter vervollkommen und ausgebaut.

Probleme für die Schule traten vor allem dann auf, wenn Jugendorganisationen Funktionäre aus Ländern delegierten, die in außergewöhnlichen Sprachen unterwegs waren. Dann standen in der Regel keinerlei Texte geschweige denn gesellschaftswissenschaftliche Schriften oder Bücher zur Verfügung. Die Dolmetscher der Schule mußten erst die erforderlichen Studientexte, auch die der Klassiker Marx, Engels und Lenin, in die selten gesprochenen Sprachen übersetzen, so daß auch diese Studenten mit der wissenschaftlichen Studienliteratur vertraut gemacht werden konnten. Was da geleistet wurde, war echte Pionierarbeit. Es ist zu vermuten, daß die entsprechenden Unterlagen bei der Abwicklung der Schule verlorengegangen sind.

Ab Mitte der 60er Jahre wurden die internationalen Lehrgänge durch einen stellvertretenden Direktor der Jugendhochschule geleitet. Ab dem Studienjahr 1966/67 erfolgte die

Ausbildung der ausländischen Studenten aller Länderbereiche zeitgleich wie die der FDJ-Studenten in Einjahreslehrgängen.

Für die Zeit ihres Studiums an der Schule bekamen alle ausländischen Studenten ein kostenloses Stipendium. Weiterhin erhielten sie eine Ausbildung in der deutschen Sprache. Die Verständigung im Unterricht erfolgte über

Dolmetscher in einem Dutzend von Sprachen. Neben den Grundsprachen Englisch, Französisch, Spanisch und Arabisch wurde in weiteren Sprachen wie Finnisch, Griechisch, Vietnamesisch, Mongolisch usw. unterrichtet. Mehrere Jugendorganisationen schickten Sprachmittler aus ihren Ländern zur Unterstützung der Arbeit an die Schule. Die Verständigung in Vorlesungen und anderen zentralen Veranstaltungen erfolgte über eine Simultan-Anlage. Ende der 70er Jahre verfügte die Schule über eine der modernsten Simultan-Anlagen in der DDR.

Bereits zum Beginn der 70er Jahre bestanden an der Jugendhochschule Ausbildungsstrukturen und Ausbildungsbedingungen, die eine solide Basis

für das Studium und den Aufenthalt der Studenten der internationalen Lehrgänge in den nachfolgenden zwanzig Jahren ermöglichten. Der Neubau eines weiteren Internatsgebäude zu Beginn der 80er Jahre machte es möglich, die Kapazität an Studienplätzen auch für Studenten ausländischer Jugendorganisationen zu erhöhen.

Kern der Ausbildung waren das Studium der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus sowie die Grundlagen der Tätigkeit in der Jugendarbeit. Die Lehrstühle waren stets darum bemüht, neue Fragen und Probleme in den jeweiligen Ländern sowie gesellschaftliche Veränderungen in der Welt aufzugreifen und in den Unterrichten zu berücksichtigen. Die Lehrprogramme wurden jährlich unter Beachtung neuer Herausforderungen für die jeweiligen Länderbereiche überarbeitet.

Die Delegationen der internationalen Lehrgänge waren ihrerseits darum bemüht, mit ihren Erkenntnissen und Erfahrungen zur Belebung und Entwicklung des Lebens an der Jugendhochschule beizutragen. In jedem Studienjahr schufen die anwesenden Delegationen ihr Solidaritäts- und Kulturkomitee des Lehrgangs. Das Komitee koordinierte und organisierte die vielfältigen Initiativen und Aktivitäten der Delegationen, die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Freundschaftsgruppen des DDR-Lehrgangs sowie gemeinsame Veranstaltungen an der Schule. Solidaritätsbasare, kulturelle Darbietungen aus den verschiedenen Ländern sowie ein Meeting unter dem Motto: „Die Jugend der Welt klagt den Imperialismus an“ u. a. fanden alljährlich statt.

Die ausländischen Studenten nutzten alle Möglichkeiten, über ihre Jugendarbeit, aber auch

über ihren Kampf, über Verfolgung und Unterdrückung in ihren Ländern zu berichten – und das nicht nur an der Jugendhochschule. Den zahlreichen Einladungen aus Betrieben, FDJ-Organisationen, Pioniergruppen aus Schulen usw. kamen sie mit großer Bereitschaft nach. Mit Interesse nahmen die Teilnehmer der internationalen Lehrgänge an Exkursionen in Betriebe, Berufsschulen, Kulturstätten, Ausstellungen u. a. m. in der DDR teil. Ganz besonders waren die ausländischen Studenten daran interessiert, auch das Leben der Menschen in der DDR näher kennen zu lernen. Nicht wenige Studenten der DDR-Lehrgänge nahmen im Urlaub ihre ausländischen Freunde mit in ihre Familien.

Alle diese Begegnungen trugen mit dazu bei, die Kenntnisse der ausländischen Studenten über unsere Geschichte und Entwicklung sowie über das Leben der DDR-Bürger zu vervollständigen. Andererseits waren diese Begegnungen auch hilfreich dabei, die Freundschaft und Solidarität mit Gästen aus anderen Ländern unter vielen jungen Menschen der DDR zu vertiefen.

Bewährt hat sich in all den Jahren internationaler Ausbildung an der Jugendhochschule die enge Zusammenarbeit der Lehrer und Dolmetscher mit den Leitungen der Delegationen. Eine besondere Verantwortung kam dabei den Gruppenlehrern für die einzelnen Delegationen zu. Sie waren nicht nur das Bindeglied zwischen den Delegationen, der Leitung des Lehrgangs und den unterrichtenden Lehrstühlen, sondern für die Delegationen und ihre

Mitglieder eine Vertrauensperson. Der Gruppenlehrer war ein unentbehrlicher Helfer und Organisator in allen Fragen, die nicht nur das Studium betrafen, sondern auch das tägliche Leben der Studenten und ihre Delegationen. Er war gewissermaßen Koordinator für alle, die durch ihre aufopferungsvolle Tätigkeit in Lehre, Sprachvermittlung, Organisation, Freizeitgestaltung sowie der technischen und versorgungsmäßigen Sicherstellung des Studiums und des Aufenthaltes der ausländischen Studenten beitrugen.

Ohne das einheitliche und gut koordinierte Handeln aller Kräfte wäre die über 30jährige erfolgreiche internationale Ausbildung an der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ nicht möglich gewesen.

Wenn die DDR und ihre Jugendorganisation, die FDJ, in diesen Jahren Tausenden Funktionären von über 100 demokratischen Jugendorganisationen aus über 80 Ländern aller Kontinente ein unentgeltliches Studium an der Jugendhochschule ermöglichte, so ist das im Rückblick eine große solidarische Leistung, die auch heute noch unsere Beachtung verdient.

In Erklärungen der ausländischen Studenten zum Abschluß ihres Studiums an der Jugendhochschule wurde besonders auf diese solidarische Hilfe und Unterstützung, auf das vertrauensvolle Miteinander aller Studenten der internationalen Lehrgänge, der FDJ-Studenten und der Mitarbeiter der Jugendhochschule hingewiesen. Stellvertretend für die zahlreichen Einschätzungen ausländischer

Lehrgänge ein Auszug aus der Abschlußerklärung der Teilnehmer des 20. internationalen Lehrgangs:

„Unser Studium hier ist eine unersetzliche Hilfeleistung von seiten der Freien Deutschen Jugend gegenüber unseren Jugendverbänden, die selbst nicht diese Schulungsmöglichkeiten besitzen. Es ist ein echter Ausdruck des proletarischen Internationalismus. Dieser internationale Charakter der Schule hat für uns alle eine große Rolle gespielt. Wir haben die Kampfbedingungen auf allen Kontinenten der Erde kennengelernt. Unvergeßliche Freundschaften wurden geschlossen. Wir alle sind noch bessere Internationalisten geworden.“

In einem Gespräch mit dem verantwortlichen Sekretär des Zentralrates der FDJ in Vorbereitung des 22. internationalen Lehrgangs an der Jugendhochschule teilte er mit: „Wenn wir alle Wünsche unserer ausländischen Freunde zum Besuch der Jugendhochschule erfüllen wollten, dann müßten wir eine weitere Jugendhochschule bauen.“

Die Ergebnisse 44jähriger erfolgreicher Tätigkeit der Freien Deutschen Jugend und ihrer höchsten Bildungseinrichtung, der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“, belegen: der Jugendverband der DDR hat das anlässlich seiner Gründung im Jahre 1946 gegebene Versprechen, stets im Sinne des proletarischen Internationalismus zu handeln, eingehalten. Wirken, Leistungen und Ergebnisse finden auch heute noch weltweite Anerkennung.

Dr. Heinz Kruse
Wandlitz

Eingabewesen / Gesellschaftliche Gerichte / Staatshaftung

DDR konkret

I. Das Eingabewesen

In einer 1999 bei der TU Chemnitz eingereichten Dissertation (Felix Mühlberg: Informelle Konfliktbewältigung) faßt der Autor das Ergebnis seiner auf über 460 Seiten angelegten Studie zum Eingabewesen (Petitionen, Verwaltungsbeschwerden) in der DDR wie folgt zusammen: „Fast jeder DDR-Haushalt hat zwischen 1949 und 1989 eine Eingabe verfaßt. Jährlich erreichten allein die oberste Staatsführung ca. 70 000 Eingaben; insgesamt – so ist zu vermuten – wurden jährlich fast eine Million Eingaben geschrieben. In keinem anderen europäischen Land wurden Eingaben oder Petitionen über Jahrzehnte in dieser Menge (eingereicht).“

Bereits die erste Verfassung der DDR (1949) räumte den Bürgern in Art. 3 Abs. 4 das Recht ein, Eingaben an die jeweilige Volksvertretung zu richten. Von dem Mittel der Eingabe wurde von Beginn an reger Gebrauch gemacht. Sie entwickelte sich zu einem zentralen Bindeglied zwischen Verwaltung und Bevölkerung. Eigene Abteilungen wurden bei allen staatlichen Organen geschaffen, um zweckmäßig und zeitnah reagieren zu können. Schon in den ersten Monaten nach Staatsgründung ging die Zahl der Eingaben in die Zehntausende. In dieser Phase kam es in den Bezirken mitunter

zu Problemen, die angesprochenen Probleme schnell und effektiv einer Lösung zuzuführen. Im August 1950 mahnte der damalige Innenminister der DDR, Karl Steinhoff, in einem Rundschreiben die Verwaltungsstellen zu einer fristgerechten Bearbeitung: „Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, daß jede Eingabe möglichst umgehend beantwortet wird. Es darf nicht vorkommen, daß Eingaben aus der Bevölkerung monatelang unbeantwortet liegenbleiben (...). Ich bitte deshalb zu veranlassen, daß jede Eingabe aus der Bevölkerung innerhalb eines Monats abschließend beantwortet werden muß. Wird der Abschlußbericht über den Zeitraum eines Monats hinaus aus besonders dringenden Gründen verzögert, muß ein entsprechender Zwischenbescheid gegeben werden.“

Da mit dem Eingabewesen auf allen Ebenen gute Erfahrungen gemacht wurden, kam es bereits 1953 zur Verordnung über Beschwerden der Werktätigen (Gbl. DDR 1953, 265), 1961 (Gbl. DDR I 1961, 7) zum Erlaß über die Eingaben der Bürger und 1975 (Gbl. DDR I 1975, 461) zu Regelungen, die das Eingabewesen organisatorisch und gesetzlich fest verankerten.

Durch das System der Eingaben war es für die Bürger der DDR möglich, ohne Kostentragung,

weitestgehend formfrei, nicht an Fristen gebunden und ohne die Verästelung von behördlichen Zuständigkeiten beachten zu müssen, alle Konflikte – sowohl rein individuelle als auch solche der Wohn- oder Betriebseinheit mit der Verwaltung auf direktem Wege austragen zu können. In der Geschichte der Auseinandersetzung zwischen Bürger und Staat war dies ein Novum. Der Verwaltung und den staatlichen Organen der DDR erleichterte die Auswertung der Eingabenpraxis, frühzeitig auf Probleme reagieren zu können und zeitnah und effektiv die Verwaltung den Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen anzupassen. Sofern Sachverhalte gerügt wurden, die überregionale Bedeutung hatten, kam es nicht selten zur Änderung von Gesetzen und Verordnungen. Die Erfolgsquote der Eingaben konnte sich sehen lassen. Wie aus einer statistischen Erhebung des Jahres 1988 hervorgeht, führten in den Bereichen Bauwesen 45,65 %, Wohnungsversorgung 40,1 %, Lohn- und Arbeitsrechtsfragen 31,84 %, Gesundheitswesen 32,34 % und Handel/Versorgung 28,23 % der Eingaben für den Bürger zum Erfolg. Angesichts dieser Zahlen versteht man, weshalb Wolfgang Thierse (SPD) mit einer Träne im Knopfloch vermeldete: Der „dramatische und schmerzliche ökonomische, soziale,

politische und kulturelle Umbruch“ sei der Grund dafür, daß die Menschen im Osten auch heute noch von den Neuerungen der Einheit enttäuscht seien.

II. Die gesellschaftlichen Gerichte

„Die Frage, ob A etwas von B verlangen kann, ob C zu bestrafen ist wegen Verletzung des D, ob E gegen den Staat einen Anspruch auf Baugenehmigung hat, ist kein bißchen unwichtiger oder nachrangig gegenüber der Frage, wie diejenigen unter uns bestimmt werden, die das entscheiden sollen.“ (Richter am BGH Thomas Fischer)

In der Tat, das ist eine der zentralen Fragen. Art. 92 Grundgesetz gibt darauf eine einfache Antwort: Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut. Es entscheiden Berufsrichter, die mit dem Alltag derer, über die sie richten, nichts zu tun haben, die verbeamtet sind, sich als Ausführende der gerade herrschenden Rechtsordnung verstehen und deren Urteile für Laien selten lesbar und noch weniger verstehbar sind. Die Verfassung der DDR hatte auch einen Art. 92. Dieser regelte die Entscheidungsgewalt der Gerichte in ganz anderer Weise: Neben die ordentliche Gerichtsbarkeit traten gleichberechtigt Ausschüsse („gesellschaftliche Gerichte“), welche die direkte Teilhabe des Volkes an der Rechtsprechung sicherstellten. Schon vom Ansatz her ein bemerkenswertes und außergewöhnliches historisches Experiment.

Als Träger der gesellschaftlichen Gerichte fungierten in Betrieben, staatlichen Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen die Konfliktkommissionen und in den Städten, Gemeinden und Produktionsgenossenschaften die Schiedskommissionen. Verfahren, Zuständigkeiten, Entscheidungsmöglichkeiten und Vollstreckung sind im Gesetz über die gesellschaftlichen Gerichte der DDR vom 11. Juni 1968 geregelt (am 25. 3. 1982 neu gefaßt). Begleitend gibt es spezifische Ausführungsverordnungen für die Konflikt- und Schiedskommissionen. Entsprechend Art. 92 Verfassung der DDR (1968) sind auch deren Entscheidungen Teil und Ausdruck des Rechts der DDR. Eine Kommission war mit 8 bis 15 ehrenamtlich tätigen Laienrichtern besetzt, von denen mindestens vier an der Einzelentscheidung mitzuwirken hatten. Gewählt wurden sie im Falle der Konfliktkommissionen durch die Betriebsangehörigen, bei den Schiedskommissionen durch die örtlichen Volksvertretungen. Der Wahl voran ging die Vorstellung der Kandidaten auf Versammlungen in Betrieb, Wohngebiet oder LPG. Bei Pflichtverstößen konnten sie jederzeit durch die Wähler abberufen werden. Die Verfahren selbst waren von Beginn bis Ende öffentlich. Anders wie westdeutschen Gerichtsverfahren gab es auch keine geheime Beratung vor Verkündung der Entscheidung, auch diese war öffentlich. Selbst Zuhörer im Saal hatten die Möglichkeit, ihre Auffassung beizusteuern. Das alles entsprach der Forderung in Art. 90 Verfassung der DDR (1968) nach der aktiven Teilnahme der Bürger an der Rechtspflege. Gerichtsanhängig wurden die Verfahren durch einen entsprechenden Antrag aus den Reihen der Bürger oder gesellschaftlicher

Organisationen. In Strafsachen erfolgte die Überleitung zu den Kommissionen zumeist schon durch die Volkspolizei oder die Staatsanwaltschaft, seltener verwies ein Kreisgericht eine Anklage zurück an die zuständige Kommission. Sämtliche Kleinkriminalität – wie Diebstahlsdelikte, Betrug, Beleidigung, Hausfriedensbruch, „Schwarzfahren“, einfache Körperverletzung – gelangte vor die gesellschaftlichen Gerichte, ebenso alle Ordnungswidrigkeiten. Ziel war stets der Versuch einer einverständlichen Regelung (Entschuldigung, Ermahnung, Rüge, Arbeitsaufgabe, Geldbuße) und mitunter die Wiedergutmachung (Schadensersatz). Dazu wurde oftmals das soziale, familiäre oder betriebliche Umfeld in die Erörterungen miteinbezogen. Geschuldet war dies dem kriminalpolitischen Ansatz, daß die am Individuum orientierte Erziehung und Läuterung Vorrang vor Bestrafung haben sollte und durch Deeskalation eine wirksame Prävention sicherzustellen sei – ein Konzept zur Entkriminalisierung, das unter westdeutschen Kriminologen nicht wenige Anhänger gefunden hat. Im Bereich des Strafrechts wurden z. B. 1985 45,2 % der Körperverletzungsdelikte, 75,3 % der Urkundenfälschungen und 36,7 % der Diebstähle durch gesellschaftliche Gerichte einer Entscheidung zugeführt. Im Bereich des Zivilrechts gelangten Streitigkeiten bis 1000 Mark, vertragliche Ansprüche, Nachbar- und Mietrechtssachen zum gesellschaftlichen Gericht. Für 1982 verzeichnet die Statistik 26 282 Konfliktkommissionen (1989: annähernd 29 000) und 5552 Schiedskommissionen. Von den 68 741 Verfahren dieses Jahres 1982 entfielen 51 411 allein auf arbeitsrechtliche Konflikte. Die Befriedigungsquote lag hier bei etwa 90 %. Kam es zu keiner Einigung, entschied im Einspruchsverfahren die Arbeitskammer des jeweiligen Kreisgerichts.

Aufgrund der Arbeit der Kommissionen, die in immer größerem Umfang arbeitsrechtliche Streitigkeiten entschieden, reduzierte sich das Aufkommen bei den Arbeitsgerichten erheblich. Die DDR hatte zunächst entsprechend dem Kontrollratsgesetz Nr. 21 (1946) Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte eingeführt. Diese bestanden seit Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 und auch nach Auflösung der Länder Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg und der Umgliederung in Bezirke 1952 zunächst weiter. Im Jahr 1953 bildeten sich Kreisarbeitsgerichte. Die fünf Landesarbeitsgerichte wurden zugunsten von 14 Arbeitsgerichten (Rechtsmittelinstanz) abgeschafft, bis dann 1963 die bis dahin selbständigen Arbeitsgerichte aufgelöst und durch arbeitsrechtliche Spruchkörper bei den Kreisgerichten (erste Instanz) und Bezirksgerichten (zweite Instanz) neu formiert wurden.

Die gesellschaftlichen Gerichte gehörten zum unverbrüchlichen Bestand der Rechtspflege in der DDR. Ohne Pathos läßt sich sagen, daß damit ein Großteil der Bewältigung von Streitigkeiten und Normverstößen aus der von Fachjuristen dominierten ordentlichen Gerichtsbarkeit dem Volk überantwortet worden ist. Jahr für Jahr waren über 280 000 Bürger der DDR als Entscheider in Konflikt- und Schiedskommissionen tätig.

III. Staatshaftung

Die zweite Verfassung der DDR von 1968 stellte in Art. 104 Abs. 1 das Gebot auf: „Für Schäden, die einem Bürger oder seinem persönlichen Eigentum durch ungesetzliche Maßnahme von Mitarbeitern der Staatsorgane zugefügt werden, haftet das staatliche Organ, dessen Mitarbeiter den Schaden verursacht hat.“ Infolgedessen wurde am 12. Mai 1969 das Staatshaftungsgesetz (GBl. DDR 1969, S. 34) verabschiedet. Es regelte generell die Wiedergutmachung für solche Schäden, die durch fehlerhaftes Handeln oder Unterlassen von Behörden und staatlichen Organen verursacht wurden. Neben dem StHG existierten spezielle Entschädigungsvorschriften, so z. B. für die Fälle zu Unrecht eingeleiteter Strafverfolgung. In seiner Reichweite ging das Staatshaftungsrecht der DDR über die vergleichbare Regelung in Westdeutschland hinaus.

Da ein gesondertes Staatshaftungsgesetz in der BRD unbekannt war, bediente man sich einer Konstruktion: Die in § 839 BGB vorgesehene Eigenhaftung des Beamten für rechtswidriges und schuldhaftes Handeln wurde durch Art. 34 GG mit befreiender Wirkung für den betroffenen Beamten auf den Staat übergeleitet. Der vom Verwaltungshandeln geschädigte Bundesbürger trägt seit jeher stets die Beweislast, sowohl für die Rechtswidrigkeit des Verwaltungshandelns, den Schaden, wie auch für die vorsätzliche oder fahrlässige Begehungsweise des jeweiligen Beamten. In der DDR war es für den Anspruchsteller folglich erheblich leichter, eine Entschädigung zu erlangen.

Die Staatshaftung richtete sich nach dem Grundsatz der objektiv-materiellen Verantwortlichkeit, d. h. der Anspruchsteller mußte nur die Kausalität zwischen Behördenhandlung und Schaden darlegen. Ob ein Verschulden bei Ausübung der Diensthandlung vorlag, interessierte nicht. Der Schadensverlauf per se indizierte schon das Vorliegen der Rechtswidrigkeit. Das staatliche Organ entkam der Haftung nur durch aktives Führen des Gegenbeweises (Duckwitz/Lörler, Verwaltungsrecht der DDR, Berlin 1988, S. 216). Die in Haftungsverfahren nach westdeutschem Recht allfälligen Beweisprobleme waren den Bürgern der DDR unbekannt. Im Rahmen der Annexion der DDR wurde offenkundig, daß die BRD sich in 40 Jahren ihrer Existenz nicht in der Lage sah, ein Gesetz zur Staatshaftung zu erlassen. Art. 9 des Einigungsvertrags machte den Weg frei: Das StGH der DDR sollte zunächst in den angeschlossenen neuen Bundesländern fortgelten. Dann wurde aufgeräumt. Die Vorteile für den Bürger sind nach kurzer Zeit gekappt worden, sei es durch landesgesetzliche Änderungen, sei es durch den Grundsatz „Bundesrecht bricht Landesrecht“ (Art 31 GG). Zufrieden stellen die bürgerlichen Verwaltungsjuristen heute fest: „Das Amtshaftungsrecht nach § 839 BGB in Verbindung mit Art. 34 GG gilt selbstverständlich auch in den neuen Bundesländern als vorrangiges Bundesrecht uneingeschränkt“ (Stein, u. a. im Praxishandbuch des Amts- und Staatshaftungsrechts, 2012).

McCarthyismus (2)

Jagd auf fortschrittliche Künstler in Hollywood

Um die Wende von der antifaschistischen Allianz während des zweiten Weltkriegs zum kalten Krieg der Nachkriegszeit in der Bevölkerung der USA durchzusetzen, mußten Haltungen revidiert werden, die im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus entstanden waren. Aus diesem Grunde wurde – noch bevor McCarthy bekannt und berüchtigt wurde – eine ganze Serie von Maßnahmen initiiert, um die Bevölkerung von ihrem Kriegsalliierten, der Sowjetunion, zu entfremden und um die zutiefst humanistischen Ziele in Vergessenheit zu bringen, die den Kern der massenhaften Mobilisierung für den Krieg gegen den Faschismus dargestellt hatten.

Dieser Kampagne folgten dann der Marshallplan und weitere außenpolitische Schritte wie 1949 die Gründung der NATO als militärisches Instrument der US-Globalstrategie in Europa. Um den Widerspruch im eigenen Land zum Schweigen zu bringen, wurde ein Propagandakrieg gegen die Bevölkerung eröffnet. Die kapitalistische Presse startete eine riesige Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion, gegen die volksdemokratischen Länder in Osteuropa und gegen die eigene fortschrittliche Bevölkerung, besonders die Kommunisten.

Es war klar, daß dies nicht ausreichen würde, um die Bevölkerung zum Schweigen zu bringen. Organisatorische Schritte waren notwendig. Die ersten direkten Angriffe richteten sich gegen die internationale Solidarität und gegen fortschrittliche Menschen im Kulturbereich. Opfer waren das „Gemeinsame Antifaschistische Flüchtlingskomitee“ und eine Gruppe von Kulturschaffenden, die als die „Zehn von Hollywood“ bekannt wurde.

Das Komitee war während des spanischen Bürgerkrieges gegründet worden, um die internationalen Brigaden mit medizinischer Hilfe zu versorgen, und wurde später zu einer Organisation, die Flüchtlingen vor faschistischer Verfolgung half, besonders Teilnehmern des Spanienkriegs. Als die Ausschußmitglieder dieser Organisation sich weigerten, die Listen der Spender auszuliefern, wurden sie ins Gefängnis

geworfen. Der Fall der „Zehn von Hollywood“ stellte ein noch ehrgeizigeres Unternehmen dar. Es war eine sogenannte Untersuchung durch das „Komitee für unamerikanische Umtriebe“ des Abgeordnetenhauses im amerikanischen Kongreß im Jahre 1947, mit dem fortschrittliche Regisseure, Drehbuchautoren und andere Filmschaffende angegriffen wurden. Die Untersuchung bewirkte, daß die berufliche Laufbahn derjenigen endete, die sich weigerten, die Namen ihrer Freunde preiszugeben. Die Filmindustrie wurde dadurch von allen fortschrittlichen Persönlichkeiten gesäubert. In all diesen wie auch in anderen Fällen wurden Leute ins Gefängnis geworfen – nicht etwa, weil sie Verbrechen begangen hatten, sondern einzig und allein, weil sie sich weigerten, über ihre Parteizugehörigkeit Aussagen zu machen, ihre Freunde oder andere fortschrittliche Menschen zu denunzieren oder sich auf Diskussionen über ihre politischen Ansichten einzulassen. Im April 1947 wurde der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Eugene Dennis vor den Ausschuß gerufen und gleichfalls wegen Mißachtung des Kongresses ins Gefängnis geworfen, weil er sich weigerte, Aussagen zu machen.

In der Zwischenzeit hatte der Kongreß das Taft-Hartley-Gesetz vorbereitet, um die Arbeiterbewegung zu schwächen, ein Problem, auf das später eingegangen wird. In dieser Situation bereitete die Regierung der USA ihre Anklage gegen die Kommunistische Partei vor und erhob im Jahre 1948 Anklage gegen ihre führenden Mitglieder unter Berufung auf das sogenannte Smith-Gesetz wegen „Verschwörung zum Aufruhr und zur Vorbereitung eines gewaltsamen Sturzes der Regierung“. Diesem Prozeß, in dem die führenden Kommunisten für schuldig befunden und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, folgten Verfahren gegen 150 andere Kommunisten, die Funktionen auf nationaler oder Bezirksebene hatten. Bis zum Juni 1950 fühlte sich der US-Imperialismus stark genug, um unter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen eine militärische Intervention in Korea zu beginnen. Das geschah zu einem Zeitpunkt, da mehr als zweieinhalb Millionen Menschen in den USA den Friedensappell von Stockholm unterschrieben hatten. Kurz nach Beginn des Korea-Krieges fand eine große Friedensdemonstration auf dem Union Square in New York statt. Sie wurde von berittener Polizei mit Schlagstöcken angegriffen, viele Menschen wurden verletzt. Gleichfalls in diesem Sommer, im Juni 1950, wurde das Verfahren gegen Julius und Ethel Rosenberg und gegen Norton Sobell begonnen. Unter der Beschuldigung, sie hätten Atomgeheimnisse an die Sowjetunion ausgeliefert, wurden die Rosenbergs im Jahre 1953 hingerichtet, während Sobell zu dreißig Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Trotz der damals weltweiten Proteste aller fortschrittlichen Kräfte gegen diesen Prozeß und das Urteil reichte die Kraft der Bewegung nicht aus, um das Leben der Rosenbergs (wie das später im

Prozeß gegen Angela Davis gelungen ist) zu retten.

Doch Angriffe auf Kommunisten und progressive Intellektuelle, Kommunistenhate, Spionagehysterie und eine massive antisowjetische Kampagne bildeten nur einen Teil des Hexenkessels, mit dem der Boden für die ehrgeizigen Pläne des US-Monopolkapitals und seiner Lackaien, die auf die Weltbeherrschung gerichtet waren, vorbereitet werden sollte.

Um diese Pläne zu verwirklichen, war es von großer Bedeutung, die Arbeiter- und die Bürgerrechtsbewegung zum Schweigen zu bringen. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder war in den Vereinigten Staaten von 8,7 Millionen im Jahre 1940 auf 14,2 Millionen im Jahre 1950 angestiegen. Das bedeutete eine Erhöhung des Organisationsgrads von 15,5 auf 22 Prozent der arbeitenden Bevölkerung.

Bei Kriegsende versuchte die Regierung Truman die Beibehaltung des Streikverzichts durchzusetzen, der von der Arbeiterbewegung während des Krieges als notwendige Maßnahme für den Sieg über den Faschismus hingenommen worden war. Als aber Arbeitslosigkeit und Inflation den Lebensstandard der Arbeiter niederdrückten, entwickelte sich eine große Streikwelle, trotz der gegenteiligen Bemühungen der Regierung.

Im Jahre 1946 beteiligten sich 4,6 Millionen Arbeiter an 4985 Ausständen, und bis zum Jahre 1948 hatten beinahe neun Millionen Arbeiter an Arbeitsniederlegungen teilgenommen, die insgesamt 148,7 Millionen Arbeitstage ausmachten.

Gestützt auf „UZ“
(Fortsetzung folgt)

► In eigener Sache

Die **April-Ausgabe** ist gedruckt, konnte aber bisher nicht verschickt werden. Wann der Versand möglich ist, können wir derzeit nicht sagen. Die **Mai-Ausgabe** wird wahrscheinlich nicht gedruckt. Sie ist aber wie alle anderen bisher erschienenen Ausgaben auf unserer Homepage (www.rotfuchs.net) aufrufbar und kann dort gelesen (und ausgedruckt) werden. Sobald Veranstaltungen wieder möglich sind, werden diese im Kalender auf der Homepage angezeigt.

Kommt alle gut durch diese schwierige Zeit, und – vor allem – bleibt gesund!

Die „RotFuchs“-Redaktion

Am 23. März starb in Moskau Ilja Semjonowitsch Kremer

1922–2020

Ilja kämpfte als Soldat im Großen Vaterländischen Krieg und war an der Befreiung von Berlin 1945 beteiligt. Von 1955 bis 1966 war er Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, von 1966 bis 1974 Abteilungsleiter am Institut der Internationalen Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und von 1974 bis 1991 Professor am Lehrstuhl für internationale Beziehungen des Instituts für Gesellschaftswissenschaften des ZK der KPdSU sowie Dozent an der Internationalen Lenin-Schule. Er war Jahrzehnte für die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer/Bund der Antifaschisten (FIR) aktiv. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



Coronakrise und kein Land in Sicht, zumindest nicht in Europa. Nun kann man die Hände und vor allem den Geist ruhig halten und alles über sich ergehen lassen. Doch man kann auch die Gelegenheit nutzen, um auf die systembedingten Defizite der kapitalistischen Gesellschaft und deren Staatsformen aufmerksam zu machen. Die Gesundheit der Menschen ist seit langem das Objekt bzw. das Mittel, Profit zu generieren. Dem liegt der Gedanke zugrunde, daß der Markt die Menschen besser versorgen könne als ein gemeinnützig agierender Staat. Jetzt sieht man das Ergebnis in aller Deutlichkeit: Der Staat bettelt die Unternehmen an, seien es die Krankenhäuser oder die Pharmaindustrie. Angeblich konnte niemand ahnen, welcher große Bedarf bei einer Pandemie entstehen kann. Geld ist reichlich da, nur nicht für die Vorsorge der Menschen. Denn was sind schon Pandemien, Hochwasser, Dürre, Atomunglücke ... Die Völker des Westens befinden sich in den Händen skrupelloser Profiteure und in denen der Verwalter der Staaten, die eine entsprechende Ordnung für diese aufrechterhalten. Das Szenario ist klar: Das Geld für die leidenden Unternehmen wird dank Corona dem Volk problemlos abgepreßt bzw. vorenthalten.

Renato Lorenz, Berlin

Welcher Virus ist wohl der schlimmere, der „coronare“ oder der von Macht- und Profitgier und manipulierten Feindbildern beherrschte Virus? An der polnisch-deutschen Grenze werden Schutzzäune gegen die afrikanische Schweinepest beschädigt, eingerissen, und nach Polen bewegen sich Tausende Soldaten, besonders der US-Armee, mit modernster Kriegstechnik. Mir wird keiner weismachen können, daß dieses Aufgebot des Schreckens und Abschreckens der Dezimierung des Corona-Virus dient. Muß dieses Geschehen unter den gegenwärtigen Umständen mit seinen unkalkulierbaren Wirkungen auf Mensch und Natur sein? Ich habe den Eindruck, daß die Befehlshaber, insbesondere die Regierungen der USA und Polens sowie die NATO, die Zeichen der Zeit und die wirkliche Bedrohung nicht erkannt haben. Wer in solchen Zeiten Feindbilder pflegt bzw. neu belebt, der gefährdet die jetzt besonders notwendige Solidarität zwischen den Staaten und Völkern und damit die Zukunft unserer Erde.

Dr. Wilfried Meißner, Chemnitz

Vor 75 Jahren wurde Europa von der Herrschaft der deutschen Faschisten befreit, die den bis dahin größten und grausamsten Krieg in der Menschheitsgeschichte vom Zaun gebrochen hatten. Etwa 60 Millionen Menschen wurden

getötet. Den größten und entscheidenden Anteil an der Befreiung hatte die sowjetische Armee. Sie mußte dafür auch die größten Opfer bringen. 27 Millionen ihrer Bürger verloren ihr Leben. Alle europäischen Länder litten unter Tod und Zerstörung. So war die Freude über die Befreiung überall groß. Heute ist das wohl nicht mehr so. Europäische Politiker und Militärs sowie ihre Medien wollen davon anscheinend nichts mehr wissen. In allen europäischen Ländern streben faschistische Gruppen nach Einfluß und Macht.

Im EU-Parlament wurde eine Erklärung angenommen, welche die Sowjetunion in gleicher Weise für den Ausbruch des 2. Weltkrieges verantwortlich machen will wie Hitlerdeutschland. Die enormen Leistungen der sowjetischen Soldaten bei der Befreiung Europas werden negiert und manche Gedenkstätten für die Opfer geschändet oder zerstört. Historische Fakten spielen dabei keine Rolle und werden möglichst verschwiegen, vor allem, um sie der jüngeren Generationen vorzuenthalten.

Gleichzeitig wird die europäische Öffentlichkeit über die Medien mit einer ungeheuren Hetze gegen Rußland überzogen, erfolgen Wirtschaftssanktionen, der Bruch von langjährigen Verträgen und Boykottmaßnahmen auch im Sport. Eine russische Bedrohung wird behauptet, um umfangreiche Rüstungsmaßnahmen und eine immer größere Manövertätigkeit an der russischen Grenze zu rechtfertigen. Deutsche Soldaten stehen heute wieder 120 Kilometer vor St. Petersburg (dem früheren Leningrad).

Horst Neumann, Bad Kleinen

Wenn ich die Tagespresse verfolge, wird mir angst. Die ganze Welt rüstet auf.

Ich bin fast 94 Jahre alt und habe den Faschismus erlebt und überlebt. Wenn ich eins gelernt habe aus jener Zeit, dann das: Dort, wo vom Frieden geschwätzt wird, aber gleichzeitig unvorstellbare Summen für die Aufrüstung ausgegeben werden, wird Krieg vorbereitet. Denn die gewaltigen Rüstungsinvestitionen müssen Gewinn bringen, und das geschieht nur durch einen Krieg.

Doch wer bedroht eigentlich wen? Zweifelsfrei hat sich die sogenannte freie Welt gegen Rußland und China verschworen. Beide Staaten verteidigen sich gegen das aggressive Vorrücken der NATO-Staaten an ihre westlichen Landesgrenzen. Dabei lassen NATO und USA keine Provokation aus und verlegen ihre Kriegsübungen bewußt an die Westgrenze Rußlands. Sie pfeifen auf jedes Völkerrecht. Erst kürzlich hat US-Präsident Trump die aggressive Besatzungspolitik Israels gegenüber den Palästinensern befürwortet und in provokatorischer Manier die diesbezüglichen UNO-Beschlüsse mißachtet.

Krieg und Vertreibung sind inzwischen fast „Normalität“. Die Folgen eines dritten Weltkrieges wären nicht vorstellbar. Ich würde gern noch meinen 100. erleben – aber im Frieden.

Eberhard Kunz, Berlin

Die umfassende Krise, in der die BRD steckt, ist die gefährlichste aller Zeiten. Sie ist vollumfänglich der herrschenden Klasse zu „verdanken“. Unter dem Deckmantel der „Demokratie“ läßt man faschistischen Kräften freien Lauf und verfolgt jene, die sich Pegida, AfD und Co. in den Weg stellen. Doch ein zweites 1933 darf es nicht geben!

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Wo sind sie geblieben? Zu DDR-Zeiten forderten Bürgerrechtler „Schwerter zu Pflugscharen“. Heute ist die Bundesrepublik Waffenexporteur und das Territorium der früheren DDR Aufmarschgebiet der NATO. Angesichts von „Defender 2020“ ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis die Lieder der Wehrmacht wieder salonfähig sind: „Von Finnland bis zum Schwarzen Meer ...“

Hitler organisierte Gleiwitz als Begründung für seinen Krieg. Heute dient eine angebliche Annexion als Begründung.

Helmut Stefan, Stendal

Für die Regierenden hierzulande ist der opferreiche Sieg der Sowjetarmee 1945 über die faschistische deutsche Wehrmacht nicht nur eine bloße Kriegsniederlage. Neuerdings folgt die BRD-Führung der verleumderischen These von der „Mitschuld“ der Sowjetunion am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Dem entgegen wird die Landung der Westalliierten am 6. Juni 1944 in der Normandie als „Sieg gegen Hitler-Deutschland“ Jahr für Jahr hochgejubelt. Dabei bleibt ausgeblendet, daß die westlichen Alliierten erst in die Kriegshandlungen eingriffen, als sie ihre Chancen für eine politische und ökonomische Einflußnahme in Europa schwinden sahen. Den Herrschenden ist es recht, wenn die Historie des Zweiten Weltkrieges umgedeutet und verfälscht wird. Sie glauben, daraus das Recht ableiten zu dürfen, wieder „mehr Verantwortung“ für Europa und die ganze Welt zu übernehmen. Doch was ein militantes Deutschland unter „mehr Verantwortung“ versteht, hat es den Völkern der ganzen Welt in zwei Weltkriegen mit ihren Millionen Opfern und verbrannter Erde gezeigt. Die Regierung der BRD bietet innen- und außenpolitisch ihren kapitalen Auftraggebern alles an, was ihnen Gewinn und damit Macht sichert. Sie befördert Gesetze zur Überwachung des Volkes, um jede Regung von Widerstand zu erfassen und zu ersticken. Sie mißbraucht die sogenannte Demokratie, um sich nicht gegen neofaschistische Entwicklungen wenden zu müssen. Sie verpulvert Milliarden Euro für Kriegstreiberei durch Aufrüstung und Bundeswehr-Auslandseinsätze. Sie verweigert dringend notwendige Gelder für Soziales. Und sie zündelt mit Krieg, indem sie Deutschland als Drehscheibe für die militärische Drohung gegen Rußland in Gestalt des US- und NATO-Manövers „Defender 2020“ zur Verfügung stellt.

Eigentlich sollte ein politisches, parlamentarisches und außerparlamentarisches Aufbegehren von der stärksten linken Kraft in Deutschland, der Partei Die Linke, zu erwarten sein. Doch durch ihr Streben nach Regierungsbeteiligung erhärtet sich immer mehr der Verdacht, daß sie sich im herrschenden System eingebunden fühlt und jegliches revolutionäre Erbe ad acta gelegt hat. Dort, wo sie auf Länderebene schon einmal auf Regierungsposition saß oder noch sitzt, erweist sich ihre Wirkungslosigkeit. Natürlich ist anzuerkennen, daß sie, wie zum Beispiel in Berlin, einen Teil der Wohnungsmieten für fünf Jahre gedeckelt hat. Doch wenn sie zugleich zuläßt, daß das Massenbeförderungssystem der Berliner, die S-Bahn, privatisiert werden soll, muß man fragen, was will die Partei Die Linke in Regierungsverantwortung eigentlich bewirken? Ein Mitregieren ändert nichts am militanten Großmachtstreben der BRD in Europa, der asiatischen und der afrikanischen Welt.

Solange es kein gesellschaftliches System in Deutschland gibt, das sich Bescheidenheit, Zurückhaltung, Reue, Wiedergutmachung durch antifaschistische und antikapitalistische Friedenspolitik auf seine Fahnen geschrieben hat, muß der Kampf aller antifaschistischen Kräfte gegen Krieg, Rüstung, Faschismus, sozialen Kahlschlag und mediale Manipulierung energischer denn je geführt werden.

Manfred Wild, Berlin

Zu „Keine Kriegsspiele vor unserer Haustür“, RF 266, S. 2

Heike Hänsel weist daraufhin, daß ihre Stadt Ulm die „Ehre“ hat, das NATO-Kommando JSEG zu beherbergen, und anläßlich der Kriegsübung gegen Rußland noch ein weiteres. Was würde wohl der berühmteste Sohn der Stadt, Albert Einstein, der geniale Physiker, der jüdische Humanist und Friedensfreund, dazu sagen? Am 25. Oktober 1942, kurz vor der Entscheidung in Stalingrad, hielt er in den USA vor einem jüdischen Auditorium einen Vortrag zum „Totalitarismus“ und dem Krieg gegen Rußland. Er sagte unter anderem zu dem deutsch-russischen Nichtangriffsvertrag, der heute vom Mainstream als „Hitler-Stalin-Pakt“ verleumdet wird: „Wir müssen ... betonen, daß die russische Regierung ... unzweideutiger für die Förderung der internationalen Sicherheit gearbeitet hat als alle anderen Großmächte ... es war offensichtlich geworden, daß Anstrengungen unternommen wurden, um die Kraft des deutschen Angriffs ostwärts zu wenden ... schulden wir und unsere Kinder dem russischen Volk für die erlittenen riesigen Verluste und Leiden großen Dank.“

Fritz Dittmar, Hamburg

Zu Mohamad Ali Mirzai: „Vor was sind DDR-Bürger eigentlich geflohen?“, RF 266, S. 27

Diesen Artikel habe ich mit Interesse gelesen, weil er Fragen aufwarf, die auch mich seit langem beschäftigen. Warum eigentlich Flucht? Ali Mirzai hat vieles erwähnt, was zum Nachdenken anregt. Warum mußte man die DDR verlassen, es ging uns doch nicht schlecht, und nicht jedes Land in der damaligen sozialistischen Staatengemeinschaft konnte so viel Soziales in den Lebensbedingungen vorweisen wie die DDR.

Dennoch war es wohl so, daß es nicht die Lebensbedingungen waren, die viele DDR-Bürger dazu bewegten, die DDR verlassen zu wollen. Es war eher der Wunsch nach „Freiheit“. Darunter verstanden sie z. B. freie Reisen ins kapitalistische Ausland, zu Verwandten und Bekannten, die Verfügung über westliche Literatur und Musik etc. Als dann die „Wende“ kam, haben sich viele Bürger gefreut über die nun „gewonnene Freiheit“, aber für die meisten haben sich die Wünsche nicht erfüllt wie erhofft.

In dem Buch von Matthias Krauß „Die große Freiheit ist es nicht geworden“ werden Fakten und Hintergründe thematisiert, mit denen versucht wird, Antworten auf die eingangs gestellte Frage zu geben. **Siegfried Tietz, Altenberg**

Mit dem Flüchtlingsdebakel fühlten sich große Bevölkerungskreise im Osten, aber nicht nur dort, ein zweites Mal betrogen und liefen der Rattenfängerpartei AfD hinterher. Für die Wählerschaft hat die AfD gekonnt Politikfelder der Linken besetzt. Sie behaupten, Demokratie

und Gerechtigkeit zu verteidigen, Armut zu bekämpfen, Freundschaft zu Rußland zu halten etc. Die Partei Die Linke wird für die Wähler aufgrund ihrer Regierungsbeteiligungen in den Ostländern als Anpasserpartei wahrgenommen. Wählerschwund ohne Ende in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin. In Sachsen ist sie völlig untergegangen. Die CSU/CDU freundet sich langsam in den Hinterzimmern mit der AfD an, die SPD macht das, was sie schon immer seit 1914 gemacht hat – Verrat an denen, die sie angeblich vertreten. Die Grünen gehören zum Establishment, gewandelt von einer Anti-Kriegspartei zu einer Kriegspartei. Die PDL will mitregieren, um den Kapitalismus „menschlicher“ zu machen, hat dem Marxismus-Leninismus abgeschworen, fischt im trüben und „arbeitet“ die DDR erneut „auf“, weil das die anderen angeblich nicht gründlich genug getan hätten.

Reiner Neubert, Berlin

Zu Freimut Woessner: *Wollt ihr den totalen Krieg?* RF 266, S. 7

Die Karikatur ist hervorragend, so makaber es klingen mag! Aber ich denke, sie trifft genau auf die heutige Zeit zu. Allgemein wird ja davon ausgegangen, daß der kalte Krieg jetzt in den heißen umschlagen könnte. Aus meiner Sicht befindet sich die Menschheit aber bereits im totalen Krieg. Es gibt in unterschiedlichen Formen, mit Ausnahme von Australien, Kriege auf allen Kontinenten. Der eine Unterschied zu früher ist, daß nicht Deutschland hauptverantwortlich ist. Das sind jetzt die USA. Deutschland ist nur „Juniorpartner“. Der andere Unterschied ist, daß die überfallenen Länder nicht in der Lage sind, militärisch zurückzuschlagen, wie es im Zweiten Weltkrieg die Anhitlerkoalition konnte.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Die als „Wende“ oder „friedliche Revolution“ bezeichneten gesellschaftlichen Veränderungen 1989/90 waren für mich ein kriegerischer Vorgang: Statt Bomben fiel die Abrisßbirne. Geschützfeuer wurde durch Lügen und gnadenlose Hetze ersetzt. Ich bekam Post von unbekanntem Institutionen und Personen, die mir zu meiner „Befreiung“ gratulierten und mir die Erfüllung meiner mir bisher unbekanntem Wünsche und Träume in Aussicht stellten. Dazu gehörte auch die Niederlassung als Arzt in eigener Praxis. Niemand der mich umgebenden Ärzteschaft hatte diese Absicht. Zusammen mit den Patienten kämpften wir gemeinsam für den Erhalt unserer Poliklinik und verloren.

Jetzt wollten wir uns wenigstens in den Räumen der Poliklinik niederlassen, was auch zunächst zugesagt wurde. Die Zusage kostete 50 DM und wurde nicht gehalten. Es kam der Tag der Entlassung. Meine Entlassung wurde damit begründet, daß ich eine „Gefahr für die freiheitlich demokratische Ordnung“ sei. Diese Floskel wird seither für nahezu alles, was nicht ins Bild paßt, verwendet.

Auf der Suche nach Praxisräumen landete ich schließlich in Niederbayern im vormaligen „Zonen“-Randgebiet. Ich kam in ein Gesundheitswesen, das in vielen Fragen dem unseren unterlegen war. Die Verfügbarkeit von teilweise auch überflüssigen technischen Geräten sowie das Vorhandensein eines pharmazeutischen Präparates mit 50 unterschiedlichen Namen sind

keineswegs Ausdruck einer besseren Medizin. Von Stund’ an galt der Patient nur noch als Ware, mit der Geld verdient wurde und wird. Daran konnte und wollte ich mich nie gewöhnen. Schon bald bekam ich Probleme mit der „Kassenärztlichen Vereinigung“. Die Qualität von in der DDR erworbenen Ausbildungen wurde angezweifelt. Gleichwohl gab es im Westen nichts Gleichwertiges. Hygienestandards existierten nicht. Ich lernte das Wort „nosokomial“ (Infektion durch Krankenhauskeime) kennen ...

Meine Praxis entwickelte sich gut. Ich war aber unglücklich und suchte nach „Fluchtwegen“. Im Januar 2003 nahm ich eine Tätigkeit als Stationsarzt in einer orthopädischen Reha-Abteilung auf. Mein Chef merkte bald, daß ich bis auf gelegentliche fachliche Nachfragen selbständig arbeiten konnte. Irgendwann teilte man mir mit, daß ich in der Klinik als „heimlicher Chef“ der Abteilung galt. Jetzt wurde mir bewußt, warum ich immer wieder zur Lösung von Problemen und Erledigung von Aufgaben herangezogen wurde, die nicht direkt zu meinen Pflichten gehörten. Mit 73 Jahren habe ich mein Berufsleben beendet, und ich bin dankbar, daß ich die meiste Zeit im Gesundheitswesen der DDR verbringen konnte. Da stand immer der Patient im Mittelpunkt. Heute geht es vorwiegend um Gewinnmaximierung. Am Patienten wird rücksichtslos gespart. Hier in Niederbayern bin ich nie heimisch geworden. Ich fühle mich oft wie ein Emigrant im eigenen Land. Jeder lebt für sich allein. Der Nachbar ist fremd. Politische Bildung bzw. Interessen für die wirklich wichtigen gesellschaftlichen Probleme gibt es nicht. Auch privat steht das Geld im Vordergrund.

Dr. Marlene Reiteritsch, Grafenau

Zu Dieter Luhn: *Vor 70 Jahren verabschiedete die Provisorische Volkskammer der DDR das 1. Jugendgesetz der DDR*, RF 265, S. 29

Der Beitrag rief Erinnerungen an meine eigene Laufbahn wach. Im III. Berufswettbewerb der FDJ wurde ich Bester der landwirtschaftlichen Berufsschule. Daraufhin bewarb ich mich zum Studium an der Fachschule für Landwirtschaft ab September 1951, das ich 1957 als „Staatlich geprüfter Landwirt“ abschloß. Von 1952 bis 1955 leistete ich einen freiwilligen Ehrendienst in der Kasernierten Volkspolizei. Als uneheleicher Sohn einer Landarbeiterin konnte ich mit einem Stipendium und Internatsunterbringung mein Studium absolvieren. Später, als Mitglied einer LPG, erhielt ich die Möglichkeit, mich zum Diplom-Landwirt zu qualifizieren. Grundrechte des 1. Jugendgesetzes wahrzunehmen, wurde nicht nur für mich, sondern für eine ganze Generation junger Menschen in der DDR zur Selbstverständlichkeit.

Werner Wild, Magdeburg

Mit einer Stimme Mehrheit wurde der AfD-Mann Michael Kaufmann ins Vizepräsidentenamt des Thüringer Landtages gewählt. Diese eine Stimme kam vom Thüringer Regierungschef Bodo Ramelow, der Mitglied der Partei Die Linke ist, und deren Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow sich zwar von seiner Wahlentscheidung distanzierte, aber sagte, sie habe keinen Zweifel an der antifaschistischen „Grundhaltung“ Ramelows ...

Als Tochter und Enkeltochter von Kämpfern gegen den Faschismus vertrete ich die Auffassung, daß

diese keinem politischen Kalkül geopfert werden darf und sich gegen jede Erscheinungsform von Faschismus, in welchem Geist oder Gewand er auch daher kommen mag, wenden muß. Der AfD, die gerichtlich festgestellte Faschisten in ihren Reihen hat, für die „Hitler und die Nazis nur ein Vogelschiß in unserer über 1000jährigen Geschichte sind“, verhilft ein Ministerpräsident der Linken dazu, noch mehr Fuß zu fassen – und das in einem Land, in dem antifaschistischen Organisationen die Gemeinnützigkeit entzogen wird!

Monika Kauf, Berlin

Unfaßbar: ein Mitglied der Partei Die Linke (Bodo Ramelow) stimmt für einen Abgeordneten der AfD bei dessen Wahl zum Vizepräsidenten des Thüringer Landtages. Seine Begründung dafür ist haarsträubend. Er zollt dem Mann Respekt, der mit seiner Partei hohnlächelnd und öffentlich die parlamentarische Demokratie diskreditierte. Trotz bisheriger Irritationen in der Umsetzung linker Politik durch Bodo Ramelow, siehe Ausbau des Verfassungsschutzes, entgegen dem Wahlprogramm, und der Pflege der Schimäre vom Unrechtsstaat DDR durch die Staatskanzlei, hielt ich ihn bisher für einen Linken und Antifaschisten. Mit seinem Handeln hat er den antifaschistischen Konsens zugunsten seiner Selbstdarstellung aufgegeben. Es bedarf keiner weiteren Worte, Die Linke driftet in die politische Bedeutungslosigkeit.

Raimon Brete, Chemnitz

Auf der kürzlich in Kassel durchgeführten Strategiekonferenz der Partei Die Linke hatte der „demokratische Sozialismus“ Hochkonjunktur. Für jeden erkennbar zeigte sich die Partei wieder einmal als eine Partei, die sich so verhält wie eine SPD seit über 160 Jahren. Sollte man nicht längst mißtrauisch geworden sein, wenn Sozialistinnen und Sozialisten sich zusätzlich als „demokratisch“ bezeichnen?

Betrachtet man das Vorgehen eines „linken“ Ministerpräsidenten in Thüringen eine Woche nach dessen Wahl, so ist der Gipfel der Bigotterie noch immer nicht erkannt. Glaubenseifer und Scheinheiligkeit gehen sogar so weit, daß die kommunistische Plattform der Linkspartei offen gegen das Wahlverhalten des Genossen Bodo Ramelow auftritt, weil er einen Konsens suchend einem Junktim zugestimmt hatte, unter dem angeblich ein „demokratisches“ Arbeiten überhaupt erst möglich sei. Daß so eine Junktim-Klausel nur ein Kuhhandel sein kann, sollte jedem wirklichen Linken bewußt sein; antagonistische Gegensätze lassen sich nicht unter einen Hut bringen. So etwas ist keine Errungenschaft, denn damit ermöglicht eine kapitalistische „Demokratie“ nicht nur die Duldung der Partei Die Linke, sondern auch die der AfD. Der Zweck solcher Duldung führte während der Weimarer Republik zum Faschismus.

Die Zufriedenheit der Mitglieder der PDL hat sich in den letzten 30 Jahren drastisch nach unten entwickelt. Sie verlor mehr als 75 % ihrer Mitglieder. Besonders unter der älteren Generation zeigt sich das durch Resignation. In einer kürzlich vom ZDF ausgestrahlten Reportage äußerte eine wohl situierte Unternehmensberaterin, daß es sich mit Resignation als Ausgangsstimmung gut arbeiten ließe. Sollte das nicht Anlaß zum Nachdenken sein?

Wie groß ist also der Erfolg, wenn wir als „demokratische Sozialisten“ weiterhin die mächtige Großbourgeoisie um Mäßigung bitten? Der innerparteiliche Streit in der Linkspartei sollte sich endlich auf eine eindeutige Strategie konzentrieren, in der die politische Bildung oberste Priorität besitzt.

Peter Dornbruch, Schwerin

In ihrer Neujahrsansprache hat die Kanzlerin viele Probleme im Land und in Europa angesprochen. Das Wort Frieden fiel nur einmal beiläufig. Jetzt wurde die BRD mit dem neuen „Joint Support and Enable Command“ der NATO in Ulm, den Umschlagplätzen Hamburg, Bremerhaven und Nordenham sowie den „Convoy Support Centern“ in Garlstedt (Niedersachsen), in Burg (Sachsen-Anhalt) und auf dem sächsischen Truppenübungsplatz Oberlausitz südlich von Weißwasser zur Drehscheibe der Transporte von Militärgütern für „Defender 2020“. Welch eine Doppelmoral und Arroganz! Von den Bürgern fordert man Beiträge zum Schutz der Umwelt, und gleichzeitig werden Großmanöver durchgeführt, die sich eindeutig gegen Rußland wenden, gegen ein Land, das zur gleichen Zeit den 75. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus begeht. Für unsere Befreiung zahlten die Völker der Sowjetunion den höchsten Preis. Das weiß auch die Kanzlerin. Die Russen wollen keinen Krieg, auch das weiß sie.

Die USA sind ein Land, wo der Reichtum Weniger durch Sklaverei geschaffen wurde und wo die in der Verfassung verbrieften Rechte aller Bürger mit Rassismus, Mord und Lynchjustiz durch eine weiße „Herrenrasse“ bekämpft wurden und werden. Ein Land, das wie kein anderes Land der Erde den Krieg zum Hauptmittel der Politik gemacht hat und immer noch macht, das mit Atombomben Hunderttausende Japaner vernichtete und welches in Vietnam den furchtbarsten Krieg nach 1945 geführt hat und Chemiewaffen gegen Menschen einsetzte. Die USA mischen sich seit über 200 Jahre in die inneren Angelegenheiten vieler Länder ein und predigen Freiheit und Demokratie. Sie stürzten in über 50 Ländern der Welt Regierungen, die den Interessen der USA entgegenstanden, und verschuldeten und verschulden dadurch Millionen Tote wie in Lateinamerika, in Afrika, im Irak, in Libyen, Syrien und Palästina. Der Mord an General Soleimani ist auch nicht mit dem Völkerrecht und der Bibel vereinbar. Unvorstellbar, wenn Putin so etwas befohlen hätte! Diese Führungsmacht der westlichen Welt, wo es in der Regel nur Multimillionäre ins Weiße Haus schaffen, nimmt sich das Recht, zu entscheiden, was Völkerrecht ist und was nicht. Dieses Land führt Wirtschafts- und Handelskriege nach eigenem Ermessen.

Warum gibt es keine Reaktionen der Bundesregierung auf Handlungen und Einmischungen der USA, die den Bürgern dieses Landes schaden? Das verlangte doch eigentlich der Amtseid.

Mit meinen 73 Jahren brauche ich mir um meine Zukunft keine Sorgen mehr zu machen, ich habe aber Kinder, und ich mache mir große Sorgen um die friedliche Zukunft unserer Welt.

Martin-Luther-King prägte die Worte: „Alle, die den Frieden lieben, müssen lernen, sich genauso zu organisieren wie diejenigen, welche den Krieg lieben.“

Horst Nörenberg, Potsdam

Man ist sich einig, die AfD allein ist an allem schuld, sie macht es einem ja so leicht, der schreckliche Humus ist mit Gärtnerhänden zu greifen. Das enthebt einen der Pflicht, auch anderswo nach Gründen für das Entsetzliche zu suchen. Etwa bei der politischen Unschuld einer deutschen Uni, die seit jeher ihr abgeschottetes Dasein dahinlebt, fast ohne Ausländerbeteiligung in Lehre und Forschung: Ausländische Odianer werden ungern und nur äußerst selten berufen, in allen Fächern und Bundesländern, was heißt, daß der studentische Nachwuchs praktisch nie mit ausländischen Forschern und ausländischer Forschung in Berührung kommt. Das ist von den Studienordnungen und Berufungsvoraussetzungen her so gewollt: Die wenigsten deutschen Hochschullehrer haben ausländische universitäre Lehr-Erfahrung, und die wenigsten deutschen Studenten haben universitäre Auslandserfahrung nachzuweisen. Das schränkt das Weltbild der beiden Personengruppen empfindlich ein, wird aber nicht als Einschränkung oder Verarmung wahrgenommen.

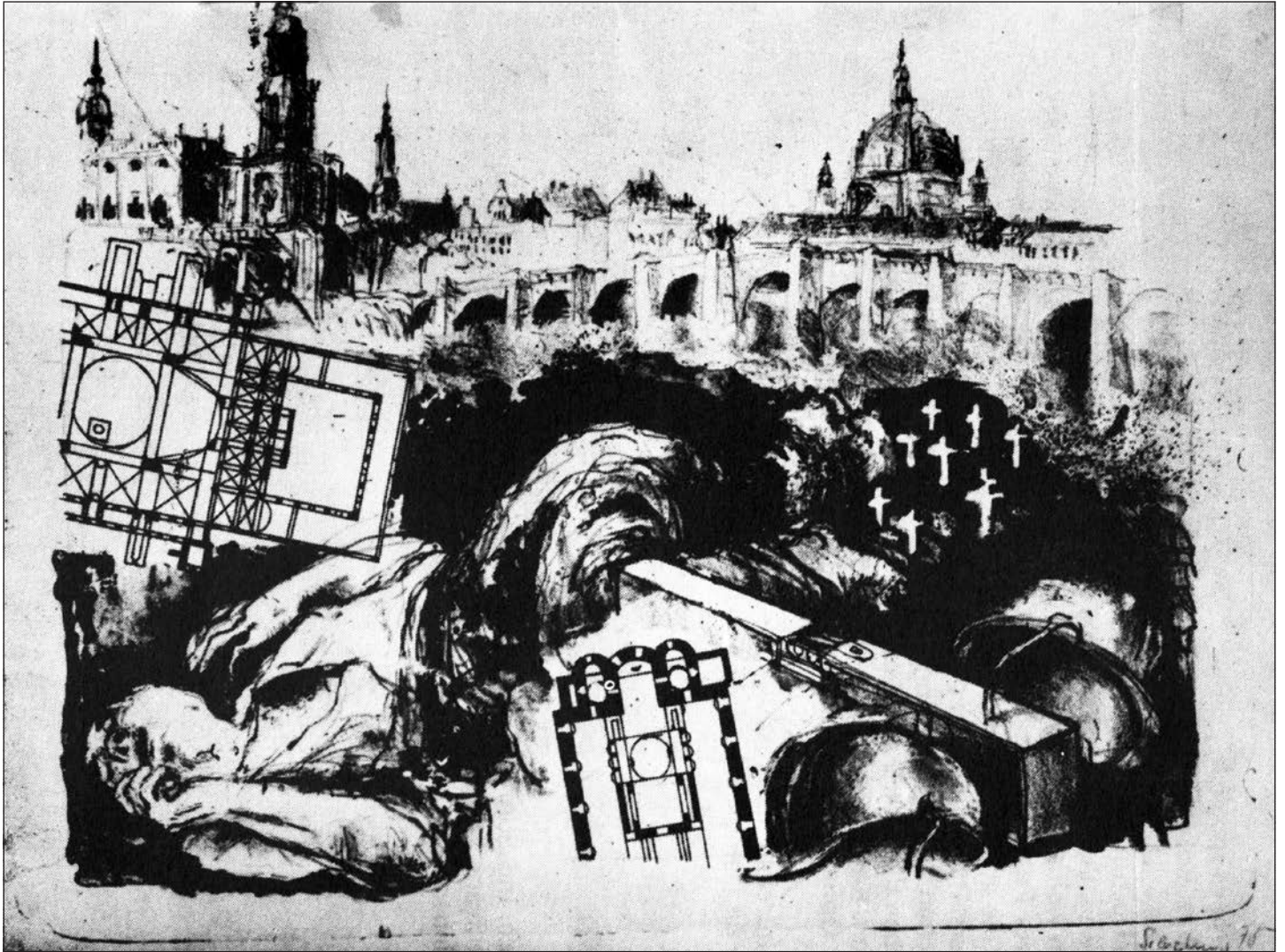
Diese Uni stellt sich gerne der identitären Bewegung als Aufmarschraum für Versammlungen zur Verfügung. Von der Presse wird dies längst textlich und photographisch dokumentiert, ohne daß Uni-Präsidenten, Staatsanwälte oder Polizei es für nötig hielten, dagegen vorzugehen, was ihre Pflicht wäre. Sie ist auf Uni-Gelände heimisch, das anscheinend unpolitische Brachland hat sich zum fruchtbaren Nährboden für Nationalismen aller Art entwickelt. Die Ausdünnung der Lehrinhalte durch die Ministerien (Streichung von Slawistik, Ägyptologie, Provenzalisch, französischer Aufklärung, Politologie, Marxismus etc. vielerorts) spiegelt einen desolaten Zustand der deutschen Uni wider, der sich in Fakten wiederfindet, die so entlarvend auffällig sind, daß sie fein säuberlich tabuisiert werden und nicht zu vertiefter Reflexion führen, bei niemandem: Die erste deutsche Uni, die im internationalen Ranking erscheint, ist München, allerdings erst auf Platz 50! Ausländische Hochschullehrer, von denen es nur sehr wenige gibt, werden, von Presse und Öffentlichkeit unbemerkt, vertrieben oder sogar zusammengeschlagen.

An der deutschen Uni wird seit langem der geistige Nährboden für einen unauffälligen und gemütvollen Alltagsrassismus gepflegt, der wenig ins Auge von Journalisten und Analytikern sticht. Die Abholzung des brasilianischen Urwaldes steht im Bewußtsein von allen – die der deutschen Uni wird unterschlagen und verschwiegen. Die Kosten, die sie verursacht, sind immens, ihre ideologischen Konsequenzen sind gesellschaftlich verheerend: eine Totalverarmung und Verwüstung aller Toleranzideale, welche die gesellschaftliche Entwicklung in Europa groß gemacht haben.

Noch ist die deutsche Uni nicht mit der AfD verschmolzen, doch reicht sie ihr manchenorts schweigend, aber gleichgestimmt die Hand. Die Uni folgt hierzulande einer fast unauffälligen, weil gut eingeübten Alltagsroutine in der Ausländerablehnung und wird darin von bürgerlichen Parteien getragen und unterstützt. Dem Anschein einer Äquidistanz zur AfD und zum Nationalismus, den die Uni zu erwecken sucht, ist nur noch durch eine Satire bezukommen.

Prof. Dr. Hermann Hofer (PEN), Marburg

8. Mai 1945, Tag der Befreiung



Graphik: Monika Sieveking

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Rudi Kurz
Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Hans Schoenefeldt
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weissenborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel
Dr. Reiner Zilkenat

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Vertrieb und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94

Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner

Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030 -427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.